Ausplünderung durch die Hintertür S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 25 – 23. Juni 2012

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Voller Euphorie: Ist auch die Liebe eine „problematische Regung", die es zu überwinden gilt? Bild: action press

Kann denn Liebe Sünde sein?

Selbst Patriotismus beim Fußball treibt linke Gruppen bereits auf die Barrikaden

Deutsche Eliten haben aus ordinärer Deutschfeindlichkeit den Wert des Eigenen ignoriert. Die Folgen ihrer Blindheit kommt uns nun teuer zu stehen.

Die umstrittene Anti-Patriotismus-Kampagne der „Jungen Grünen" (JG) stößt auch innerhalb ihres Verbandes auf Widerstand. Die JG Hessen haben sich ausdrücklich von der Aktion des Bundesvorstandes distanziert. Dessen ungeachtet rennen Linke angesichts des fußballbegeisterten Fahnenmeeres gegen die offen gezeigte Vaterlandsliebe an.

Die Grenze zwischen konstruktivem Patriotismus und aggressivem Nationalismus sei „beliebig verschiebbar", resümiert die „Süddeutsche Zeitung" („SZ"). Daher existiere sie nicht. Und deshalb ist laut „SZ" jede Form von Patriotismus letztlich abzulehnen. Besser sei es, die Menschen weg von der Vaterlandsliebe hin zu weltoffenen Demokraten zu entwickeln, deren „Patriotismus", wenn überhaupt, allein auf der Verfassung und der Wertschätzung des Menschen an sich beruhe.

Eine merkwürdige Argumentation: Berichte über schreckliche Beziehungstaten, wo beleidigte Menschen ihren Partner umbringen, belehren uns, dass die Grenze zwischen Liebe und Hass generell fließend ist – so eben auch die Grenze zwischen Vaterlandsliebe (Patriotismus) und Fremdenhass (Nationalismus). Bedeutet dies, dass die Liebe eine „problematische Regung" sei, die wir überwinden sollten?

> Leugnung nationaler Eigenheiten führt gerade ins Unglück

Dieser simple Vergleich lässt durchblicken, wie wenig „wissenschaftlich" die nun wieder zitierten Studien wirklich sind. Die Arbeiten spiegeln eher die schwere (Selbst-)Traumatisierung ihrer Autoren wider. Wer tiefer bohrt, entdeckt als eigentlichen Kern oft nicht mehr als ordinäre Deutschfeindlichkeit.

Selbst die historische These gegen den Patriotismus ist löchrig geworden. Ja, übersteigertes Nationalgefühl hat Völker oft gegeneinander gehetzt. Doch gerade heute erlebt Europa, wie das genaue Gegenteil, die Leugnung nationaler Eigenheiten und ihres Gewichts, ebenso gefährlich werden kann: Der bedenkenlose „Gastarbeiter"-Import wäre kaum denkbar gewesen, wenn die kulturelle, nationale Identität der Betroffenen bedacht worden wäre. Doch man wollte bloß Arbeitskräfte in ihnen sehen. Nun quälen ethnische Konflikte in den deutschen Städten Deutsche wie Einwanderer gleichermaßen.

Derweil droht der europäische Einigungsgedanke an der gleichen Ignoranz zu scheitern. Die technokratisch erzwungene Gleichmacherei der Euro-Völker sorgt für Spannungen zwischen den Nationen, die wir bis vor kurzem für längst überwunden hielten.

Es ist an der Zeit, der Wirklichkeit ins Auge zu blicken: Die nationale Selbstverleugnung der Deutschen, die manche noch heute als moralisch höherwertig predigen, hat die deutschen Eliten blind werden lassen für den Wert des Eigenen wie für die Unterschiedlichkeit der Völker. Nun rollt die Rechnung für diese Blindheit auf uns zu. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Gläserner Staat

Als Herrschaftswissen wird ein anderen bewusst vorenthaltenes Wissen bezeichnet, das Inhaber von Positionen der Herrschaft als Machtmittel nutzen, um eben diese Position zu sichern. Der Obrigkeitsstaat nutzt diesen Wissensvorsprung, um seine Untertanen gefügig zu halten. In einer Demokratie, in der der oberste Souverän das Volk ist, und die staatlichen Organe ihm zu dienen haben und nicht umgekehrt, ist dies eigentlich ein Anachronismus. Dennoch ist das seit Jahrhunderten gehütete Amtsgeheimnis auch heute noch fester Bestandteil des behördlichen Selbstverständnisses.

In Hamburg soll damit nun Schluss sein – allerdings nicht ganz freiwillig. Denn erst auf Druck einer starken Volksinitiative hat das Landesparlament geschlossen ein Transparenzgesetz verabschiedet. Hatten die Bürger bisher nur das Recht auf Auskunft, muss die Verwaltung künftig von sich aus bestimmte Daten öffentlich zugänglich machen. Dazu gehören unter anderem Senatsbeschlüsse, Haushaltspläne, Verwaltungsvorschriften, Gutachten, Bauleit- und Landschaftspläne, Subventions- und Zuwendungsvergaben, Baugenehmigungen, Unternehmensdaten städtischer Gesellschaften sowie behördliche Verträge zur Daseinsvorsorge. Mit dem Transparenzgesetz hat Hamburg ein Zeichen für eine offenere Gesellschaft und mehr Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns gesetzt. Allerdings müssen die Bürger mit ihrem neuen Recht verantwortungsvoll umgehen. Eine frühere und umfassendere Information eröffnet der Bürgerpartizipation neue Möglichkeiten. Informationsfreiheit darf jedoch nicht zur Einschränkung der behördlichen Handlungskompetenz aus Prinzip führen.

Später Triumph für Tokio

Russland lädt Japan zu Gespräch über die Kurilen ein

Russlands Botschafter in Japan, Jewgenij Afanasiew, hat zu Verhandlungen über die seit dem Zweiten Weltkrieg durch Russland annektierten Kurilen-Inseln eingeladen. Auf der Grundlage, dass „keine einseitigen Vorbedingungen und keine historischen Schuldzuweisungen" erfolgen, solle das Ziel der Gespräche sein, eine „gegenseitig akzeptable Lösung zu finden".

Interessant ist nicht nur der freundliche Tonfall, sondern auch der Zeitpunkt des Gesprächsangebots. Es kommt nur kurze Zeit nach dem Beginn der neuen Amtszeit von Präsident Wladimir Putin, der erst am 7. Mai offiziell seine Amtsgeschäfte als Präsident Russlands aufgenommen hat. Die signalisierte Gesprächsbereitschaft steht im Gegensatz zu dem Ruf als Hardliner, der Putin in vielen westlichen Medien zugeschrieben wird. Ausgerechnet sein Vorgänger Dmitrij Medwedjew, der bei westlichen Regierungen als entgegenkommender als Putin galt, hatte noch 2011 angekündigt, die militärische Präsenz Russlands auf den Kurilen deutlich verstärken zu wollen.

> Bonn verzichtete 1990 auf Königsberg

Hintergrund des unterbreiteten Angebots des russischen Botschafters könnte der Wunsch Putins sein, im Zuge seiner Kooperationspolitik mit verschiedenen asiatischen Staaten auch die Beziehungen zu Japan zu verbessern. Fast 67 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Streit um die Kurilen immer noch Haupthindernis beim Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Russland und Japan. Anders als die Bundesrepublik Deutschland mit dem Abschluss des Zwei-plus-vier-Vertrags und der Streichung des Paragrafen 23 des Grundgesetzes (Beitrittsregelung zum Bundesgebiet) 1990 hat Japan niemals einen Verzicht für Gebiete erklärt, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch den damaligen Kriegsgegner Russland annektiert worden sind. *N.H.*

Protest formiert sich

»Freie Wähler« wollen 2013 als Euro-kritische Partei antreten

Das Wahlergebnis von Griechenland wird die Kosten für die deutschen Steuerzahler weiter in die Höhe treiben. So die einhellige Analyse von Wirtschaftsexperten aller Richtungen. Grund: Ein Sieg der Linksradikalen hätte womöglich den Weg bereitet für ein rasches Ausscheiden Athens aus dem Euro. Der Triumph der etablierten Parteien hingegen liefert den „Rettern" neue Argumente, auf ihrem alten Weg weiterzumarschieren.

Wahlsieger Antonis Samaras will die (ohnehin nie eingehaltenen) Sparauflagen „neu verhandeln". Zudem hat er angekündigt, die Renten wieder auf das Niveau vor den Kürzungen anzuheben, die Arbeitslosenhilfe zu verlängern und die Steuern zu senken. Nach den mit leichter Hand beschlossenen Milliardenhilfen für Spaniens Banken sieht er großen Spielraum, noch mehr für Hellas herauszuholen.

> Athen macht erste Reformen rückgängig

In Deutschland wächst derweil der Widerstand. In Berlin kündigte der Bundesvorsitzende der „Freien Wähler", Hubert Aiwanger, die Kandidatur seiner Partei zur Bundestagswahl 2013 an. Mit ihm vor die zahlreich versammelte Hauptstadtpresse getreten waren am Montag Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel und andere engagierte Euro-Kritiker wie der Präsident des bayerischen Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenhau, die Vorsitzende der Bürgerinitiative „Zivile Koalition", Beatrix von Storch, Ulrich van Suntum vom „Bündis Bürgerwillen" sowie der Finanzexperte Stephan Werhahn.

Damit ist die Marschrichtung klar: Die „Freien Wähler" wollen sich als einzige Euro-kritische Partei in Stellung bringen. Aiwanger kritisierte denn auch die „Euro-Rebellen" Peter Gauweiler (CSU) und Frank Schäffler (FDP), weil sie in Wahrheit „an der langen Leine ihrer Parteien" liefen. *H.L./H.H.*

Zwischenruf

Es wird eng

Die Vereinigung der „Freien Wähler" wird sich an der Bundestagswahl im September 2013 mit eigenen Listen beteiligen. Das muss die etablierten Parteien beunruhigen. Hier erwächst ihnen ein Konkurrent, der nicht mit Totschlagvokabeln bekämpft werden kann. Warum sollte den „Freien Wählern" nach ihrem Einzug in den bayrischen Landtag nicht auch der Sprung in den Bundestag und in weitere Länderparlamente gelingen? Einige Prominente wie der ehemalige BDI-Präsident Hans Olaf Henkel, der Forscher Karl-Christian von Weizäcker und andere wollen unterstützend mitwirken.

Das Bedeutsame an dieser Entwicklung ist, das nun (endlich) eine politische Kraft den Versuch der Etablierung unternimmt, die gegen die Ausplünderung Deutschlands durch eine fortdauernde Euro-Rettungspolitik einsteht. Seit langem schon fragen sich verantwortungsbewusste Menschen in dieser Republik, wann endlich Schluss ist mit der Politik der Rettungsschirme, die Deutschland und seinen nachwachsenden Generationen immer mehr Lasten aufbürdet. Besonders fatal ist, dass die rot-grüne Opposition im Bundestag das Tempo für die totale Vergemeinschaftung der Schulden (Defizite der Pleitestaaten) noch erhöht, indem sie Euro-Bonds und einen Schuldentilgungsfond fordert.



Die vorläufige Spitze dieser Politik zu Lasten Deutschlands ist die beabsichtigte Verabschiedung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM noch in diesem Monat. Mit diesem Vertrag übergibt Deutschland einen wesentlichen Teil seiner Finanzautonomie an eine anonyme EU-Behörde. Die „Freien Wähler" erklären, dass sie gegen den ESM-Vertrag sind. Sie wünschen, dass ehrlich über Alternativen zur Politik der Rettungsschirme gesprochen wird. Keine Politik ist alternativlos. Denkverbote wie zum Beispiel das Ausscheiden aus der Euro-Zone dürfe es nicht geben.

Na endlich! So werden viele in diesem Lande denken.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr:

Was ist das Ziel?

Masse ist bekanntlich nicht mit Klasse gleichzusetzen. So durften die Bürger dieser Tage erfahren, dass das in der Diskussion befindliche Betreuungsgeld ist die 153. familienbezogene Leistung sei, die die Bundesregierung einführe. Zugleich war zu lesen, dass 2011 im Vergleich zu 1960 doppelt so viel Geld ausgegeben wurde, obwohl sich die Zahl der Geburten halbiert habe. Angesichts dessen fragt sich so manch einer, welche klaren Ziele die Familienförderung denn überhaupt verfolgt? *Bel*

2.040.736.180.116 €

Vorwoche: 2.039.935.860.731 €
Verschuldung pro Kopf: 24.948 €
Vorwoche: 24.938 €

(Dienstag, 19. Juni 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Israelis kämpfen gegen »Afrikanisierung«

Orthodoxer Innenminister will sein Volk vor fremden Einflüssen schützen

Erst Günter Grass, dann der Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck, dicht gefolgt von der Absage des ersten großen Wagner-Konzerts in Tel Aviv. Die Schlagzeilen rund um den polarisierenden Staat im Nahen Osten scheinen dieser Tage nicht abreißen zu wollen. Nicht ganz unbeteiligt sind dabei die Israelis selbst, denn vergangenen Montag begann die israelische Regierung mit der Abschiebung von etwa 60000 Afrikanern aus Israel in ihre ursprünglichen Heimatländer.

Elijahu Jischai ist ein Hardliner par excellence. Der israelische Innenminister gilt seit Jahren als Vertreter einer äußerst orthodoxen Innenpolitik und machte in den vergangenen zwei Jahren besonders durch seine abfälligen Äußerungen über Homosexuelle und Einwanderer auf sich aufmerksam. Auch dieses Mal ist der orthodoxe Innenminister wieder mittendrin, denn es geht um die Abschiebung von rund 60000 afrikanischen Einwanderern zurück in ihre Heimatstaaten. Nachdem der Oberste Gerichtshof vergangene Woche die juristische Absicherung der Aktion bescheinigt hatte, begannen Polizisten und Grenzbehörden mit der Abschiebung mehrerer tausend Afrikaner. Diverse Menschenrechts-organisationen beklagten hierbei vehement, dass auch Familien mit Kindern, darunter auch rund 400 in Israel geborene und fließend hebräisch sprechende afrikanische Kinder und Jugendliche, der kompromisslosen Abschiebepolitik zum Opfer fallen würden. Offiziell sicherten die israelischen Behörden all denen, die das Land freiwillig verlassen wollen, zu, diese dabei zu unterstützen, und räumten ihnen eine Woche zum Verlassen des Landes ein. Bereits vier Tage nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes jedoch, wurde dieses Versprechen durch erste Festnahmen radikal gebrochen. Der israelische Innenminister offenbarte der Presse seine Gründe wie folgt: „Wenn wir diese Maßnahmen nicht durchführen, können wir den zionistischen Traum begraben." Die Behörden folgen aktuell einem umstrittenen „Notfallplan", der zunächst den Transport der afrikanischen Einwanderer in die am Roten Meer gelegene Stadt Eilat vorsieht. Von dort sollen die Massenabschiebungen mit dem Flugzeug oder Schiff dann endgültig realisiert werden.

Kriminalitätsrate unter israelischem Durchschnitt

Unterstützung erhält die israelische Regierung dabei vor allem von einer aufgebrachten Horde aus Tel Aviv. Dort, wo besonders im Süden der Stadt eine überwiegende Mehrheit der afrikanischen Einwanderer lebt, protestierten etwa 1000 angeheizte Einwohner gegen die „Afrikanisierung" der Stadt. Trotz der erst kürzlich durch die Polizei veröffentlichte Statistik, dass die Kriminalitätsrate innerhalb der afrikanischen Bevölkerung deutlich geringer als im Rest der Bevölkerung sei, nahmen die Anwohner angebliche Vergewaltigungen und andere Verbrechen der Einwanderer als Anlass, diese als „Krebsgeschwüre" zu bezeichnen, und lauthals gegen deren Verbleib zu protestieren. Vereinzelt kam es auch zu körperlicher Gewalt gegen farbige Passanten. Einige wenige liberale Kräfte in der israelischen Bevölkerung fühlten sich nach eigener Aussage an historische Ereignisse erinnert, welche den Juden in der Vergangenheit selbst widerfahren sind. Neben der aktuellen Zwangsabschiebung veranlasste die israelische Regierung schon vor Monaten den Bau massiver Zaunanlagen und einer Mauer aus stabilem Beton, um weitere Afrikaner an der Einwanderung nach Israel zu hindern. Innenminister Elijahu Jischai begründet die drastischen Maßnahmen seines Staates ganz selbstverständlich so: „Ich handle nicht aus Hass gegen Fremde, sondern aus Liebe zu meinem Volk, und um das Heimatland zu retten." Die Intention sei die Erhaltung des „jüdischen Charakters" des Staates Israel.

Liberale Israelis fühlen sich an NS-Zeit erinnert

Kurz nach dem Start der israelischen Zwangsabschiebungen reiste eine Delegation aus dem Südsudan – welchem die meisten afrikanischen Einwanderer in Israel angehören – nach Israel, um mit der Regierung über eine längere Frist zur Ausreise zu verhandeln. Die afrikanischen Einwanderer sollen sich so besser auf ihre neue Situation, die Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat, einstellen können. Übersehen wird dabei, dass die meisten Einwanderer, besonders jene aus dem Sudan und Eritrea, in ein Land zurückkehren müssen, welches für sie Armut und Gewalt in hohem Maß bereithält. Viele der illegalen Einwanderer sind vor einem gewalttätigen Regime nach Israel geflüchtet und müssen nun zurück in ein Land, in welchem für sie im schlimmsten Fall die Todesstrafe schon wartet. Innenminister Jischai erklärte unterdes, dass dies nur der erste Schritt sei, um alle afrikanischen Einwanderer aus Israel auszuweisen.

Philip Stein



Abschiebung vom Obersten Gerichtshof legitimiert: Polizisten auf der Suche nach illegalen Einwanderern Bild: Getty

Reale Macht und Kosmetik

Ägypten: Muslimbruder wird Präsident ohne Machtbefugnisse

Bald nach Schließung der Wahllokale am Sonntag ließ die Muslimbruderschaft verlauten, dass ihr Kandidat Mohammed Mursi die Stichwahl um die ägyptische Präsidentschaft knapp gewonnen habe. Die Anhänger des Gegenkandidaten, des Ex-Generals Ahmed Shafik, streiten das zwar ab, und das offizielle Ergebnis steht noch aus. Aber der Sieg Mursis wurde indirekt bestätigt: Die Militär-Junta, die seit der Absetzung von Präsident Hosni Mubarak vor 16 Monaten der wahre Machthaber ist, erließ ein Dekret, mit dem sie sich weitestgehende Befugnisse sichert – und dem neuen Präsidenten kaum viel mehr als repräsentative Aufgaben zuweist. Er ist auch nicht Oberbefehlshaber des Heeres.

Es war immer klar, dass die Junta ihre Macht nicht leichtfertig aus der Hand geben würde, aber eine „Strategie" war nicht erkennbar. Nun hat die Junta quasi in letzter Minute die Notbremse gezogen: Erst das „überraschend milde" Urteil im Mubarak-Prozess – man rechnet offenbar damit, dass sich der Fall „biologisch" bald selbst erledigt. Dann die höchstgerichtliche Abweisung der Einsprüche gegen die Kandidatur Shafiks sowie die Entscheidung, dass ein Drittel der Abgeordneten unrechtmäßig gewählt worden war, was auf eine Parlamentsauflösung hinausläuft. Und nun das Dekret, mit dem sich die Junta die Gesetzgebungs- und Budgethoheit, die Entscheidungen über eine künftige Verfassung und weitgehende Veto-Rechte sichert.

Kandidaten waren im Grunde Scheindemokraten

„Demokratische Empörung" im Ausland übersieht allerdings, dass die demokratischen Kräfte in Ägypten und jene Scheindemokraten, die in Wahrheit nur eigene ideologische oder gar fremde Interessen vertreten, selbst viel zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Sie waren unfähig, eine gemeinsame Basis zu finden, wie sich primär am Fiasko um die verfassungsgebende Versammlung zeigte.

Die Muslimbruderschaft, die bei den Parlamentswahlen im Januar einen fulminanten Sieg errungen hatte, hat mittlerweile viel an Zuspruch verloren. So kam Mursi in der ersten Runde Ende Mai nur auf knapp ein Viertel der Stimmen, was einem Achtel der Wahlberechtigten entspricht. Die Angst vor islamistischen Exzessen hat umgekehrt den säkularen Kräften Auftrieb gegeben, wie der überraschende dritte Platz des „Nasseristen" Hamdin Sabahi zeigte. Und Shafik, der nur knapp hinter Mursi lag, wurde diesmal von eben diesen Kräften einschließlich der Christen als das kleinere Übel angesehen.

Die Bruderschaft scheint auch die Gunst der Saudis verloren zu haben, die sonst überall Islamisten finanzieren. Und die geringe Wahlbeteiligung ist auch nicht ein Erfolg jener, die aus Protest gegen die Junta zum Wahlboykott aufgerufen hatten. Vielmehr sind die meisten Ägypter heute einfach politikmüde und nicht an verfassungsrechtlichen Tüfteleien interessiert. Sie wollen nur noch Sicherheit und halbwegs erträgliche Lebensverhältnisse. Trotzdem werden andere auch weiterhin für Unruhe sorgen. *R. G. Kerschhofer*

Nicht nur Afrika

Neue Chefanklägerin in Den Haag

Am Freitag ging die erste Arbeitswoche für Fatou Bensouda als neue Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag zu Ende. Schonfrist gestand man der 51-jährigen Anwältin aus Gambia nicht zu. Geht es nach Kritikern, dann übernimmt sie nicht nur ein Team von 300 Kollegen und die schwierige Aufgabe, Kriegsverbrechen in aller Welt zu verfolgen, sondern mit dem IStGH auch einen Scherbenhaufen.

Ihr Vorgänger Luis Moreno-Ocampo war zunehmend unter Kritik geraten. Der Argentinier soll bei manchen Ermittlungen auf Berichte von Organisationen vor Ort zurückgegriffen haben, statt juristisch geschulte Ermittler zu entsenden. Am gewichtigsten waren aber die Vorwürfe, er habe überwiegend Kriegsverbrechen in Afrika verfolgt. Alle sieben offenen Ermittlungen finden auf dem Kontinent statt.

Der „Guardian" zählt Punkte auf, derer sich Bensouda annehmen sollte. Dazu gehören, die Ermittlungstaktiken zu verbessern, die Transparenz sowohl nach innen als auch nach außen wiederherzustellen und die Opfer der Kriegsverbrechen in den Mittelpunkt zu rücken. Vor allem aber gilt es, auch Verbrechen anderswo zu verfolgen und die Beziehungen zu Afrika wiederherzustellen.

Fatou Bensouda

Bensouda ist Afrikanerin. Die Erwartungen an sie sind daher groß. Sie gilt als gemäßigter als ihre Vorgänger: wohlüberlegt, intelligent, vertrauenswürdig. Zuvor arbeitete Bensouda für den Strafgerichtshof für Ruanda, um die Verbrechen des Völkermords aufzuklären. 2004 wurde sie zu Ocampos Stellvertreterin. Ihren Vorgesetzten hatte sie stets verteidigt, weshalb Kritiker auch jetzt an einer Strategieänderung zweifeln. Der britische Politökonom Mark Kersten sagte der *PAZ*: „Wenn es nötig ist, wird Bensouda nicht zögern, neue Anklagen in Afrika zu erheben." Dabei wäre es für den Ruf des Gerichts notwendig, auch Verfahren in Ländern wie Syrien, Nordkorea oder Kolumbien zu eröffnen. Bensouda hat selbst erkannt: „Es würde helfen, zu sehen, dass dies kein Gericht des Westens ist." *Markus Schönherr*

Ein Sommermärchen

Von Vera Lengesfeld

Durchs offne Fenster strömt der Linden verträumter Blütenduft herein. Nie ist Berlin so umwerfend wie im Frühsommer. Der beliebteste Stadtbaum der Hauptstadt hat einen dichten Aromateppich über alles gelegt. Tagsüber überdeckt er fast die Abgase des dichten Verkehrs. Sogar mit den Dämpfen der zahlreichen Baustellen nimmt er es auf. In der Nacht, wenn es still wird, bekommt man das Gefühl, in der schweren Süße zu schweben.

Nicht nur Stefan Zweigs Mädchen wird da schwach, auch toughe Feministinnen haben plötzlich etwas Weiches im Gesicht und schielen heimlich nach der passenden Ergänzung für einen romantischen Abend. Auf allen Restaurantterrassen und in allen Biergärten sind Flachbildschirme aufgestellt, damit niemand ein Spiel der Fußballeuropameisterschaft verpasst. Wer, wie ich, den heimatlichen Balkon vorzieht und lieber in Ruhe bei einem Glas Wein der sinkenden Sonne hinterherschaut, bekommt trotzdem mit, welchen Verlauf das Spiel nimmt. Schießt die deutsche Mannschaft ein Tor, wird geböllert, was das Zeug hält, verpasst sie eine Chance, tönt der Frustschrei über die Straße. Am Ende gibt es ein Feuerwerk zum Sieg, und Autokorsos verstopfen die Straßen.

Wie gut für die Politiker, dass sich die Berliner von ihrem Fußballrausch nicht ablenken lassen, denn es läuft fast nichts mehr richtig in der Stadt. Gab es mal Sommer, in denen man mit der S-Bahn bis zum Wannsee durchfahren konnte? Tempi passati, man kommt mit Ach und Krach noch bis zum Nikolassee, alles andere ist Glückssache. Auf mehreren S-Bahnstrecken wird gebaut, repariert oder modernisiert. Es gibt Schienenersatzverkehr oder nur die Empfehlung, doch bitte auf U-Bahn und Linienbus auszuweichen. Das hat zur Folge, dass auch die Busse nicht mehr pünktlich sind. Auf den übervollen Straßen, auf denen sich wiederfindet, wer sich nicht auf den öffentlichen Nahverkehr verlassen will, ist das Durchkommen schwer. Zwar gibt es Busspuren, aber die werden immer selbstverständlicher von Pkw belegt, die dem Dauerstau ausweichen wollen.

Im Autoradio hört man dann, was alles sonst nicht läuft. Die Flughafeneröffnung im März wird wohl noch später stattfinden. Klaus Wowereit, lange Zeit der Liebling der Berliner, nervt seine früheren Fans nur noch. Sein Vertrauter hat es kürzlich nicht mal mehr zum Parteivorsitzenden geschafft. Es beunruhigt immer mehr Bürger, dass Berlin schlecht bis gar nicht regiert wird. Das Mitglied der „Stern“-Chefredaktion Jörges spricht im Fernsehen schon von mafiösen Strukturen bis hin zur Korruption, die in der Hauptstadt herrschen.

Ein Sommermärchen ohne Happy End.

Potsdam stellt sich blind und stur

Trotz rapide wachsender Grenzkriminalität will Rot-Rot Polizei und Justiz weiter ausdünnen



Der Widerstand formiert sich: Bürger und Politiker von Frankfurt/Oder protestieren gegen den Abbau bei der Polizei

Bild: pa

Brandenburgs Politik spart an Justiz, Polizei und an Lösungen für die von Grenzkriminalität geplagten Regionen. Außer Zusagen über bessere Absprachen und mehr Kompetenzen für ohnehin dem Bund unterstellte Zollbeamte hält das Land kaum Lösungen bereit. Experten warnen vor den Folgen der Einsparungen als „kaum lösbares Problem“, so der Deutsche Richterbund (DRB).

Erst am Montag trafen Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) und sein Innenminister Dietmar Woidke (SPD) erneut mit Bewohnern der Uckermark zusammen, um dort über akute Grenzkriminalität zu sprechen. Platzeck mühte sich, die angespannte Lage vor Unternehmern, Landwirten und Bürgermeistern mit einer Bilanz der Polizeimaßnahmen des vergangenen Halbjahres zu beruhigen. Einbrüche, Benzin- und Autodiebstahl sowie die Entwendung von sogar schwerem Großgerät aus der Landwirtschaft versetzen die Bewohner der grenznahen Regionen in Unruhe.

Doch die Innenminister der neuen Bundesländer versuchen zu beschwichtigen. Sie präsentierten nun polizeiliche Daten, die einen Rückgang der Grenzkriminalität zeigen sollen – allerdings über einen Zeitraum von zehn Jahren. Ein Blick auf die jüngste Entwicklung zeigt dagegen: Von 2009 auf 2010 stieg der Kfz-Diebstahl in Brandenburg um 22,6 Prozent auf 4068 Fälle und Tageswohnungseinbrüche gar um gut 50 Prozent auf rund 1300 Fälle. Die aktuell von Anwohnern beklagten grenznahen Straftaten schnellten vor allem seit 2007 hoch, als die Grenzkontrollen zu Polen EU-bedingt wegfielen. Platzeck will sich nun enger mit den Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Polen abstimmen, so das Fazit seines Besuchs.

Auch Mitglieder der FDP-Fraktion im Potsdamer Landtag reisen derzeit durch die Uckermark, um sich ein Bild von der Grenzkriminalität zu machen: In Schenkendöbern bekamen sie von den Bauern Klartext in Sachen Schengener Abkommen der EU zu hören. Seit dieser Pakt innereuropäische Grenzkontrollen hier Ende 2007 abgeschafft hätte, habe die Kriminalität ständig zugenommen: „Erst wurden Diesel, dann Batterien und jetzt Großgeräte geklaut“, so ein Betroffener. Die Forderung von Bauern wie Bürgermeistern, wenigstens stichprobenartig Kontrollen einzuführen, stößt jedoch bei allen Landtagsparteien auf ideologischen Widerstand. Der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Hans-Peter Goetz, erteilte Stichproben eine Absage. Die Bewohner sollten sich einfach wiederholt an die Landesregierung wenden – er forderte: „Wir brauchen mehr Polizisten.“

Die sind in Brandenburg nicht zu erwarten, im Gegenteil. Die Polizeistrukturreform „Polizei Brandenburg 2020“ der Landesregierung sieht Stellenkürzungen vor, sodass von jetzt gut 8900 Beamten künftig noch 7000 übrig bleiben. Brandenburg im Ländervergleich nicht gerade hohe Aufklärungsquote von gut 50 Prozent (aller Straftaten) sinkt künftig noch weiter, fürchten Polizisten. Ganze Polizeidirektionen werden zusammengelegt. In der Direktion Ost, unter anderem für die Uckermark zuständig, arbeiten nur drei Polizisten für die Spurensicherung. Spezialeinheiten werden ausgelagert. Das Sparen erregt Kritik selbst aus den Reihen von Rot-Rot: „Die Polizeireform muss in Teilen gestoppt werden“, verlangte der Landtagsabgeordnete Jürgen Maresch (Linke), selbst einst Polizist, vor wenigen Tagen. Statt Kürzungen bei den regulären Polizisten sollten seiner Meinung nach lieber die Sportfördergruppe und das Polizeiorchester ein finanzielles Streichkonzert durchleiden.

> Die Verantwortung einfach beim Bund abgeladen

Doch Finanzminister Helmuth Markov (Linke) erweitert jetzt die Sparpläne sogar. Er will bis 2018 auch die Zahl der Justizmitarbeiter um 15 Prozent verringern und somit von 5215 auf 4300 Stellen kommen. Verbände der Rechtspflege fürchten in einer gemeinsamen Erklärung: „Die Justiz wird ihre gesetzlichen Aufgaben mit der vorgesehenen Streichung von 15 Prozent aller Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht mehr erfüllen können.“ „Weitere Kürzungen der Stellenzahl kann die Justiz nicht mehr verkraften“, mahnen die Landesverbände des DRB, des Amtsanwaltsvereins, der Vereinigung der Verwaltungsrichter, des Bundes der Rechtspfleger und der Deutsche Sozialgerichtstag in der Erklärung.

Ein rot-rotes Umdenken ist indes nicht abzusehen: Als Sofortmaßnahme erteilte der Landtag durch Umgestaltung des Polizeigesetzes nun Zollbeamten sogenannte „allgemeinpolizeiliche Eilkompetenzen“. Obwohl von Innenminister Woidke als „Baustein, um die Grenzkriminalität zu bekämpfen“ angeregt, verstärke der Beschluss die polizeilichen Ermittlungen mitnichten, kritisiert die Opposition. Der Zoll ist zudem dem Bund unterstellt.

Dass dieser die Folgen der Landespolitik wird tragen müssen, fürchtet daher Wolfgang Bosbach (CDU), Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags. Er kritisierte die gegenseitige Zuweisung der Verantwortung bei den Politikern: Es gebe Innenminister, die die Polizeipräsenz ausdünnten und den Leuten dann sagten, der Bund sei schuld, weil man jetzt offene Grenzen habe, so Bosbach. Den Grenzanwohnern hilft auch diese Erkenntnis im politischen Verantwortungs-Ping-Pong kaum. Ihre Versicherungsprämien stiegen bereits um 20 Prozent. Und sie waren es auch, die überhaupt erst jüngste Daten zur Grenzkriminalität sammelten und als Petition an den Landtag sandten – die Aufklärungsquote der Fälle liegt bei null, klagen sie. *Sverre Gutschmidt*

Ärger für Platzeck

Experten gehen mit Brandenburgs Hochschulpolitik ins Gericht

Brandenburg müsse mehr Geld in die Hand nehmen und auch Entscheidungen treffen, die auf starken Widerstand stoßen werden. Das fordert, kurz gefasst, eine Expertenkommission zur Zukunft der Brandenburgischen Hochschulen von der Potsdamer Landesregierung. Die Empfehlungen bergen einigen Konfliktstoff: Pro Jahr sollen 23,5 Millionen Euro zusätzlich zu den bisherigen 262 Millionen Euro aufgewendet werden.

Bis jetzt scheint Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) eher auf eine Art von Billig-Finanzierung gesetzt zu haben: „Vom ohnehin geringen Bruttoinlandsprodukt des Landes gibt Brandenburg im Ländervergleich den geringsten Anteil für Hochschulen aus“, heißt es wenig schmeichelhaft im Report.

Noch mehr Ärger kündigt sich bei den anderen Vorschlägen der Kommission an: Die Universität Potsdam soll auf ein langgehegtes Lieblingsprojekt komplett verzichten. Statt des Aufbaus einer Jüdisch-Theologischen Fakultät soll die Gründung eines Instituts für Rabbinische Studien genügen. Es ist bei weitem nicht der einzige Schlag, der den Potsdamern droht: Zugunsten der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder soll auf die Ausbildung zum ersten Juristischen Staatsexamen in Potsdam verzichtet werden. Das Ende der Juristenausbildung könnte schon bald kommen. Die Empfehlung: 2014.

In eine ohnehin offene Wunde stößt der Vorschlag zur Kräftebündelung in der Lausitz. Angebote der Technischen Universität in Cottbus und der Hochschule in Senftenberg sollen gebündelt werden. Ähnliche Vorschläge, die im Februar von der sogenannten Lausitzkommission vorgelegt wurden, hatten unter den Betroffenen bereits einen Proteststurm entfacht. Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2014 verspricht die Hochschulpolitik kaum Pluspunkte für Ministerpräsident Platzeck zu bringen. *N.H.*



Kräfte sollen gebündelt werden: Uni in Frankfurt/Oder würde profitieren Bild: D. Gabbert/dapd

Frust statt Fahne

Wo Schwarz-Rot-Gold verboten ist

Bei den Machern des „About blank“, eines linken Szeneklubs in Berlin-Friedrichshain, hängt die Stimmung schief: Alle Welt will Fußball-EM schauen, aber nicht irgendwie, sondern am liebsten von Kopf bis Fuß in Schwarz-rot-gold. Die Klub-Besitzer zählen sich aber zur antideutschen Szene. Verwirrt wie auch „Junge Grüne“ oder „Antifa“, (siehe *PAZ* von vergangener Woche) versuchen sie sich nun durch die schwere Zeit zu lavieren, mit groteskem Ergebnis: Im Garten des „About blank“ ist „Public Viewing“ zwar aufgebaut, aber deutsche Fähnchen und selbst schwarz-rot-golden geschminkte Gesichter sind verboten.

Man wirbt damit, dass alle Spiele „gegen Deutschland“ gezeigt würden zum „trachten- und hymnenfreien Herrenfußballgucken im antinationalen Ambiente“. Während der Nationalhymnen drehen die Veranstalter den Ton herunter. „Vorrundenaus, ganz klar“ artikulierte einer der Besucher seinen Wunsch für die deutsche Elf vor dem Dänemark-Spiel. Ein anderer verkündet: „Ich gucke hier, weil ich mit Iros (Leute mit „Irokesen“-Frisur) in Nationalfarben oder sonstigem Deutschlandwahn nichts zu tun haben möchte.“

> Fußball: »Alle Spiele gegen Deutschland«

Zu feiern gab es bis Redaktionsschluss dieser *PAZ*-Nummer im „About blank“ nichts, denn Deutschland überstand souverän die Vorrunde. Mancher Gast mochte sich vielleicht verängstigt nicht zu seinem inneren Jubel bekennen. So entlud ein Besucher des Lokals im Internet-Portal „Facebook“ sein Unverständnis, „dass ihr nur Extreme drauf habt, schwarz oder weiß. Schönes Stammtischniveau, aber da gehört ihr auch hin.“ *T.M.*

Kupfer und Gold in der Lausitz

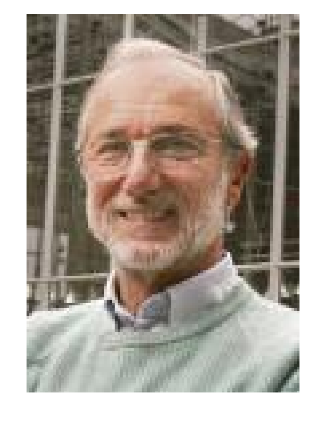
Die Kupferschiefer Lausitz GmbH (KSL), Tochterfirma des internationalen Bergbaukonzerns Minera S.A. aus Panama, hat in Südbrandenburg 130 Millionen Tonnen Erz nachgewiesen. Etwa 1000 Arbeitsplätze könnten beim möglichen Abbau demnach entstehen. Das Raumordnungsverfahren beginnt diesen Sommer. Seit 2007 erkundet der Konzern das Gebiet, dessen Kupfervorkommen schon zu Zeiten der DDR bekannt waren. Jetzt haben Experten eine Lagerstätte in etwa 1000 Metern Tiefe im Visier. Sie beginnt nördlich von Spremberg und reicht bis zur sächsischen Gemeinde Schleife. Auch 15 Tonnen Gold sollen nebenbei gefördert werden. „Spremberg beschreitet damit Neuland in ganz Deutschland: In den letzten Jahrzehnten ist kein Bergwerk neu genehmigt worden“, so der Bürgermeister des Ortes, Klaus-Peter Schulze (CDU). Ob indes wirklich gefördert wird, hängt laut Investor aber auch vom Kupferpreis am Weltmarkt ab. *SV*

Zeitzeugen



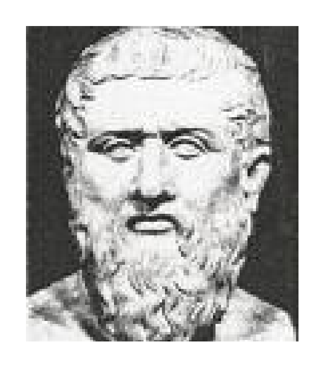
Marcelo Ebrard – Der 48-jährige Chef des Districts Mexiko-Stadt wurde 2010 für das beste Management unter den Bürgermeistern auf dem gesamten amerikanischen Doppelkontinent ausgezeichnet. 2006 mit deutlicher Mehrheit ins Amt gewählt, packte er energisch die zentralen Probleme der Megametropole an, baute eine neue Metrolinie, achtete auf mehr Energieeffizienz, ließ 13 Parks als grüne Lunge gegen die hohe Luftverschmutzung restaurieren und nahm sich der Straßenkinder an.

Joaquin Guzmán Lorea – Der 58-jährige Chef des großen mexikanischen Drogenkartells Sinaloa (Spitzname El Chapo) gilt als einer der reichsten Männer der Welt. Er zählt zu den von den USA und in Mexiko meistgesuchtesten Verbrechern. Zugleich ist er ein Synonym für die Tatsache, dass Mafia, Drogenkartelle und Kriminelle die Macht in den nur noch schwer zu kontrollierenden Megastädten an sich reißen.



Renzo Piano – Der 72-jährige Stararchitekt und Baumeister aus Genua gilt als Visionär für den künftigen Städtebau. Zahlreiche seiner Großprojekte quer über den Globus haben das Bild vieler Städte geprägt. Er hält Hochhäuser für unverzichtbar, um keine weiteren Flächen zu vernichten.

Miguel Ruano – Der Architekt und Vizepräsident für das Europageschäft der InterContinental Hotels mit einer über 30-jährigen Erfahrung in der globalen Entwicklung von Bauprojekten gilt als Vertreter des „Öko-Urbanismus“, einer von der Ökologie bestimmten Städteplanung der Zukunft. Er untersuchte in 60 internationalen Fallbeispielen Nachhaltigkeit und Umweltvorsorge bei Wohnsiedlungen und stellte die Ergebnisse in Buchform vor (Karl Krämer Verlag, Stuttgart).



Platon – Schon der griechische Philosoph (428–348 v. Chr.) entwarf die ideale Stadt nach dem Leitsatz „Was für die Seele und den Menschen gerecht ist, lässt sich auf eine Stadt übertragen“. Nach diesem Muster schuf in unseren Tagen der Schweizer Architekt Le Corbusier in Indien die Stadt Chandigarh. Doch sein Traum kollidierte mit der Wirklichkeit des indischen Lebens und die heiligen Kühe führten den Verkehrsinfarkt herbei.

Beängstigendes Wachstum

Galt eine Stadt mit über einer Million Einwohnern einst als groß, so ist das heute wenig

Inzwischen, so weist der Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen aus, lebt jeder zweite Mensch auf dem Globus in urbanen Gebieten. Doch die Infrastruktur wächst oft nicht so schnell mit wie die Bevölkerung zuwandert. Die Folge: Einer von drei Stadtbewohnern fristet sein Dasein bereits in den Slums der Großstädte von Südamerika über Afrika bis nach Asien.

Da die Weltbevölkerung den Prognosen nach von derzeit über sieben Milliarden auf mehr als neun Milliarden im Jahr 2050 anwachsen wird, dürfte sich der Trend sogar noch verstärken. In etwa 30 Jahren leben dann zwei Drittel aller Menschen in den Megametropolen. Eine erhöhte Seuchengefahr, Verseuchung des Grundwassers, die nicht mehr beherrschbare Kriminalität und zunehmender Drogenkonsum (wie schon heute in Mexiko-Stadt, Metro Manila oder Rio) und wachsende Armut als politisches Zündmaterial stellen die Politik vor schwer lösbare Aufgaben. Unruhen drohen, denn das Wachstum der urbanen Moloche sprengt längst die ökologischen und sozialen Grenzen. Es drohen sogar anarchistische Zustände in einigen Teilen dieser Megastädte.

Der jüngste Mammutstau von fast 250 Kilometer Länge in Sao Paulo als Folge eines U-Bahn-Streiks kann als Signal für die Zukunft gelten, die in vielen Ballungsgebieten zum Verkehrsinfarkt führt. Denn die Infrastruktur wächst in der Regel deutlich langsamer.

Lebensbedingungen oft alles andere als rosig

Längst unterscheiden die Planer drei verschiedene Typen der Riesenansiedlungen: Die Megastädte mit mehr als acht Millionen Einwohnern, die Global City, die als Finanz- und Wirtschaftszentrum eine besondere Bedeutung einnimmt, und die Megalopolis, eine zusammengewachsene Aneinanderreihung verschiedener Großstädte, wie etwa das 1000 Kilometer lange Siedlungsband an der Ostküste der USA zwischen Washington und Boston.

Das Ziel der chinesischen Regierung etwa ist es, in den nächsten Jahren etwa 400 Millionen Landbewohner in neue Städte zu locken. Diese werden vom Reißbrett aus neu gebaut und müssen im Zweifelsfall auch die vor steigenden Fluten fliehenden Küstenbewohner aufnehmen.

Galt in den 50er Jahren New York als größte Stadt der Erde, so rangiert die Metropole heute auf Rang 15. So hat sich in nur 17 Jahren die chinesische Stadt Chongqing am Jangste-Fluss zur größten Agglomeration auf dem Globus entwickelt. Mit 32 Millionen Einwohnern bedeckt sie eine Fläche größer als Österreich. Auch Mexiko-Stadt, Shanghai, Tokio-Yokohama, Istanbul, Karatschi, Bombay, Moskau, Dehli, Sao Paulo, Seoul, Jakarta, Dhaka und Lagos in Nigeria schoben sich längst an New York vorbei. Berlin beispielsweise rangiert an 54. Stelle.

Noch um 1800 betrug der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung weltweit gerade drei Prozent. Mit der industriellen Revolution begann dann das Wuchern der Kommunen, setzte die Landflucht ein. Heute allerdings ist es weniger der Trend vom Land zur Stadt, der das Wachstum diktiert, als vielmehr die Bevölkerungsexplosion in den Städten der Dritten Welt und der Schwellenländer selbst. Analog wächst die Kluft von Arm und Reich auf engstem Raum, nehmen die Elendsviertel zu, potenzieren sich die Umweltprobleme wie beispielsweise in Mumbai. Die anhaltende Flächenversiegelung vernichtet zudem die „Grünen Lungen“ der Metropolen. Aus der Luft sind schon von weitem die Dunstglocken diese Städte zu sehen. Die Abfallentsorgung wird zur schier unlösbaren logistischen Sysiphus-Aufgabe. Die berühmten Smoking Hills von Manila dürfen dabei als beredtes Beispiel dienen.

Joachim Feyerabend

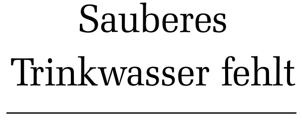


Schneller gewachsen als einem lieb sein kann: Chongqing bedeckt eine größere Fläche als Österreich Bild: mauritius

Metropole im Dunst

Vier Millionen Pkw, 120 000 Taxen, 28 000 Busse, zehntausende von Lastwagen – das sind einige der Fakten, mit denen Marcelo Ebrard, Bürgermeister der Mega-Metropole Mexiko-Stadt, zu kämpfen hat. Er steht einer der bevölkerungsreichsten Großstädte der Erde vor, die gleichzeitig auch in der Kriminalstatistik traurige Berühmtheit genießt und wie etwa Rio de Janeiro in einigen Bezirken zeitweise kaum mehr regierbar ist. Mord, Totschlag, Raub, Drogenkriege, Diebstahl bestimmen den Alltag. Selbst der massierte Einsatz von Militär brachte kaum Besserung. Die Wohlhabenden schotten sich hinter Mauern mit Sicherheitskräften und Passierscheinen ab.

Neun Millionen Menschen leben dicht gedrängt in diesem von Bergen umgebenen Talkessel zusammen. In der sogenannten Me-



Sauberes Trinkwasser fehlt

tropolregion sind es offiziell 20 Millionen; inoffizielle Schätzungen sprechen von 30 bis 40 Millionen, einer ähnlichen Zahl wie in Tokio. Bei der Luftverschmutzung rangiert Mexiko-Stadt vor Städten wie Peking oder Bombay weltweit an erster Stelle. Rund 23 Prozent weniger Sauerstoff als auf Meereshöhe wurden in der auf 2300 Metern Höhe angesiedelten Megastadt gemessen. Eine Dunstglocke macht das Atmen schwer.

Das größte Problem aber ist die Trinkwasserversorgung. Das Absaugen des Grundwassers und die Trockenlegung des Sees, der einst die aztekische Hauptstadt umgab, führten zu einem Absinken des Bodens. Einige Gebäude sackten um bis zu 8,50 Meter ab. Dabei barsten Trinkwasser- und Abwasserleitungen, wertvolles Wasser wurde kontaminiert. Wie in allen Metropolen der Dritten Welt oder der Schwellenländer war das unkontrollierte Wachstum seit der Industrialisierung die Wurzel des Übels, Stadtplanung, Infrastruktur, Hygiene und die Bewältigung der Müllberge hielten nicht mit. *J.F.*

Mehr Planung ins Chaos

Die Stadt der Zukunft und die Zukunft der Städte

Der Begriff der Nachhaltigkeit hält seinen Einzug in die Städteplanung einer globalisierten Welt. Wurde bisher meist nur nach dem Tagesbedürfnis gebaut, müssen in Zukunft Landschaft und Ökologie sowie die Folgen des Klimawandels integriert und mit der Ökonomie gleichberechtigt behandelt werden, um dem Wildwuchs der Vergangenheit zu begegnen. Die Bedürfnisse der Bürger sollen zudem in den Vordergrund rücken.

Das Manifest von Guadalajara, Mexiko, formuliert solche Anforderungen. Es ist Ergebnis eines Kongresses zum Thema „Architektur und Kulturerbe“, an dem führende Planer, Architekten und Wissenschaftler über die Stadt der Zukunft sprachen.

Die Zukunft ist zwar nicht vorhersehbar, wird aber durch unser Handeln von heute mitbestimmt. Das ist der Leitfaden vieler solcher Fachtagungen. Die Architektur steht in einer globalen Phase der Neudefinition. Stadtumbau, Bauen am Bestand, Anpassung der Infrastruktur an die kommenden Entwicklungen, alle diese Probleme werden neuerdings diskutiert. Beispielsweise war die Vernetzung der Haushalte mit elektronischer Kommunikation schon vor 40 Jahren erkennbar, gleichwohl wurde beim Neubau von Trabantensiedlungen versäumt, entsprechende Leitungsschächte gleich mitzubauen. Solche Versäumnisse führen in späteren Jahren zu vermeidbaren Milliarden-Investitionen. Den sturzflutartigen Regenfällen der letzten Jahre waren die Kanalisationsquerschnitte nicht gewachsen.

Neue Anforderungen an Architekten, Planer und Politiker

Eine bessere Energie-Effizienz ist eine weitere Anforderung an die Planer von heute. Naturgemäß sind die Probleme westlicher Gesellschaften anderer Natur als jene der Entwicklungsländer mit ihren wie Krebsgeschwüre wachsenden Slums. In jedem Fall aber muss, um eine weitere Landschaftsvernichtung zu drosseln, weiter in die Höhe gebaut werden. Einige Architekten setzen bereits auf die Wolkenkratzerfarm, begrünen Dächer, schaffen Dachgärten zur Klimaverbesserung und für den Gemüseanbau. Selbst ein Reishochhaus wurde von der Universität Hohenheim entworfen, um die Ernährung künftiger und weiter wachsender Generationen zu sichern, für die oft – wie in China – die nutzbare Landfläche schon heute nicht mehr reicht. „Skyfarming“ und „Farmscraper“, „Vertical Farming“ heißen die Schlagworte für solche Visionen von Megagewächshäusern. Berechnungen der Columbia Universität in New York postulieren, dass bis 2050 mehr als eine Milliarde Hektar neues Ackerland benötigt wird – eine Ressource, die nicht zur Verfügung steht. Im amerikanischen St. Petersburg existiert bereits eine solche mehrgeschossige Farm. Auf nur 1350 Quadratmetern wachsen dort über 70 000 Gemüsepflanzen.

„Die Städte werden zu schwarzen Löchern für Nahrung“, formulierte Professor Folkard Asch die Problematik. Allein eine Stadt wie Tokio würde 2035 pro Tag 5250 Tonnen Reis verbrauchen. Der Transport erfordere 150 Lastwagen mit einem Fassungsvermögen von je 40 Tonnen. Auch die Transportkosten könnten durch Anbau in der Stadt reduziert werden. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Raus aus dem Teufelskreis

In Berlin empfangen fast 50 Prozent der Alleinerziehenden Hartz IV – Staat schafft zu wenig Anreize

Bereits in seiner Funktion als Berliner Finanzsenator hat Thilo Sarrazin vor den Fehlentwicklungen bei Hartz IV gewarnt. Gerade in der Hauptstadt, die oft den unschönen Beinamen Hartz-IV-Metropole erhält, konnte Sarrazin aufgrund der Häufung Irrwege ausmachen. Doch seine Kritik wurde von allen Seiten abgelehnt. Nun greift das größte Berliner Wohnungsunternehmen Degewo einen Kritikpunkt auf.

Hat der Staat versagt? Offenbar, denn wenn ein Wohnungsunternehmen der Meinung ist, selbst die Initiative ergreifen zu müssen, um Fehlentwicklungen beim deutschen Hartz-IV-System zu reduzieren, spricht vieles dafür. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die Degewo Aktiengesellschaft vollständig in öffentlicher Hand ist, denn trotzdem ist es keineswegs üblich, dass ein Wohnungsunternehmen staatliche Aufgaben übernimmt. Allerdings verfügt die Degewo über Kontakte in die Politik, zahlreiche Politiker sitzen im Aufsichtsrat und so findet man leicht einen Ansprechpartner, um die Firmenmaxime „Wirtschaftliches Handeln mit sozialem Augenmaß ist bei uns Programm“ auch umzusetzen. Denn es sind immer öfter soziale Probleme, die ein wirtschaftliches Handeln schwierig machen.

Vor allem in Berlin-Marzahn häufen sich die Probleme mit alleinerziehenden Hartz-IV-Empfängerinnen. Schon 2009, als Sarrazin noch Berliner Finanzsenator war, fand er hier die Beispiele für seine ausführliche Hartz-IV-Kritik in „Deutschland schafft sich ab“. Bei den 14- bis 18-jährigen Jugendlichen lag der Anteil von Hartz-IV-Kindern bis 29,1 Prozent, bei den Kindern bis acht Jahre waren es sogar 51,7 Prozent. In Marzahn leben besonders viele alleinerziehende Mütter, die Töchter großziehen, die, wie sich zeigt, immer öfter auch zu alleinerziehenden Müttern werden. Bundesweit sind rund 40 Prozent der Alleinerziehenden zugleich Hartz-IV-Empfängerinnen, in Berlin sind es fast 50 Prozent. Und je früher die Mädchen zu Müttern werden und somit keine Ausbildung haben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie und ihre Kinder auf ewig Hartz-IV-Empfänger bleiben. Böse Zungen lästern, dass in einigen Stadtteilen Berlins ganze Hartz-IV-Empfänger-Dynastien entstünden.



Jungen Müttern eine Chance geben: Alina Friese (Mitte) mit anderen jungen Müttern bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zum Modellprojekt „Jule“ Bild: Visum

Die Degewo spürt als eine der ersten die Folgen dieser Entwicklung. „Marzahn ist die Hochburg der Alleinerziehenden in Berlin, viele suchen bei uns nach einer Wohnung. Doch oft fehlt ein Schulabschluss oder eine Ausbildung, ein Großteil bezieht Hartz IV und so mancher hat zudem einen Negativeintrag in einem Schuldnerverzeichnis“, so Frank Bielka, Vorstandsmitglied der Degewo auf *PAZ*-Anfrage. „Wir wollen diesen jungen Menschen helfen, den Kreislauf zu durchbrechen. Das Sozialsystem kümmert sich zu wenig um diese jungen Frauen und Männer. Wir haben daher den Anstoß gegeben und viele verschiedene Akteure zusammen gebracht: den Senat, das Bezirksamt, das Jobcenter, den Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis und den Kinderring e.V.“ Alle zusammen haben sich das Ziel gesetzt, vorerst in einem Pilotprojekt Mütter in die Lage zu versetzten, ein selbstständiges, eigenverantwortlich gestaltetes Leben führen zu können. Und so letztendlich Mieter zu bekommen, die einen festen Tagesablauf haben, ihr Geld selbst verdienen und die Miete auch zahlen. Denn immer öfter klagen andere Mieter bei der Degewo über alleinerziehende Mütter, die erst gegen Mittag aufstehen und ihre Kinder, die oft von verschiedenen Vätern sind, noch spät abends mit dem Bobbycar lärmend über die Flure sausen lassen.

Arbeitsagentur will, dass Politik handelt

Nun soll das Wohnprojekt „Jule“ (Kurzform von „Junges Wohnen“) jungen, alleinerziehenden Müttern helfen, eine Ausbildung zu machen. Frei nach dem Motto „Fordern und Fördern“ erhalten die jungen Frauen eine günstige, aber neu renovierte Wohnung und ihre Kinder werden betreut, während sie sich bilden und somit den Grundstein für ihre Zukunft legen. Wer keine Zeugnisse, sprich Ergebnisse, vorweisen kann, der fliegt aus dem Projekt, droht die Degewo. Bis März konnten sich junge Mütter auf die 15 Plätze des zunächst auf drei Jahre angelegten Projekts bewerben. Während dieser Zeit begleiten Mitarbeiter der Alice-Salomon-Hochschule, die sich auf Soziale Arbeit, Gesundheit sowie Erziehung und Bildung spezialisiert hat, das Wohnprojekt. Sind die Ergebnisse positiv, will die Degewo „Jule“ fortsetzen.

Eine andere Hartz-IV-Fehlentwicklung, die die Degewo aber nicht beeinflussen kann, ist der Umstand, dass Alleinerziehende etwa 140 Euro Zulage pro Kind erhalten, so sie keinen unterhaltszahlenden Kindsvater vorweisen können. „Hartz IV schafft keine Anreize, in eine Beziehung zurückzukehren“, klagte deswegen auch Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit. Denn hat die Alleinerziehende wieder einen verdienenden Partner, mit dem sie zusammenzieht oder ihn gar heiratet, fallen diese rund 140 Euro weg. Daher meiden viele die offizielle Partnerschaft, was wiederum verhindert, dass die Kinder in geordneten Familienverhältnissen aufwachsen. „Als Bundesagentur für Arbeit können wir die Alleinerziehendenzulage nicht abschaffen. Wir können nur gegenüber der Politik deutlich machen, dass es sich hier um einen Fehlanreiz handelt und sich eher vermittlungshemmend auswirkt“, so die Arbeitsagentur auf *PAZ*-Anfrage.

Da das Gesetz nach der Geburt eines Kindes von den Frauen nicht verlangt, dass sie sich um eine Arbeit kümmern, gibt es wenig Anreize für sie zu arbeiten, zumal viele ungelernte Kräfte sind, die, so sie denn einen Job haben, nur wenig verdienen, zugleich aber als Alleinerziehende besonders viel Stress mit der Vereinbarkeit von Job und Familie haben. Gerade für junge Mütter sei diese gewährte Auszeit aber der falsche Weg, da viele so den Moment verpassen, in dem sie eine Ausbildung machen können, warnt die Sozialarbeiterin Marina Bikádi, die für die Degewo die „Jule“-Mütter betreut.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Öneys dunkle Andeutung

Stuttgart – Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hat während einer Diskussionsveranstaltung im März die Frage eines Teilnehmers, warum der deutsche Staat nichts gegen die Zwickauer Gruppe „NSU“ getan habe, damit beantwortet, dass es in Deutschland einen „tiefen Staat“ gebe. In der Türkei ist damit gemeint, dass es einen Staat im Staat gibt, also eine Verflechtung von Staat, Justiz, Polizei und krimineller Unterwelt in einer Art Geheimbund. Nun widersprach ihr auch der Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und veranlasste Öney dazu, ihre Formulierung zurückzunehmen und dahingehend zu berichtigen, dass Deutschland ein Rechtsstaat und kein „tiefer Staat“ sei. In der Türkei veranlasste dies wiederum die türkische Nationalversammlung auf Initiative der Partei „Graue Wölfe“ zu der offiziellen Feststellung, dass Ministerin Öney aufgrund eines deutschen Schattenstaates starkem politischem und psychischem Druck ausgesetzt sei. *S.G.*

EU behindert Parlamentarier

Berlin – Zahlreiche Bundestagsabgeordnete fordern erneut, dass Dokumente der Europäischen Union verstärkt ins Deutsche übersetzt werden. Die EU verschickt an die nationalen Parlamente den größten Teil ihrer Dokumente nur in Englisch. So wurden seit der Bundestagswahl 2009 über 50 Dokumente von der EU nicht mehr auf Deutsch übermittelt. Die Bundestagsabgeordneten leiden besonders bei den vielen Papieren zur Euro-Rettung unter dem Übersetzungsmangel und sehen sich dadurch in ihrer Arbeit behindert. Die EU-Kommission begründet die rein englischen Dokumente allgemein mit Geldmangel, ohne genauere Angaben machen zu können. *S.G.*

Deutsch in die Ferne tragen

Engagement für die deutsche Sprache: Auslandsmedien geehrt

Mit dem ersten Medienpreis „Dialog für Deutschland“ hat die Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“, die 2004 von dem saarländischen Industriellen Kurt Linster gegründet wurde, in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin die in Buenos Aires erscheinende Wochenzeitung „Argentinisches Tageblatt“ ausgezeichnet. Sie wurde 1878 von den Schweizer Einwanderern Johann Alemann und seinem Sohn Moritz gegründet und ist noch heute im Besitz der Familie. Das Blatt, das in einer Auflage von 10000 Exemplaren erscheint, habe sich auch in stürmischer und gefährlicher Zeit stets den Grundsätzen der Freiheit und der Demokratie verpflichtet gefühlt, sagte Christoph Lanz, Direktor bei der „Deutschen Welle“ und Sprecher der Jury.

Ein Ehrenpreis ging an die „Prager Zeitung“, die sich, laut Lanz, seit 1981 aufmerksam und behutsam den schwierigen Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen widmet. Die „Prager Zeitung“ sei die erste deutschsprachige Publikation im vormaligen Ostblock gewesen, die sich neben den Angehörigen einer deutschen Minderheit auch gezielt und mit Erfolg deutschsprachigen Geschäftsleuten und Touristen als Lesergruppen geöffnet und sich dadurch die Zukunft gesichert habe. Der Preis soll eine Ermutigung sein für die oft schwierige Arbeit deutschsprachiger Medien im Ausland, sagte der Stiftungsratsvorsitzende und Parlamentarische Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU), der zugleich auch Vorsitzender des Verbands für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) ist, bei der Übergabe des mit 5000 Euro dotierten Preises.

Lammert: Eliten Schuld am Bedeutungsverlust

Die Festansprache hielt Bundestagspräsident Norbert Lammert. Nach seinen Worten gibt es rund 2000 auslandsdeutsche Medien. Etwa 100 davon seien Zeitungen im klassischen Sinn, die meisten davon erscheinen wöchentlich, etwa zehn Prozent täglich. Sie alle zusammen erreichten ungefähr drei Millionen Menschen.

Lammert bedauerte ausdrücklich bei der Preisverleihung, dass der Stellenwert der deutschen Sprache in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zurückgegangen sei. Während 2005 noch fast 17 Millionen Menschen auf der ganzen Welt Deutsch als Fremdsprache gelernt hätten, sei die Zahl bis zum Jahr 2010 bereits um rund 2,7 Millionen Menschen zurückgegangen.

Für die leider auffällig stark zurückgehende Bedeutung der deutschen Sprache machte Lammert unter anderem das „aktive und passive Verhalten der Eliten unseres Landes“ verantwortlich. Diese ließen zu, dass Englisch als Wissenschaftssprache selbst bei Germanisten an den deutschen Hochschulen längst anerkannt sei.

Nach den Worten des Stiftungsvorsitzenden und Geschäftsführers des Bundesverbandes der Automobilindustrie, Kay Lindemann, hatten sich 28 deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften aus der ganzen Welt an dem Medienpreis beteiligt. Die Jury setzte sich zusammen aus Vertretern der Deutschen Welle, der Internationalen Medienhilfe (IMH), mehrerer politischer Parteien, des Bundespresseamtes und des Auswärtigen Amtes. Prominenter Juror war außerdem der bekannte TV-Nachrichtenmoderator Dieter Kronzucker. *B.B.*

Kirche wird Moschee

Alt-Eigentümer betont, alevitische Gemeinde stünde Christen nahe

In Mönchengladbach-Rheydt ist die ehemalige Kreuzkirche der Evangelisch-methodistischen Kirche in eine „Cemavi“ (Versammlungshaus) einer muslimisch-alevitischen Gemeinde umgewandelt worden. Damit zerfällt der jahrzehntelang geübte überkonfessionelle Konsens, aufgegebene Kirchen nicht in islamische Gotteshäuser umzuwandeln.

Vor drei Jahren haben die Methodisten in Mönchengladbach ihren letzten Gottesdienst in der Kreuzkirche gefeiert, die wegen Mitgliederrückgangs geschlossen wurde. 2010 wurde die Kirche an die türkisch-alevitische Gemeinde verkauft, die ihr neues Gotteshaus jetzt nach einem Umbau eröffnet. Viele werfen der methodistischen Kirche jetzt den Bruch des überkonfessionellen Konsenses vor, nach dem keine christlichen Gotteshäuser aus symbolischen Gründen Muslimen überlassen werden sollen.

Der zuständige Superintendent der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK), Rainer Bath, sagte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur „idea“, der Verkauf der Kirche an die Aleviten sei „kein Tabubruch“. Er verwies auf die seit Jahren bestehenden intensiven Kontakte zu den Aleviten. Bath sprach von einer „Einzelfall-Regelung“. Die EmK hat in Deutschland 55500 Mitglieder.

Die Aleviten gehören zu einer etwa 20 Prozent umfassenden Minderheit innerhalb des Islam. Ihre Zahl wird in Deutschland auf rund 600000 geschätzt. Die Aleviten erkennen wie die Sunniten zwar den Koran als Grundlage ihres Glaubens an, die islamische Gesetzgebung, die Scharia, lehnen sie ab.

Christus ist nicht nur einer von vielen religiösen Führern

Bislang waren sich die deutschen Kirchen, anders als in Großbritannien, einig, aufgegebene Gotteshäuser dürften zwar in Museen oder Synagogen, nicht aber in islamische Gotteshäuser umgewandelt werden. An diese Linie hielten sich in Deutschland die evangelische und die katholische Großkirche ebenso wie kleine Freikirchen. Man wollte die inhaltlichen Unterschiede zum Islam deutlich machen und angesichts verbreiteter Islamisierungsängste eine heikle Symbolik vermeiden. Die evangelisch-methodistische Freikirche hat als erste Kirche diesen Konsens aufgekündigt. Bischof Walter Klaiber von der methodistischen Kirche sieht das in einem Gespräch mit „idea“ anders: Für ihn bräuchten sich Christen auch angesichts der demografischen Entwicklung nicht ängstlich in ein Bollwerk zurückziehen. Vielmehr gäbe es auch unter den neuen „wachsenden Gemeinschaften von Andersgläubigen Gleichgesinnte“, zu denen er die türkischen Aleviten wegen ihrer Nähe zur Mystik und zum Christentum zählt.

Anders war die Reaktion auf katholischer Seite. „Das ist schon eine harte Zumutung“, sagte der für den interreligiösen Dialog zuständige Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke dem Kölner „domradio“. Zwar pflegten Christen ein freundschaftliches Verhältnis zu anderen Religionen, „aber dennoch dürfen wir grundsätzliche Verschiedenheiten nicht aus den Augen verlieren“, so Jaschke. Christen verträten den Anspruch, dass Jesus „der Herr und der Einzige ist“ und für alle Menschen der Mittler zu Gott sei. „Von daher können wir Christus nicht einfach einreihen in die Reihe religiöser Führer, ob das Buddha oder Mohammed ist“, betonte Jaschke. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Suche nach toten Kriegsverbrechern

Wien – Österreichs Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) möchte die Krypta, das Denkmal der in beiden Weltkriegen gefallenen österreichischen Soldaten, dem antifaschistischen Selbstbild des Staates anpassen. Neben einem Denkmal für die Deserteure des Zweiten Weltkrieges sollen die Totenbücher, in denen alle Gefallenen erwähnt sind, nach NS-Kriegsverbrechern durchsucht werden. Bis zum 26. Oktober dieses Jahres sollen vom nationalen Kriegsarchiv die mehreren tausend Biografien überprüft und von angeblichen NS-Kriegsverbrechern gesäubert sein. Historiker und die Partei „Die Grünen“ kritisieren, dass dies innerhalb von vier Monaten unmöglich sei. *S.G.*

Zickenkrieg um Hollande

Paris – Beziehungsprobleme von François Hollande mit seiner Lebensgefährtin Valérie Trierweiler sorgen dieser Tage für Schlagzeilen. Bereits am Abend seiner Wahl zum Staatsoberhaupt forderte ihn Valérie vor versammelten Journalisten auf: „Nun, gib mir einen Kuss auf den Mund“, nachdem Hollande seiner Ex-Partnerin Ségolène Royal zwei Küsse auf beide Wangen gegeben hatte. Trierweiler sorgte dann dafür, dass Parteikollegin Royal bei der Amtseinführung von Hollande im Élysée-Palast nicht eingeladen wurde. Dabei hatte sich Royal am Wahlkampf aktiv beteiligt. Bei der Parlamentswahl eskalierte der Zickenkrieg zwischen beiden Frauen zur „soap opera der Republik“, als Trierweiler dem politischen Gegner von Royal, Olivier Falorni, im Wahlkreis La Rochelle, wo beide um die Gunst der Wähler stritten, „viel Erfolg“ wünschte. Auslöser soll eine Mail Hollandes an seine Parteigenossin Royal mit allen guten Wünschen für die Wahl gewesen sein. *J.-P.P.*

Im Anlauf steckengeblieben

Indien enttäuscht die in das Land gesetzten Hoffnungen – Zu viele Begehrlichkeiten sind zu stillen

Noch vor wenigen Jahren schien der Aufstieg von Brasilien, Russland, Indien und China, der sogenannten BRIC-Staaten, ein Selbstläufer zu sein. Die Drohung der Ratingagentur Standard & Poors, die Bonität Indiens auf Ramschstatus zu senken, zeigt aber an, dass Indien mittlerweile im politischen Stillstand versinkt. Langfristig könnte das Land daran sogar zerbrechen.

Eine Regierungskoalition aus zehn verschiedenen Parteien dürfte in der Welt wohl nicht oft vorkommen. Bereits seit Jahren ist ein solches Phänomen in Indien allerdings Realität. Um überhaupt regierungsfähig zu werden, wurde im Jahr 2009 eine fragile Koalition unter Führung der Kongresspartei zusammengezimmert. Die Resultate der Regierungsarbeit sind dementsprechend. Aus Rücksicht auf die verschiedenen Koalitionspartner herrscht ein weitgehender politischer Stillstand. Angekündigt waren liberale Reformen und Marktöffnungen für verschiedene Branchen, die volle Konvertierbarkeit der indischen Rupie und selbst ein Bürokratieabbau. In der Realität wurde nichts von dem umgesetzt, stattdessen hat die Paralyse der Zentralregierung sogar nochmals zugenommen. Bei Regionalwahlen im April dieses Jahres hat die Kongresspartei verheerende Verluste bei Regionalwahlen einstecken müssen. Die Angst, bei den kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2014 eine weitere Niederlage einzufahren, hat den letzten Reformeifer einschlafen lassen. Was stattdessen auf den Weg gebracht wird, nimmt sich für ausländische Investoren wie eine Drohung aus. Angekündigt ist etwa, Kapitalgewinne aus Firmenübernahmen steuerpflichtig zu machen – rükkwirkend für die letzten 50 Jahre. Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen kommen schon seit einiger Zeit nicht mehr voran. Die geplante Öffnung des Einzelhandelsmarktes, ein Vorhaben, das eigentlich Ausdruck der Handlungsfähigkeit der Regierung zeigen sollte, wurde auf Druck verschiedener Bevölkerungsgruppen wieder einkassiert.

Tatsächlich wächst aber der Reformbedarf immer weiter. Indien wird nicht nur durch eine überbordende Bürokratie gelähmt, sondern auch durch Korruption. Im Jahr 2010 förderte ein Bericht des indischen Rechnungshofs zutage, dass bei der Vergabe von Mobilfunklizenzen 34 Milliarden Dollar veruntreut worden waren. Fast Kleingeld angesichts eines anderen Skandals, der im vergangenen Jahr aufgedeckt wurde: Zwischen 2004 und 2009 sollen Bergbaurechte ohne öffentliche Ausschreibungen weit unter Wert vergeben worden sein. Der hochgerechnete Schaden liegt bei 207 Milliarden Dollar.

Delhi kann nicht wie Peking von oben durchregieren

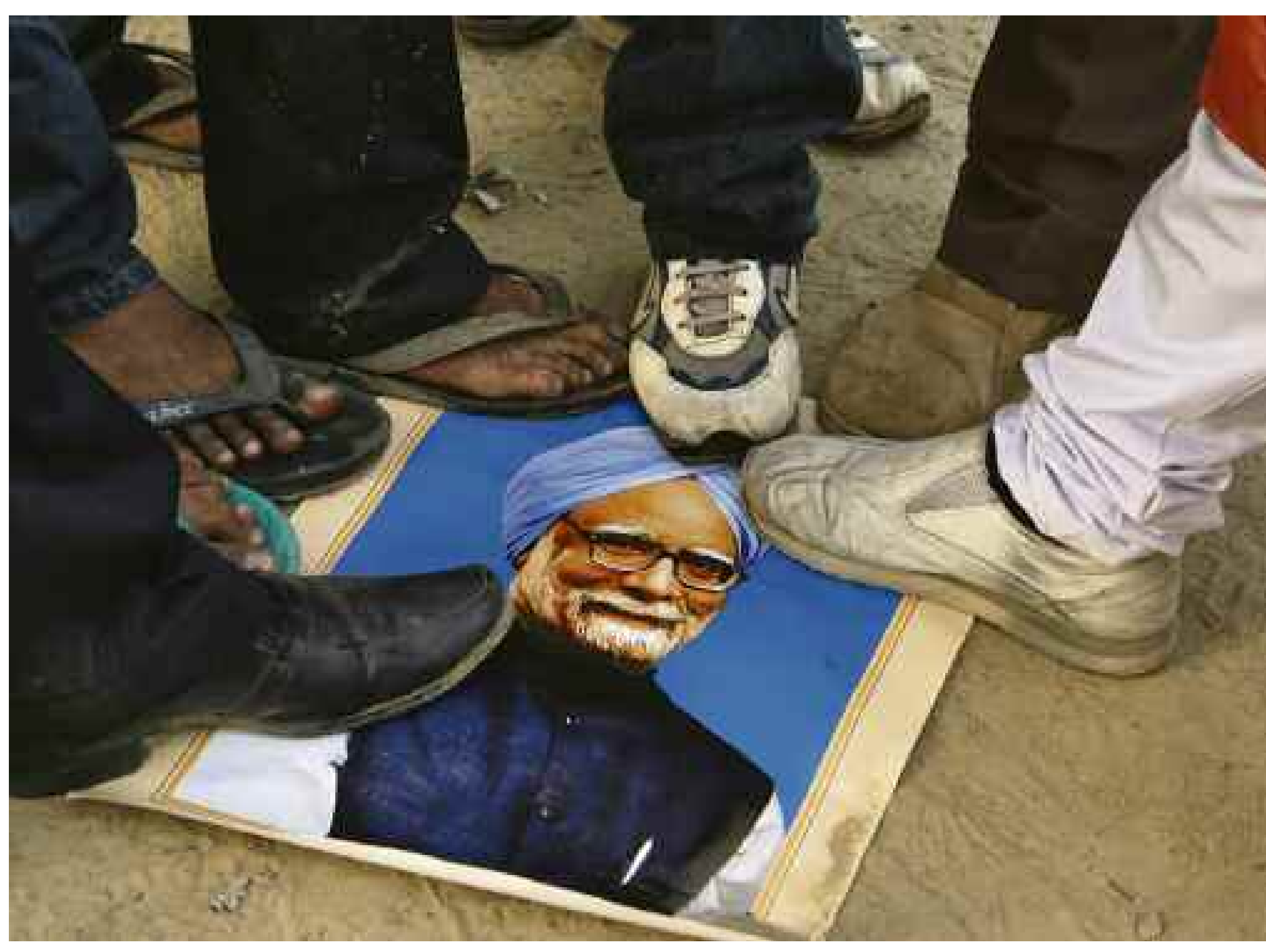
Die ungelösten Probleme Indiens sind mittlerweile auch an den Wirtschaftsdaten ablesbar. Vorbei sind die Zeiten von zehn Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr – aktuell wird nur noch mit 5,3 Prozent gerechnet. Zuwenig um langfristig den sozialen Frieden zu sichern. Ein Viertel der 1,2 Milliarden Inder lebt unterhalb der ohnehin sehr niedrig angesetzten offiziellen Armutsgrenze. Jedes Jahr sterben 1,7 Millionen Kinder an Unterernährung. Bereits seit Monaten ist der Wechselkurs der indischen Rupie im Sinkflug, während das Außenhandelsdefizit und die Inflationsraten steigen.

Inzwischen wird befürchtet, dass der Zustand der politischen Lähmung des Landes sogar noch nach den kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2014 anhalten könnte. Möglich wäre dies, wenn weder die Kongresspartei noch die große Oppositionspartei, die hindu-nationalistische BJP, trotz des Mehrheitswahlrechts wieder keine absolute Mehrheit erringen und erneut Koalitionen mit kleineren Parteien nötig sind. Zurückgreifen müsste man auf Parteien, die vor allem in den Bundesstaaten immer mehr an Macht gewinnen und nur einzelne indische Kasten oder regionale Interessen vertreten. Stärker werden ebenso die maoistische Guerilliabewegung wie ethnische Rebellengruppen, die für mehr Autonomie kämpfen.

Von außen droht Indien durch die Rüstungsanstrengungen seiner beiden Rivalen Pakistan und China zerrieben zu werden. Der Streit um die Provinz Kaschmir ist nach wie vor ungelöst. Seit 1947 wurden mit Pakistan bereits drei Kriege um die Provinz geführt. Der Streit mit dem Nachbarn eskaliert regelmäßig bis hin zu Grenzgefechten.

Immer mehr wird in Indien allerdings nicht im Erzfeind Pakistan die größte Gefahr gesehen, sondern in China. Zwar startete Indien unlängst seine erste atomwaffenfähige Interkontinentalrakete, deren Reichweite erstmals ausreicht, um das gesamte Gebiet Chinas abzudecken, kräftemäßig zieht China aber immer mehr an Indien vorbei. Auch, dass Indien inzwischen zum größten Waffenimporteur der Welt aufgestiegen ist, wird nichts daran ändern, dass Indien militärisch im Vergleich zu China immer weniger mithalten kann: Während Indien nun eine Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben auf 40 Milliarden Dollar angekündigt hat, wird China mit 106,4 Milliarden US-Dollar erstmals die 100-Milliarden-Dollar-Marke bei seinen Rüstungsausgaben durchbrechen.

Norman Hanert



Reformen verpasst: Nicht nur US-Ratingagenturen sind mit der politischen Führung in Indien unzufrieden. Premier Manmohan Singh und seine über 70 Minister haben die Einwohner Indiens enttäuscht. Bild: Reuters

Türkei: Mehr Islam

Erdogan will religiöse Generation heranziehen

Der 29. Mai ist zwar kein offizieller Feiertag in der Türkei, aber seit dem Regierungsantritt von Premier Recep Tayyip Erdogan 2003 wurde der Jahrestag der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 zu einem wichtigen Tag im kollektiven Gedächtnis der Türken. In diesem Jahre nutzte der Premier den Jahrestag zur Ankündigung des Baus einer Riesenmoschee auf dem höchsten Hügel Istanbuls im Stadtteil Çamlıca. Fast zur selben Zeit verrichteten mehrere Dutzend Muslime demonstrativ ihr Morgengebet vor der Hagia Sophia und forderten die Aufhebung des Gebetsverbotes in der christlichen Basilika. Die einst wichtigste Kirche des Byzantinischen Reiches, die nach der Eroberung durch die muslimischen Osmanen 1453 als Moschee genutzt und 1923 von der säkularen türkischen Republik zum Museum erklärt wurde, soll aus Sicht einiger muslimischer Gruppen wieder zur Moschee werden.

Hagia Sophia bald wieder Moschee?

Am Morgen desselben Tages hatte Erdogan die Fatih-(Eroberer) Moschee, benannt nach Sultan Mehmet dem Eroberer, nach einer Renovierungsphase von mehr als vier Jahren wiedereröffnet. Die Fatih-Moschee war als erste Moschee Konstantinopels bereits zehn Jahre nach der Eroberung auf dem Baugrund der Apostelkirche erbaut worden. In der Apostelkirche hatte auch Kaiser Konstantin, der Begründer der Stadt am Goldenen Horn, seine letzte Ruhestätte gefunden. Von seinem Grab gibt es jedoch keine Spuren mehr in der Moschee.

Premier Erdogan kündigte in seiner Rede in Üsküdar noch den Bau weiterer überdimensionaler Moscheen an. „Unsere Arbeit ist noch nicht vollendet. Istanbul wird bald ein ganz anderes Aussehen haben“, sagte Erdogan. Erst vor wenigen Wochen hatte Erdogan sein ambitioniertes religiöses Erziehungsziel für die nächsten Jahrzehnte angekündigt, eine „religiöse, konservative Generation“ in der Türkei heranzuziehen. Die staatliche Behörde für religiöse Angelegenheiten, Diyanet, legte einen „Strategischen Plan“ vor, in dem von einer „Verstärkung der Arbeit der Büros für die religiöse Lenkung und Führung“ der Familien die Rede ist. Auch ein „Koran-Museum“ soll gegründet werden und die Religion soll wieder mehr in den Medien präsent sein. *Bodo Bost*

Charmeur umgarnt Mexikaner

Das aufstrebende Schwellenland steht offenbar vor einem Regierungswechsel

Die USA gehen nicht allein durch ein dramatisches Wahljahr. Das Nachbarland Mexiko wählt ebenfalls seinen Präsidenten. Felipe Calderons Amtszeit läuft ab, und am 1. Juli fällen die Wähler die mit enormer Spannung erwartete Entscheidung über einen möglichen Machtwechsel in Mexico-Stadt. Weit voran in allen Umfragen liegt der sogenannte „Pretty Boy“, Enrique Pena Nieto (47), von der sozialistischen Partido Revolucionario Institucional (PRI). Über 70 Jahre hatte die PRI das Land autokratisch regiert, bis sie 2000 in einem sensationellen Sieg von Vincente Fox von der christlich-konservativen Partido Acción Nacional (PAN) abgelöst wurde. Auf Fox folgte 2006 Calderon, ebenfalls PAN. Dieser soll nun durch den „Pretty Boy“ abgelöst werden. Nieto, Ex-Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, hat in seinem Wahlkampf alles getan, um der PRI ein neues Gesicht fernab jeglicher Korruption zu verleihen. Viele fürchten, dass die PRI, wie einst, wieder heimlich mit den Drogen-Kartellen verhandelt und Frieden für Geld erkauft, zumal erst vor kurzem ein prominenter General aus Nietos Umfeld wegen enger Kontakte zum organisierten Verbrechen verhaftet wurde.

„Nieto ist ein Wolf im Schafspelz“, behaupten seine Kritiker, die sich vor allem unter Intellektuellen und Unabhängigen befinden. Sie sehen in den Großkundgebungen, in denen er umjubelt wird, eine Rückkehr zur „perfekten Diktatur“, wie der Schriftsteller Mario Vargas Lhosa einst die PRI nannte, weil sie nicht durch demokratischen Dialog, sondern durch Mobilisierung der Massen herrschte. Die Medien sind zudem in PRI-Hand. Studenten protestierten bereits in lautstarken Demonstrationen vor dem Gebäude der mächtigen Fernsehstation Televisa in Mexiko-Stadt gegen einen „Fait Accompli“, einen abgemachten Sieg von Nieto.

Sozialisten hatten Stillhalteabkommen mit Drogen-Kartellen

Doch viele Mexikaner sehen nicht nur die Gespenster der Vergangenheit. Sie sehen, entnervt von einem missglückten Drogen-Krieg mit über 50 000 Toten, in dem dynamischen, weltgewandten, routinierten Politiker Nieto den am besten geeigneten Nachfolger Calderons. Jetzt hat sich zum Entsetzen der PAN sogar Vincente Fox, der einst die PRI entthronte, hinter Nieto gestellt. Auch weil Nietos Konkurrenten neben ihm verblassen. Da ist die PAN-Kandidatin Josefina Vasquez-Mota (51), ironisch nach der bekannten Puppe „Quinceanera Doll“ genannt, weil sie immer lächelt. Die ehemalige Erziehungsministerin unter Calderon zielt mit dem Motto „Josefina Differente“ voll auf die weibliche Wählerschaft ab. Sie ist selbst Mutter von drei Töchtern und eine Kämpferin für Frauenrechte wie auch für die Belange von Familien. Doch Kritiker bezweifeln, dass sie das aufstrebende Schwellenland Mexiko in der Welt adäquat vertreten könnte.

Der dritte und plötzlich aufholende Konkurrent im Rennen um die Präsidentschaft ist Andres Manuel Obrador, der liberale, links von der Mitte stehende frühere Bürgermeister von Mexiko-Stadt und Angehöriger der Partido de la Revolución Democrática.

Der Wahlausgang ist nicht nur für die Bürger, er ist auch für die Welt von Bedeutung. Die Sensationsmeldungen von Gräueltaten der Drogen-Kartelle und der Flut illegaler Einwanderer in die USA werden dem Land nicht gerecht. Mexiko, das größte Land Lateinamerikas, das fünfeinhalb Mal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, hatte seit der Rezession von 2009 einen erstaunlichen Aufstieg zu verzeichnen. Die Wirtschaft wuchs um über fünf Prozent. Der Peso ist stark. Stabile Preise fördern den Konsum. Mexiko hat die größte Börse nach Brasilien in Lateinamerika mit einem Marktkapital von 749 Milliarden US-Dollar. Seine Zentralbank hortet beachtliche Devisenüberschüsse. Import und Export sind ziemlich ausgeglichen, auch dank Freihandelsabkommen mit über 40 Ländern sowie, dominierend, in der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) mit den USA und Kanada (90 Prozent). Eine stetig wachsende Mittelklasse drängt die Armutsgrenze (immer noch 35 Prozent) zurück. Die Arbeitslosigkeit ist auf 6,5 Prozent gefallen. Und nicht zuletzt deshalb ist die große Zahl illegaler Auswanderer in die USA stark gesunken. Allmählich erscheinen die Chancen im eigenen Land besser als in den problembeladenen USA. Vor allem die Tourismusbranche wächst trotz aller Reisewarnungen. Keine schlechten Aussichten. Einzige Furcht: Eine neue Rezession in den USA. „Ja, ja“, frohlockte der Wirtschafts-Professor Jorge Gonzalez kürzlich beim monatlichen Frühstück des „Latin America Caribean Forum“: „Früher haben die Amerikaner mit den Mexikanern wie Eltern zu ihren Kindern gesprochen. Jetzt ist es umgekehrt. Und nun stelle man sich erst vor, wir hätten keine Drogen-Dealer zu bekämpfen!“ *Liselotte Millauer*

Ausplünderung durch die Hintertür

Pläne des EU-Kommissionspräsidenten sind leicht durchschaubar und ein Eingeständnis des Scheiterns

Ob Schuldentilgungsfonds, Euro-Bonds oder kurzlaufende Euro-Anleihen: Den meisten Vorschlägen zur Rettung des Projekts „Euro“ merkt man schnell an, dass sie zu Lasten der Deutschen gehen sollen. Bei dem Vorhaben einer Bankenunion scheint es zunächst nur um eine strengere Aufsicht über Banken zu gehen. Dass der Plan am Ende darauf hinausläuft nicht nur die deutschen Banken, sondern auch erneut die Steuerzahler zur Kasse zu bitten, wird erst deutlich, wenn man sich die Details ansieht.

Geht es nach EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dann ist bereits im kommenden Jahr eine sogenannte Bankenunion, eine EU-weite Aufsicht zumindest über Großbanken arbeitsfähig. Schon im Herbst sollen dazu die Gesetzesvorschläge vorliegen. Änderungen an EU-Verträgen seien nicht erforderlich, ließ Barroso schon einmal vorab wissen.

Jetzt ist der Deutsche als Sparer und Steuerzahler gefragt

Ebenso interessant wie Barrosos ungewohnte Schnelligkeit ist, was sich im Schlepptau des Vorschlages befindet: ein gemeinsames Einlagensicherungssystem und ein Restrukturierungsfonds für marode Banken. Der Chef der EU-Kommission hat gut daran getan, die derzeit populäre strengere Aufsicht über Banken in den Vordergrund zu stellen, über Details seiner Bankenunion aber zu schweigen. Bei der Nennung konkreter Zahlen wäre schnell klar geworden, worum es sich bei Barrosos Plan handelt. Im Ernstfall kommt er der Ausplünderung einiger weniger Länder mit einem halbwegs noch soliden Banksystem gleich. Anders als aus Brüssel sind aus der angelsächsischen Hedgefondsbranche nämlich schon einmal konkrete Zahlen veröffentlicht worden, welche Konsequenzen eine europaweite Einlagensicherung hätte. So geht der Fondsmanager John Hussman davon aus, dass in der Euro-Zone die Gesamteinlagen bei Banken 7,6 Billionen Euro betragen, wobei 5,9 Billionen auf Einlagen von Privathaushalten entfallen. Allein in den Euro-Krisenländern haben Privatpersonen Einlagen von 1,8 Billionen Euro. Selbst wenn man die Garantie auf jeweils 100 000 Euro begrenzen würde, hätte man zwar etwa 72 Prozent dieser Privateinlagen abgedeckt, im Ernstfall wären aber 1,3 Billionen Euro fällig. Analog zu den übrigen Rettungsprojekten für den Euro würde bei der Bankenunion wahrscheinlich der deutsche Bankensektor der größte Zahler für eine derartige Einlagensicherung sein. Angesichts der Summen ist allerdings auch schon die Überforderung der deutschen Banken absehbar.



Will mehr als nur gemeinsame Bankenaufsicht: José Manuel Barroso Bild: action press

Der Ruf nach staatlicher Beteiligung, also nach Steuergeldern, ist nur eine Frage der Zeit. Entsprechend fällt die Aufnahme des Vorschlags zur Bankenunion in Deutschland aus: „Eine Haftungsgemeinschaft der Staaten durch die Hintertür“ sieht etwa Bundesbank-Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger. Ebenso eindeutig fällt die Ablehnung durch den Präsidenten des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), Christian Brand, aus. Seine Befürchtung: Gesunde deutsche Banken haften für Pleite-Banken im übrigen Europa.

Gerade mit Blick auf die deutschen Sparkassen hat der Vorschlag zur Bankenunion aus Brüssel eine besonders pikante Note. Es war ein EU-Kommissar namens Mario Monti, der zu seiner Amtszeit in Brüssel einen Feldzug gestartet hatte, um die Abschaffung des deutschen Sparkassensystems zu erreichen. Inzwischen – als Regierungschef Italiens – scheint er nichts mehr dagegen zu haben, dass diese Sparkassen für marode Banken im übrigen Europa haften sollen.

Ungewollt hat Barossos Vorschlag allerdings noch den Blick auf eine andere Tatsache gelenkt, über die man in Brüssel bisher geschwiegen hat. Die Forderung nach einer neuen Bankenaufsicht ist das Eingeständnis, dass die im Januar 2011 gegründete Europäische Bankenaufsicht (EBA) nur ein medienwirksames Täuschungsmanöver war. Trotz „Bankenstresstests“ hat die EBA weder den Kollaps der belgisch-französischen Dexia-Bank noch das Desaster bei der spanischen Bankia kommen sehen. Deren Bilanzen scheinen allerdings selbst für die spanische Bankenaufsicht eine Überraschung gewesen zu sein. Derzeit laufen Ermittlungen, ob bei dem maroden spanischen Institut das Ausmaß des Rekapitalisierungsbedarfs bewusst verschleiert worden ist.

Das Beispiel macht deutlich, wie wenig Hoffnung man sich in Bezug auf eine europäische Bankenaufsicht machen sollte. Wenn selbst nationale Aufsichtsbehörden vor Ort scheitern, sollte man sich von einer neuen europäischen Aufsichtsbehörde nicht zu viel versprechen. Die Möglichkeit, bestehende Risiken aus den jeweiligen Bankensektor auf andere europäische Banken und Länder abzuwälzen, würde den Anreiz, auf nationaler Ebene für solide wirtschaftende Banken zu sorgen, allerdings noch geringer werden lassen.

Für die Griechen käme diese Rettung bereits zu spät

Aber selbst wenn Barrosos Plan bis 2013 Realität wird, für Griechenland wird die Bankenunion wahrscheinlich zu spät kommen: Wie kritisch die Lage eingeschätzt wird, macht die Mitteilung der viertgrößter Bank Australiens, der National Australia Bank (NAB), deutlich, die angekündigt hat, alle direkten Transaktionen mit dem griechischen Bankensystem einzustellen. *Norman Hanert*

KURZ NOTIERT

Deutsche Target2-Forderungen bei 700 Milliarden Euro: Die Forderungen der Bundesbank an andere Euro-Zentralbanken im Rahmen des Target2-Verrechnungssystems sind zum Ende des Monats Mai auf 698 Milliarden Euro gestiegen. Im Schnitt stiegen die Verbindlichkeiten anderer Euro-Zentralbanken gegenüber der Bundesbank damit um rund 1,74 Milliarden Euro pro Tag an. N.H.

Geld für Zypern: Moskau erwägt, Zypern einen Milliarden-Kredit zu gewähren, damit Nikosia seine eng mit den strauchelnden griechischen Banken verwobenen Kreditinstitute unterstützen kann. Derweil bricht die eigentlich mit Russland befreundete Türkei gerade wegen Zypern ab 1. Juli ihren Kontakt zur Europäischen Union ab. Das der Türkei in alter Feindschaft verbundene EU-Mitglied Zypern übernimmt dann die EU-Ratspräsidentschaft. Da Russlands strategischer Partner Syrien im östlichen Mittelmeer gerade wegbricht, wird spekuliert, dass Moskau sich mit dem Kredit an Zypern, vor dessen Küste Gasfelder vermutet werden, einen neuen Partner in der Region sucht und dafür bereit ist, Ankara zu verärgern. *Bel*

Weniger Geld für Nobelpreisträger: Die Stiftung, die das Vermögen des Initiators Alfred Nobel verwaltet, leidet unter der Krise der Finanzmärkte. Alfred Nobel hat in seinem Testament verfügt, dass die Ausgezeichneten nur aus den Zinserträgen Prämien bekommen dürfen. So werden die diesjährigen Preisgelder um 20 Prozent auf acht Millionen Kronen (zirka 900 000 Euro) gesenkt. Dieser Schritt sei notwendig, so die Stiftung, da die Kapitalerträge aus dem Stiftungsvermögen in den vergangenen Jahren stark rückläufig seien. Die Verwalter mussten schon 2008 eingestehen, dass sich die im Jahr 2006 mit über 400 Millionen Euro gefüllte Stiftungskasse bedenklich geleert hatte, da sie sich zugunsten höherer Zinsen auf risikoreichere Investitionen einigten. So wurden nur noch 20 Prozent in festverzinsliche Papiere investiert, aber 64 Prozent in Aktien und zwölf Prozent in Immobilien und Hedgefonds. *S.G.*

Spionage inklusive

Chinesische Elektronik in US-Waffensystemen gefunden

Angeblich wurden unzählige elektronische Bauteile aus chinesischer Produktion bei zahlreichen Rüstungsprojekten der USA verbaut, so lautet der Befund einer Untersuchung, die vom US-Senat in Auftrag gegeben wurde. Mit Hilfe einer Scheinfirma waren 2009 und 2010 elektronische Bauteile von Zulieferern angekauft worden. Das Ergebnis der verdeckten Einkaufstour und der anschließenden technischen Prüfung: Anders als deklariert, waren lediglich 20 Prozent der Bauteile für den militärischen Einsatz geeignet. Der Rest war eigentlich nur für industrielle Anwendungen oder sogar nur für Konsumartikel verwendbar, zum Teil aber noch minderwertiger. Die Ramschware hat Einzug in Projekte wie den Kampfhubschrauber AH-64 „Apache“, den Marine-Helikopter SH-60B „Seahawk“ und selbst ins Abwehrsystem gegen ballistische Raketen gefunden.

Dies dürfte stärkere Auswirkungen haben, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Es wurden nicht nur überhöhte Preise für minderwertige Bauteile gezahlt, im Ernstfall ist auch nicht sicher, ob Waffensysteme überhaupt funktionieren. Anders als für den Einsatz in der Industrie oder im Konsumbereich müssen für militärische Anwendungen besondere Anforderungen, etwa an die Temperaturtoleranz, erfüllt werden.

Mit einer anderen Gefahr, die von chinesischer Elektronik ausgeht, beschäftigt man sich nicht nur in den USA schon seit längerer Zeit. Immer wieder rückt der chinesische Netzwerkausrüster Huawei ins Visier. Huawei liefert unter anderem Netzwerktechnik für Internet- und Telefonfirmen, aber auch Lösungen für Mobilfunkanbieter. Der Vorwurf an die Nr. 2 auf dem Weltmarkt: eine enge Anbindung an die Chinesische Volksbefreiungsarmee. Insgeheim gilt Huawei als verlängerter Arm chinesischer Geheimdienste. Wiederholt ist die Firma von öffentlichen Ausschreibungen in westlichen Ländern ausgeschlossen worden. Nach mehrjähriger Zusammenarbeit kam etwa für die Firma das Aus bei einer Ausschreibung zur technischen Ausstattung des Deutschen Forschungsnetzes (DFN), das Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland vernetzt. Ebenso erging es der Firma bei einem Regierungsprojekt für Breitband-Internetanschlüsse in Australien.

Über Scheinfirmen Ramschware an die USA verkauft

Der immer wiederkehrende Verdacht: Bereits in der Netzwerkinfrastruktur, die von den Chinesen geliefert wird, sind kaum zu entdeckende „Hintertüren“ integriert, die für Spionagezwecke durch chinesische Nachrichtendienste genutzt werden können. Die aufwändige Einschleusung von Trojanern oder anderen Spionageanwendungen können sich die Chinesen so sparen, die Gefahr einer Enttarnung wird geringer.

Allerdings ist das Spionagegeschäft zwischen China und dem Westen keine Einbahnstraße. Nachdem 2002 der damalige chinesische Staatschef Jiang Zemin in den USA eine Boeing als Regierungsflieger bestellt hatte, überwachte chinesisches Sicherheitspersonal jeden Schritt der Fertigung beim Flugzeugbauer in Seattle. Nach der Auslieferung sollen die Chinesen aber immer noch 27 Abhörwanzen gefunden haben, die in dem Flieger waren. *N.H.*

Verzweifelter Schnellschuss

Auf Suche nach Schuldigen bei Ehec-Epidemie Existenzen vernichtet

Ein Jahr nach Ausbruch der Ehec-Epidemie ist der „Gärtnerhof“ im niedersächsischen Bienenbüttel ruiniert. Alle Mitarbeiter sind entlassen, Schuldentürmen sich auf und Schmerzensgeldklagen drohen. Die Besitzer sind verzweifelt, obwohl sie vielleicht keine Schuld trifft.

Als im Mai 2011 immer mehr Menschen an einem gefährlichen Stamm eines Darmbakteriums, kurz Ehec genannt, erkrankten und erste Todesfälle gemeldet wurden, galt es Schuldige zu identifizieren. Die Seuchen-Detektive vom Hamburger Robert-Koch-Institut gaben zuerst spanischen Gurken, Tomaten und Salatköpfen die Schuld. Doch sie irrten sich. Spanische Gärtner entrüsteten sich damals über das Importembargo, der hiesige Bauernverband klagte über Einkommenseinbußen; Politiker forderten einen schnellen Erfolg und dann schien man endlich eine Spur zu haben.

Am 5. Juni 2011, einem Sonntag, trat der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann vor die Mikrofone und verkündete, dass ein Sprossen-Hof in seinem Bundesland unter dringendem Verdacht stünde, die Ehec-Quelle zu sein. Noch bevor das Veterinäramt am gleichen Tag um 18 Uhr auf dem Hof vorbeikam, standen dort Reporter vor der Tür und begehrten Auskunft. Die Besitzer des Biohofs, Uta Kaltenbach und Klaus Verbeck, waren ahnungslos und völlig überrascht. In Schutzanzügen kletterten in den nächsten Tagen Reporter, Kameraleute und Neugierige über den Zaun des Gärtnerhofs. Die Polizei vertrieb die ungebetenen Besucher, aber bald sah sich Uta Kaltenbach gezwungen, einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren, der in den nächsten Wochen 14 000 Euro kosten sollte.

Nun dürften vor allem Rechtsanwälte profitieren

Da Sprossen mit 90 Prozent zum Umsatz des Gärtnerhofs beitrugen, brach das gesamte Geschäftsmodell des Betriebs zusammen. Aus dem mit 210 Millionen Euro gefüllten Entschädigungstopf der EU erhielten die Hofbesitzer keine Leistungen, weil dort Sprossen nicht aufgeführt sind.

Mühsam versuchen sich nun Kaltenbach und Verbeck mit dem Anbau von Salat, Zucchini und Peperoni über Wasser zu halten, die sie auf Wochenmärkten oder im Direktverkauf abgeben. Doch die Schuldfrage nagt weiter an den Hofbetreibern. Der Ruf des Gärtnerhofs ist wohl für längere Zeit ruiniert, wie eine Recherche bei „Google“ zeigt, die 130 000 Treffer im Zusammenhang mit Ehec liefert.

Bei insgesamt 4321 Erkrankten und 53 Toten durch die Ehec-Epidemie stellt sich die Frage nach der Schuld, möglicherweise auch nach Schadensersatz und Schmerzensgeld. Die Gerichte werden sich mit diesen Fragen höchstwahrscheinlich beschäftigen müssen, denn ob der Gärtnerhof tatsächlich die Quelle der Epidemie war, ist bis heute umstritten. Am 5. Juni hatte es nur einen Schnelltest gegeben, spätere Tests verliefen negativ und erst am 5. Juli rief die EU-Kommission 15 Arten von Sprossensamen aus Ägypten zurück und verbot den Import. Wer für den Schaden aufkommt, ist bisher ungeklärt. Klagen könnten, wegen dessen voreiliger Warnung, auch auf das niedersächsische Landwirtschaftsministerium zukommen. *H. E. Bues*

Freiwillig?

Von Rebecca Bellano

Irgendwie fühlt man sich anlässlich der Euro-Rettung derzeit als Deutscher ähnlich wie die Katze aus einer der Geschichten von Bertold Brecht. In der kurzen Erzählung will eine düstere Person ihre Übermacht demonstrieren, indem sie zusagt, dass sie das Tier dazu bringen könne, freiwillig Senf zu fressen. Seine Zuhörer scheitern bei dem Versuch, dem Stubentiger den Senf einzuflößen, doch dann zeigt ihnen der Fiesling, wie einfach es geht, die Katze dazu zu bringen, den Senf freiwillig zu schlecken: indem er ihr die scharfe Paste an den Allerwertesten schmiert. Da der Senf an der empfindlichen Stelle so brennt, weiß die Katze sich nicht anders zu helfen, als das Zeug „freiwillig" zu fressen.

Ähnlich „freiwillig" retten die Deutschen inzwischen immer mehr Euro-Partner. Eine Wahl wird ihnen nicht gelassen. Voller Unglauben sehen die Bürger dieses Landes, mit welchen Tricks und Kniffen sie immer stärker in die Haftung für die Fehler anderer genommen werden, man präsentiert ihnen die Rechnungen für Dinge, die sie nie bestellt haben.

Klarheit statt Phrasen

Von Jan Heitmann

Politiker treten nicht von ungefähr gern an der Führungsakademie der Bundeswehr auf, um programmatische Worte an das militärische Volk zu richten. Die höchste Bildungsstätte der Streitkräfte bietet international angehauchtes Flair, Medieninteresse ist garantiert und das intellektuell anspruchsvolle Publikum, überwiegend aus zukünftigen militärischen Entscheidungsträgern bestehend, ist ein Multiplikator ersten Ranges. Kein Wunder also, dass Bundespräsident Joachim Gauck seinen Antrittsbesuch bei der Bundeswehr an der Führungsakademie abhielt. Sein klares Bekenntnis zu den Streitkräften und seine Würdigung ihrer Soldaten dürfte seinen Zuhörern wohlgetan haben. Völlig zu Recht hat das Staatsoberhaupt festgestellt, dass sich die Gesellschaft bewusst sein müsse, welche Aufgaben zukünftig von der Bundeswehr erwartet würden. Hier aber hätte mehr von ihm kommen müssen, denn Anspruch und Wirklichkeit klaffen in diesem Punkt weit auseinander. Seitens der Politik fehlt eine klare Aussage dazu, wohin die sicherheitspolitische Reise geht, wozu die Bundeswehr überhaupt noch da ist und warum sie in Einsätze geschickt wird, kurzum: was die Bundeswehr und die Auslandseinsätze Deutschland und den Deutschen konkret nützen.

Bundespräsident hat Chance zur Ermahnung vertan

Eigentlich sind Sinn und Zweck des Militärs klar: Es dient dazu, die Freiheit und die Souveränität des Volkes, die territoriale Integrität des Landes und die nationalen Interessen zu sichern. Eigentlich. Doch, Landesverteidigung – womit? Mit personell und materiell entmannten Streitkräften wie der Bundeswehr ist eine ernsthafte Landesverteidigung längst illusorisch. Bleibt also noch die Wahrung der nationalen sicherheitspolitischen Interessen. Aber welche sind das? Zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges sind diese noch immer nicht definiert. Das ist nicht der Bundeswehr anzulasten. Soldaten treffen keine politischen Entscheidungen und sie geben sich ihre Aufträge nicht selbst. Sie führen die Aufträge aus, die die Politik ihnen gibt. Ohne Wenn und Aber. Doch statt einen sicherheitspolitischen Rahmen dafür zu setzen, käuen die Politiker die offizielle Sprachregelung wieder, sprechen je nach Lage von Bündnissolidarität, der Verteidigung der Demokratie am Hindukusch, der Wahrung der Menschenrechte oder ganz nebulös von der Wahrnehmung internationaler Verantwortung. Das ist keine Formulierung nationaler sicherheitspolitischer Interessen, das ist inhaltsleere Phraseologie.

Es ist nicht Sache des Bundespräsidenten, die sicherheitspolitischen Interessen zu definieren. Gleichwohl hat Horst Köhler das einmal versucht und wurde dafür abgestraft. Dass Gauck diesen Fehler vermeidet, ist nachvollziehbar. Er hätte die Politik aber zur Wahrheit und Klarheit gegenüber denjenigen ermahnen sollen, die unserem Land unter Einsatz ihres Lebens dienen.



Der Bundespräsident Joachim Gauck (l.) und der Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in der Führungsakademie der Bundeswehr: Gauck lobte das Engagement der Soldaten

Bild: pa

Einfach wahlmüde

Von Jean-Paul Picaper

Wie erwartet siegte die Sozialistische Partei (PS) Frankreichs am letzten Sonntag bei den Parlamentswahlen. Mit 314 Abgeordneten hat sie zum zweiten Mal seit François Mitterrand 1981 die Schwelle der absoluten Mehrheit (289 Sitze) überschritten. François Hollandes Premierminister Jean-Marc Ayrault verfügt über 51 Prozent der Sitze und mit seinen Verbündeten, den Grünen (18 Sitze) und der Linksfront (zehn Sitze), über eine haushohe Gesamtmehrheit (342 Sitze). Hollande wird im Streit mit Berlin auftrumpfen können.

Zum Trost für die konservative UMP (229 Sitze) verfehlte Hollande die für Verfassungsänderungen erforderliche Dreiviertel Mehrheit, die ihm ermöglicht hätte, Nicht-EU-Ausländern das Wahlrecht bei Gemeindewahlen zu geben. Frankreich bleibt französisch-europäisch.

Eine andere gute Nachricht für die UMP ist die Abwahl des Links-Überläufers François Bayrou. Dieser Sonderling mit dem Beinamen „der Egozentrist" steht abseits. Nicht ungünstig für die UMP ist dagegen der Parlamentseinzug von zwei Abgeordneten der Nationalen Front (FN), Marion Maréchal-Le Pen, eine Nichte der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen, und Gilbert Collard, zwei Politikern, mit denen man reden kann.

Mit ihrer regionalen und nationalen Übermacht ergreift die Linke Besitz von Frankreich. So etwas gab es nur 1958, als Charles de Gaulle als Retter gerufen wurde. Rekordverdächtig war die Enthaltung: 44 Prozent. Die Menschen waren wahlmüde. Diese Schlacht galt von vorneherein für die Rechte als verloren, nachdem Nicolas Sarkozy weg war. Bis zu ihrem Kongress im Herbst muss die UMP ihre Grundwerte neu definieren, da die Krise ihr Wirtschaftsprogramm zunichte gemacht hat.

Moment mal!





Inflation wird nicht die Rettung bringen

Von Klaus Rainer Röhl

Danzig, die alte deutsche Stadt an der Ostsee, gegründet 1240, gefiel sogar Angela Merkel bei ihrem letzten Fußballbesuch ausnehmend. Meine Großeltern besaßen in der Innenstadt von Danzig, in einer der besten Wohngegenden, dort, wo die Große Krämergasse auf den Langen Markt trifft, also direkt auf den Artusbrunnen zulaufend, einen der schönsten Plätze der Welt, drei nach Art des Barock schmale Häuser als Wohn- und Geschäftsräume. Die Gegend ist dort so teuer geworden, dass die polnischen Neureichen, die nach Vertreibung der Kommunisten aus ihren Büros die alten, nach dem Krieg wieder aufgebauten Häuser mit den Barockfassaden bezogen hatten, diese heute kaum noch bezahlen können. Keine unangenehme Vorstellung, Erbe solcher schönen alten Häuser zu sein, die vielleicht doch irgendwann nach europäischem Recht den rechtmäßigen Erben zugesprochen werden könnten, aber Fehlanzeige. Die Häuser in der Großen Krämergasse gehörten am Ende gar nicht mehr meinen Großeltern. Sie verloren sie schuldlos oder schuldig durch den von allen Völkern gleichermaßen gewünschten Ersten Weltkrieg. Mein Großvater hatte wie alle anderen deutsche Kriegsanleihen gezeichnet, meine Großmutter ihren Schmuck („Gold gab ich für Eisen") noch hinzugefügt, aber der Krieg ging, grandios, wie er angefangen hatte, verloren, und am Ende hätte Deutschland noch fast eine kommunistische Regierung bekommen, wenn nicht die Genossen von der SPD das mit Hilfe der Freikorps das in letzter Minute verhindert hätten.

Großeltern verloren Besitz in Danzig

Das blieb uns erspart, aber nicht der dann ausgehandelte, vielmehr diktierte Versailler Vertrag, im Volk nicht zu Unrecht Schandvertrag genannt. Er bürdete Deutschland solche Riesenzahlungen (Reparationen) auf, die nur durch Sachleistungen abgegolten werden konnten. Fast die gesamte Produktivität und das Volksvermögen gingen dabei drauf und für die Menschen blieb sozusagen nichts übrig, die zahlten den verlorenen Krieg mit Kindersterblichkeit, Arbeitslosigkeit und Elend, ohne es von einem Tag auf den anderen zu merken. Zwar behielt man die Reichsmark, aber es gab am Ende fast nichts mehr dafür zu kaufen. Die Notenpressen druckten immer mehr Geldscheine mit immer höheren Nennwerten, bis am Ende, unsere Enkel sehen es nur im Schulfernsehen, ein Laib Brot eine Milliarde Reichsmark kostete.

Das war selbst den Alliierten zu viel. Es wurden ein paar der härtesten Abgaben gemildert, Fristen gestreckt und Reichsminister Hjalmar Schacht führte einen rigorose Währungsreform durch (Schacht, der hat die Rentenmark gemacht!). Und es ging erst mal aufwärts. Doch das Versailler Diktat bestand weiter und dann kam der große, in den USA ausgelöste Börsenkrach, (der viel Ähnlichkeit hatte mit der 2008 von Lehman Brothers ausgelösten kriminellen Spekulations-Krise) und erneut brach Massenverelendung größten Ausmaßes über unsere Vorfahren herein. Infolgedessen drohte noch einmal eine kommunistische Machtübernahme. Das war, wie wir wissen, die Stunde Hitlers – mit allen ihren Folgen. In seinem ersten Kabinett war Schacht Finanzminister. Der Autor dieser Zeilen hat darüber seine Doktorarbeit geschrieben*.

Das kollektive Gedächtnis der Deutschen hat die Erinnerung an das Chaos der Inflation bewahrt. Und deswegen werden wir verdammt hellhörig, wenn unsere von Leithammeln gelenkten Massenmedien ab und an mal jemand zu Wort kommen lassen, der frisch oder frisch-fröhlich verkündet, etwas Inflation sei weiter kein Beinbruch. Zumal um uns herum Staatsmänner und ganze Staaten eine Politik betreiben, die nur durch eine immer schneller laufende Gelddruckmaschine angetrieben werden kann. Wieder ist eine Inflation in Aussicht, und wieder sind die Deutschen schuld daran. Nicht weil sie einen Krieg verloren haben, sondern weil einer ihrer Spitzenpolitiker, der lange Jahre verdienstvolle Bundeskanzler Helmut Kohl, eine Schnapsidee hatte: den Euro. Dies sage nicht ich, sondern einer, der es von Berufs wegen weiß, war er doch Mitglied des Bundesbankpräsidiums: Thilo Sarrazin. „Der Euro war keine gute Idee." Kohls phantastischer, aber leider falscher Plan ging aus von seinen Erfahrungen mit der deutschen Einheit. Gibt man den Deutschen die D-Mark, kommt die Einheit sozusagen von selbst. Was mit einigen Verzögerungen denn auch eintrat, vor allem aber, weil die Deutschen ein Volk waren, das, von den Besatzungsmächten getrennt, sich nach seiner Wiedervereinigung sehnte. Die Hoffnung, das würde bei Europa genauso glücken, war, wie wir gesehen haben, durch nichts begründet, da niemand sich nach einer Einheit sehnte und es weder geschichtliche noch volkswirtschaftliche Voraussetzungen dafür gab.

Helmut Kohl hatte eine Schnapsidee

Überaus unterschiedlich entwickelt sind die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften und der Leistungswille ihrer Bewohner in Europa. Aber die gute D-Mark und ihre Kaufkraft bewunderten alle und horteten sie in ihren Nähkästchen und Geheimschubladen wie früher von Bukarest bis Tirana den Dollar. Und als ihnen auf deutsches Betreiben hin die neue Währung als eine quasi neue D-Mark förmlich aufgedrängt wurde und der Euro seine Kaufkraft nicht nur behielt, sondern sogar noch steigerte, glaubte jedermann, er sei nun geradewegs im Schlaraffenland angekommen und kaufte, was das Zeug hielt. Auf Kredit, und selbst der wurde ihm förmlich aufgedrängt. Ohne dass irgendjemand der staatlichen Einheit Europas oder einer leistungsfähigen Wirtschaft auch nur einen Schritt näher gekommen wäre, wozu auch, das Geld floss ja auch so, und der Warenfluss funktionierte grenzüberschreitend.

Doch dann kam die erste Krise, von Lehman und seinen „Brüdern" in den USA ausgelöst, wo eine halbe Nation Häuser gekauft hatte, die sie sich nicht leisten konnte, und das ganze Schneeballsystem, bei dem auf wundersame Weise Wohlstand produziert wurde, fiel in sich zusammen, und wie immer bei einem solchen Verfahren bissen den letzten die Hunde.

Und nun gibt es zwei Wege, um der Krise in Europa zu begegnen: Wieder sparen und die Währung stabilisieren oder weiter auf Pump Wohlstand produzieren, das heißt – Geld drucken. Wie wir aus unserer Geschichte wissen, steht am Ende der Gelddruckerei die Inflation und somit die Verelendung zuerst der Rentner, der Geringverdiener und der kinderreichen Familien und am Ende des ganzen Volkes. Die meisten Deutschen hängen immer noch der vielleicht altmodischen Gewohnheit an, dass man nur so viel Geld ausgeben kann, wie man vorher erarbeitet hat. Man möge uns diese Zaghaftigkeit unter Ansehung der schweren kollektiven Erfahrungen bitte verzeihen, und nur zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht mehr zahlen wollen, weder mit Euro-Bonds noch mit einer anderen verschleierten Schulden-Union. Vielleicht können wir das auf andere Weise wieder gutmachen, indem wir als einziges Land in Europa unsere moderne Wirtschaft durch Windmühlen und Sonnensammler mit Energie versorgen wollen, also für immer gute und verlässliche Kunden für Atomkraftwerke im Ausland und russische Gaskonzerne bleiben werden, also mit anderen Worten, schon ein Übermaß an Selbstkasteiung geleistet haben. Inflation ist geil, meinen wohl der frisch gewählte französische Präsident François Hollande und viele andere Politiker in Europa. Finden wir aber gar nicht. Der Euro war bereits Strafe genug.

**Klaus Rainer Röhl, „Die letzten Tage der Republik von Weimar", München 2006*

Königsberg als Spiegelung

Wie die italienische Malerin Lucia Lamberti nach Königsberg kam – Große Ausstellung in Leipzig

Nur wer vergessen ist, ist wirklich tot“, sagt der Volksmund. In dieser Hinsicht braucht man sich um Königsberg nicht zu sorgen: verwandelt, lebt es in der Erinnerung weiter und immer weiter. Die einstige Schönheit der Perle Ostpreußens zieht auch heute noch Menschen in ihren Bann. Ungewöhnliche Wege führt einen dabei manchmal das Schicksal: Durch Zufall kam die italienische Malerin Lucia Lamberti bei einem Arbeitsaufenthalt in Sachsen mit der Pregel-Metropole in Berührung. Wie fruchtbar diese geistige Begegnung war, zeigt die Ausstellung der Bilder in Leipzig.

„Und umzuschaffen das Geschaffene, / Damit sich's nicht zum Starren waffne, / Wirkt ewiges lebendiges Tun.“ Das Goethe-Wort, hier passt es. Das Sinnlich-Wahrnehmbare des physisch nicht mehr existenten deutschen Königsberg erstand durch die Kunst neu, erlebte eine Auferstehung im Geist und auf der Leinwand. In der kleinen Galerie am Leipziger Markt hängen an die 300 Bilder, die Königsberg verwandelt zeigen und Zeugnis geben von einer intensiven künstlerischen Auseinandersetzung der Malerin mit einer Stadt, deren ursprüngliche Gestalt unwiederbringlich verloren ist.

In der thematisch dreigeteilten Ausstellung überwiegen die leisen Töne. Die Farbigkeit der Bilder ist reduziert, ihr Hintergrund oft weiß, wie um anzuzeigen, dass nichts des Dargestellten in der materiellen Welt mehr existiert, dass es wie Traumschatten der Erinnerung sind, emporgeholt in einem langen Rückholprozess.

Das Kapitel unter dem Namen „People and Books“ („Menschen und Bücher“) versammelt Aquarelle, die damalige Bewohner und Büchereien Königsbergs beziehen, die zum großen Teil umgekommen und deren Bücher zerstreut wurden. Die berühmte Wallenrodtsche Bibliothek im südlichen Turm des Königsberger Doms mit ihrem hohen gotischen Gewölbe zeigt die Malerin gleich mit zwei Bildern, eines ganz in dunklem, feurig leuchtendem Rot. Von der im 17. Jahrhundert begonnenen Sammlung seltener Bücher und Handschriften aus den verschiedensten Disziplinen der Wissenschaft sind heute nur wenige Hundert Bücher übrig geblieben – mutwillig verbrannt durch die Bomben. Mit 52 mal 41 Zentimetern entsprechend klein die Werke: Miniaturen. Das Agnes-Miegel-Haus hat Lamberti eingefangen, den bekannten alten Torweg am Pregel, Szenen von Spaziergängern und Besorgungen. „Menschen und Bücher können den Ort wechseln oder gezwungen werden diesen zu wechseln“, deutet die Einleitung zum Kapitel der Vertreibung und den furchtbaren kulturellen Verlust an.



„Das Geheimnis des Wassers“: Schlossteich mit Schlossturm in Königsberg – nur noch Erinnerung Bild: Lucia Lamberti

Für die Bilder des Abschnitts „Seven Bridges of Koenigsberg“ („Die sieben Brücken von Königsberg“) hat sich die Künstlerin vom alten Königsberger Brückenproblem anregen lassen: Gab es einen Rundweg, bei dem man alle sieben Brücken über den Pregel genau einmal überquert und am Ende wieder zum Ausgangspunkt gelangt? Wie der Schweizer Mathematiker Leonhard Euler 1736 bewies, war ein solcher Weg, der „Eulersche Weg“, in Königsberg nicht möglich, da zu allen vier Ufergebieten beziehungsweise Inseln eine ungerade Zahl von Brücken führte. Aus den sieben alten Königsberger Brücken, von denen nicht alle Krieg und Nachkriegsabrisse überstanden, malte Lamberti mit Öl auf Leinwand eine Serie – das blasse Blau-Grau als Grundton dieser Gemälde scheint mit dem Wasser zu spielen, über das die Wege führten, und umso deutlicher zu sprechen: Es ist nicht mehr. Die Krämerbrücke und die ob ihrer Schönheit oft fotografierte klappbare Grüne Brücke – an ihrer Stelle führt heute eine seelenlose Spannbetonbrücke den Verkehr über die beiden Pregelarme und die Insel. Das Kleinstformat der Bilder von nur 12 mal 20 Zentimeter zwingt zum genauen Hingucken.

Die unter dem Namen „Water Memory“ („Wasser-Erinnerung“) zusammengefassten Gemälde sind wohl die spektakulärsten. Spürt man in ihnen doch gleichsam den gemalten Phantomschmerz über die verlorene Stadt. Auf der stillen Oberfläche des Pregel spiegeln sich die Häuser und Gebäude – das Schauspielhaus, die Schlossfreiheit, die Alte Universität, der Dom und das Kneiphöfsche Gymnasium, die Alten Speicher der Lastadie. Ein Paradox, denn das, was der Wasserspiegel zeigt, es existiert so nicht mehr. Das Wasser als Spiegel der Erinnerung, auf der Erde der Ufer dunkelblaue Büsche, ein Baum, ein einsamer Fischer, karges Land – vernichtete Kulturlandschaft, Wüstenei.

Dass die Italienerin in Leipzig zu Königsberg fand, war nicht selbstverständlich, sondern, so muss man wohl sagen, eine glückliche Fügung. Lamberti konnte 2011 als residierende Künstlerin am Leipzig International Art Programme (LIA) teilnehmen. In den geräumigen Ateliers der zum Kunstzentrum umfunktionierten ehemaligen Baumwollspinnerei, in denen auch der international gefeierte Neo Rauch ein und aus geht, hatte die 1973 geborene Italienerin ihre Staffelei aufgestellt. Durch Zufall lernte sie auf ihren Streifzügen durch Leipzig eine alte Dame kennen, die aus Königsberg stammte. Die weckte ihr Interesse durch ihre Erzählungen von der schon mythischen Hafenstadt am Pregel so sehr, dass sie begann, sich mit dem zerstörten Königsberg zu beschäftigen. Lamberti (siehe kleines Bild) recherchierte in Bibliotheken und Buchhandlungen – in der Bücherstadt Leipzig mit ihrer vitalen Antiquariatsszene ein Leichtes, vertiefte sich in Fotografien, Bildbände, arbeitete Postkartenbestände durch – und wusste irgendwann: Das ist es, deswegen bin ich hier, das ist mein Projekt. Selbst in der süditalienischen Hafen- und Universitätsstadt Salerno aufgewachsen, war sie fasziniert, ja überwältigt von der früheren Schönheit Königsbergs mit dessen Kanälen, Brücken, Teichen, Schiffen, Hafenanlagen – und der Nähe zum Meer. Ihr ist ein bemerkenswert empathischer Blick auf Königsberg gelungen. *CR*

„Die Stadt aus den Büchern“. Verkaufsausstellung noch bis 28. Juli in der salve art gallery, Barthels Hof, Markt 8, 04109 Leipzig. Geöffnet donnerstags und freitags von 14 bis 19 Uhr, sonnabends von 11 bis 16 Uhr oder nach Vereinbarung. Telefon (nur mobil): 0177 / 3506585 oder 0151 / 40524732, Internet: www.salve-art-gallery.de

Franz Biberkopf zwischen allen Stühlen

Trotz »Berlin Alexanderplatz« wenig gelesen: Vor 55 Jahren starb Alfred Döblin, der als Jude zum Katholizismus konvertierte

Obwohl der Roman „Berlin Alexanderplatz“ zum Kanon der Schullektüre gehört, mehrfach verfilmt wurde und in der Theaterfassung immer wieder aufgeführt wird, erschien erst 2007 die Biografie seines Autors: Alfred Döblin gehört trotz oder gerade wegen der Popularität seines expressionistischen Frühwerks zu den wenig gelesenen Autoren, dessen Rezeption auf dieses Buch beschränkt blieb. Der dem liberalen jüdischen Bürgertum entstammende gebürtige Stettiner entkam dem Holocaust durch die Flucht nach Übersee, fristete ein kümmerliches Leben in der Emigration und wurde von seinen Schriftstellerkollegen geschnitten. Seine innere Geistesentwicklung führte in vom assimilierten Judentum weg hin zum Glauben an den, der mit Vollmacht sagen konnte „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben. Niemand kommt zum Vater denn durch mich“.

1878 in der pommerschen Hafenmetropole als Sohn eines Schneiders geboren, ließ sich Alfred Döblin nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin als Kassenarzt für Innere- und Nervenkrankheiten nieder. Nebenher betätigte er sich als allem Neuen aufgeschlossener Schriftsteller. Doch erst der 1929 erschienene Roman „Berlin Alexanderplatz“, der im Berliner Großstadt- und Verbrechermilieu spielt und den stilistisch eine raffiniert gehandhabte Montagetechnik auszeichnet, wurde ein Erfolg, ja ein Riesenerfolg. Das Buch machte Döblin mit einem Schlag reichsweit und aufgrund seiner zahlreichen Übersetzungen auch im nicht-deutschsprachigen Ausland als ernst zu nehmenden Dichter der Moderne bekannt.

Mit Beginn der Hitlerei Anfang 1933 erfuhr auch das Leben Döblins und seiner Frau Erna einschneidende Veränderungen. Seine Zulassung als Arzt verlor er, seine Schriften wurden auf den Index verbotener Bücher gesetzt. Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar entkam Döblin der Verhaftungswelle nur knapp. Nach einer Warnung setzte sich Döblin umgehend in die Schweiz ab. Noch im selben Jahr emigrierte er nach Frankreich, wo er 1936 eingebürgert wurde.

> Bekehrungserlebnis auf der Flucht durch Frankreich

Doch auch in Paris, wo er sich niederließ, konnte Döblin auf Dauer nicht bleiben. Als die deutsche Wehrmacht im Frühjahr 1940 Nordfrankreich besetzte, floh er in den unbesetzten Süden. Dort irrten die Eheleute von einer Stadt zur nächsten, von einem Flüchtlingslager zum anderen. Da er befürchtete, an die Deutschen ausgeliefert zu werden, floh er weiter. Über Lissabon emigrierte er ins US-amerikanische Exil. Das nackte Leben war gerettet; doch außer einer befristeten Anstellung in Hollywood fand er keine Arbeit. Döblins lebten von Arbeitslosenunterstützung und Zuwendungen.

Während seiner Odyssee durch Frankreich hatte sich bei Döblin eine Hinwendung zum christlichen Glauben angebahnt. In der Kathedrale von Mende war er von dem Anblick eines Kreuzes mit dem Korpus des leidenden, sterbenden Christus nicht losgekommen. Eine tiefe Sehnsucht nach einem Glauben-Können an Christus hatte sich seiner bemächtigt und ließ ihn nicht mehr los. Wenige Tage später nahm Döblin an einer sonntäglichen heiligen Messe im Dom teil. Und wieder wurde sein Blick von dem Gekreuzigten gebannt: „Ich betrachte das Kruzifix. Ich suche festzuhalten: ‚Herr, dein Wille geschehe.‘ Und dann denke ich darüber nach, was die Predigt gesagt hat und was die Messe verkündet: ‚Die Welt ist unglücklich und mangelhaft, durch unsere Schuld und Schwäche. Aber die Gnade, die Liebe, die Erlösung wurde in die Welt geschickt. Gott kennt unsern Zustand. Er nimmt sich unser an. Wir müssen nur kommen und wollen.‘“

Im Exil in Los Angeles konvertierte Alfred Döblin gemeinsam mit seiner Frau und dem jüngsten ihrer vier Söhne zum katholischen Christentum. Kurz nach seiner Taufe erhielt Döblin eine Kostprobe davon, was ihm als bekennender Christ künftig an Ablehnung, aber auch an Unduldsamkeit entgegenschlagen sollte. Als er sich auf einem Empfang anlässlich seines 65. Geburtstages vor seinen illustren Gästen aus der deutschen Emigrantenszene als Christ und Katholik bekannte, schlug ihm Befremden und eisiges Schweigen entgegen. Besonders schmerzte ihn, dass wenig später in einem mit „Peinlicher Vorfall“ überschriebenen Gedicht sein Freund und politischer Weggefährte Bert Brecht ihn mit Häme und beißendem Spott überzog.

Nach dem Krieg kehrte Döblin im Herbst 1945 nach Deutschland zurück. In Interviews und Vorträgen bekannte er sich zum christlichen Glauben. Von christlichem Gehalt erfüllt sind auch seine in den nächsten Jahren veröffentlichten Bücher. Da ist einmal die „Schicksalsreise. Bericht und Bekenntnis“ seiner im Exil erlebten Wandlung. Da sind die Religionsgespräche „Der unsterbliche Mensch“ und „Der Kampf mit dem Engel“. Selbst die Romantetralogie „November 1918“, die von der verfehlten deutschen Revolution handelt, enthält Passagen, die deutlich Döblins neuen religiösen Standort erkennen lassen. Gleiches gilt für die Erzählung „Der Oberst und der Dichter“, für den Roman „Hamlet oder Die lange Nacht nimmt ein Ende“ und die in der Zeit der römischen Christenverfolgungen spielende legendarische Erzählung „Die Pilgerin Aetheria“. In „Der unsterbliche Mensch“ (1946) legte er auf knapp 300 Seiten lebendig dar, wie man in der Moderne zum Glauben finden kann.



Den Linken zu katholisch, den Katholiken zu anarchisch, von den Schriftstellerkollegen geschnitten: Alfred Döblin Bild: Archiv

Doch seine neuen Werke verkauften sich schlecht. Döblin fühlte sich boykottiert. Auch missbehagte ihm die in seinen Augen restaurative politische und gesellschaftliche Entwicklung, die die noch junge Bundesrepublik unter Adenauer nahm. „Ich bin in diesem Lande, in dem ich und meine Eltern geboren sind, überflüssig“, schrieb er in einem Brief an Theodor Heuss. Im April 1953 zog er enttäuscht erneut nach Paris.

Zu diesem Zeitpunkt war Döblin bereits ein sehr kranker Mann. Immer häufiger und länger musste er sich in Krankenhäusern und Sanatorien aufhalten – dies indes in Deutschland. Bevor er am 26. Juni 1957 starb, war er bereits pflegebedürftig.

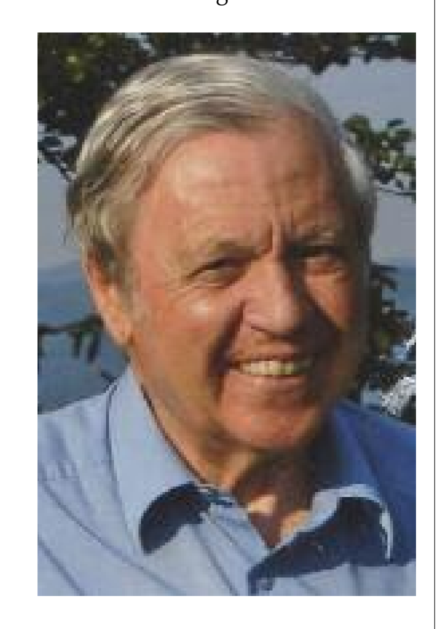
Obwohl mehrfach dafür vorgeschlagen, erhielt Döblin nie den Literaturnobelpreis. Günter Grass schrieb 1967 über die Rezeption Döblins: „Der progressiven Linken war er zu katholisch, den Katholiken zu anarchistisch, den Moralisten versagte er handfeste Thesen, fürs Nachtprogramm zu unelegant, war er dem Schulfunk zu vulgär. Der Wert Döblin wurde und wird nicht notiert.“

Matthias Hilbert

Konservativer Streiter

Die Besinnung auf Bewährtes, eine unvoreingenommene Darstellung und Interpretation der deutschen Geschichte sowie die Warnung vor jeder Form von Diktatur ziehen sich durch fast sein gesamtes wissenschaftliches und publizistisches Lebenswerk. Am 26. Juni vollendet der konservative Politikwissenschaftler, Publizist und *PAZ*-Autor Klaus Hornung sein 85. Lebensjahr. Geboren und aufgewachsen in Heilbronn, wurde Hornung 1944 zunächst zum Arbeitsdienst und dann zur Wehrmacht eingezogen. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft legte er das Abitur ab und studierte in Tübingen und München Geschichte, Politikwissenschaft, Germanistik und Anglistik. Im Anschluss folgte die Promotion bei dem konservativen Historiker Hans Rothfels und dem Politologen Theodor Eschenburg. Es folgten einige Jahre im Schuldienst an Gymnasien und bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 1962 wechselte Hornung in die Hochschullaufbahn und wurde Dozent für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen. 1974 folgte die Habilitation mit der Schrift „Staat und Armee“, die zu den Standardwerken zum Verhältnis von Politik und Militär gehört. Von 1987 bis zu seiner Emeritierung 1992 lehrte Hornung als Professor an der Universität Hohenheim.

Seine Schriften decken ein breites Spektrum politischer, historischer und gesellschaftlicher Themen ab. Allen Anfeindungen von links zum



Klaus Hornung Bild: Archiv

Trotz bekennt er sich darin zu freiheitlich-konservativen, christlichen und nationalen Überzeugungen. Er kritisiert die Geschichtslosigkeit und den mangelnden Traditionsbezug unserer Gesellschaft und zeigt deren negative Folgen auf. Hornungs Totalitarismustheorie setzt den Kommunismus leninistisch-stalinistischer Prägung mit dem Nationalsozialismus als totalitäre Systeme gleich. Er tritt dafür ein, beides gleichermaßen konsequent abzulehnen und zu bekämpfen. In seiner viel beachteten Scharnhorst-Biografie fordert er eine Rückbesinnung auf die durch den preußischen Reformer verkörperten Werte ein. Dabei geht es ihm darum, das Fundament für ein neu in Geschichte und Gesellschaft verankertes Militär sowie einen sittlich und politisch erneuerten und auf preußische Werte begründeten Staat zu legen.

Hornung hat sich nie in den akademischen Elfenbeinturm zurückgezogen, sondern sich immer politisch und gesellschaftlich engagiert. Seit 1962 Mitglied der CDU, gehörte er dem Beirat der Deutschland-Stiftung an, war 1980 Mitbegründer der Konservativen Aktion, wurde 1990 Vorsitzender der Bürgeraktion Gesamtdeutschland, gehörte dem Beirat der Konrad-Adenauer-Stiftung an, sitzt im Präsidium des Studienzentrums Weikersheim, wirkt in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und gehörte zu den Erstunterzeichnern der „Aktion Linkstrend stoppen“. Hornung lebt in Reutlingen und greift noch immer regelmäßig zur Feder. *J.H.*

Des Königs treue Freundinnen

Sie schliefen in seinem Bett und waren im Felde mit dabei – Friedrich der Große liebte Hunde über alles

In keiner Friedrich-Biografie fehlt ein ausführliches Kapitel über dessen Zuneigung zu Hunden. Er besaß zwischen 20 und 80, wobei seine Lieblings-Windspiele immer um ihn herum waren. Von den Menschen enttäuscht, wandte er sich im Alter immer mehr seinen Hunden zu. Sie durften sich alles herausnehmen und trugen wesentlich zur oft beschriebenen Verwahrlosung des königlichen Hausstands bei.

„Liebste Schwester! (...) Ich habe einen häuslichen Kummer, der meine Philosophie ganz über den Haufen geworfen hat. Ich gestehe Dir meine ganze Schwäche. Ich habe Biche verloren ... Ich war beschämt, dass der Tod eines Hundes mir so nahe geht, aber das häusliche Leben, das ich führe, und die Treue des armen Tieres hatten es mir so ans Herz wachsen lassen. Sein Leiden hat mich so erregt, dass ich offen gestanden, niedergeschlagen und traurig bin.“

> Die Hunde gingen in den Gängen von Sanssouci Gassi

So beklagt Friedrich der Große in einem Brief an seine Schwester Wilhelmine den Tod seiner Lieblingshündin Biche. Seine ungewöhnliche „Affinité“ zu Windspielen verwunderte und amüsierte seine Zeitgenossen. Die Favoriten des Königs, Biche, Alcmene, Diane und Superbe, saßen auf einem Stuhl in seinem Arbeitszimmer. Zu ihrer Bequemlichkeit war er mit dicken Kissen aufgepolstert. Besonders um die Hündin Biche ranken sich Anekdoten. Biche, ein Geschenk seines Freundes Graf von Rothenburg, begleitete ihren Herrn auch auf Feldzügen. Im Oktober 1745, während des Zweiten Schlesischen Krieges, gerieten die beiden in eine gefährliche Situation, als sie unvermittelt einem Trupp Panduren, gefürchtete Söldner der feindlichen österreichischen Armee, begegneten. Friedrich und sein Hund sprangen in einen Graben und duckten sich unter eine Brücke. Der König hatte Angst, Biche könne ihn durch ein Knurren oder Bellen verraten, aber das kluge Tier drückte sich an ihn und gab keinen Laut von sich.

Wenig später geriet Biche in der Schlacht bei Soor in die Hände der Österreicher. Die Soldaten brachten ihre Gefangene voller Stolz dem General Nadasny, dessen Gemahlin nicht geneigt war, die prominente Hündin an seinen Besitzer zurückzugeben. Nach zähen diplomatischen Verhandlungen traf Biche wieder in Berlin ein. Der König saß an seinem Schreibtisch, über ein Dokument geneigt, als sie hereingelaufen kam. Sie sprang auf den Tisch und legte Friedrich die Vorderpfoten um den Hals. Ihm schossen vor Rührung die Tränen in die Augen. Besuchern pflegte er Biche als seine „treuste Freundin“ vorzustellen.

Die Bediensteten hatte ihre liebe Not mit der Hundeschar. Die Windspiele zerkratzten und beschmutzten Fauteuils, rissen Portieren herab und verrichteten in den Gängen von Sanssouci ganz sorglos ihr Geschäft. Einmal sprang Diane mit einem Stück gebratenem Huhn auf seinen Schreibtisch und legte ihre fettige Mahlzeit auf einen Brief, den der König gerade an seinen Stettiner Landrat schrieb. Friedrich ergänzte das Schreiben mit dem Satz: „Mein lieber Landrat Hübner, der Brief soll und muss fett sein, wie Sie sehen werden. Meine Diane hat mich daran erinnert. Also nehme er die beigefügten 100 Friedrichsdor an von seinem wohlaffectionierten König F.“ Ein anderes Mal schob Diane einem Besucher dessen Perücke erst zu der einen, dann zu der anderen Seite. Der Mann geriet ins Stottern, und der König lachte herzhaft.

Die Hunde hatten ihre persönlichen Bediensteten, die sie mit „Sie“ und nur auf Französisch ansprechen durften. Der König kon-



Mit „Sie“ und nur auf Französisch ansprechen: Der König und seine Windhunde. Lithografie von Valentin Schertle (1809–1885) Bild: BpK

trollierte den Menüplan seiner Lieblinge und fütterte sie bei Tisch mit Kalbsbraten. Hochrangige Gäste sahen mit Erstaunen, wie er die saftigsten Stücke absäbelte, sie zum Auskühlen mit den Fingern auf das Tischtuch legte und sie dann seinen Hunden reichte.

Der Theologe und Geograf Anton Friedrich Büsching schrieb zwei Jahre nach Friedrichs Tod: „Aus Hunden machte Er sich unsäglich viel, und hatte beständig drey oder vier Stück um sich, von denen einer Sein Favorit, und die anderen desselben Gesellschafter waren ... und schlief des Nachts bey Ihm im Bette. Die anderen wurden des Abends weg, und am folgenden Morgen, wenn man Ihn weckte, wieder gebracht, da denn die kleine Gesellschaft durch ihre große Munterkeit und Zärtlichkeit dem Könige Vergnügen machte ...“

Wen die Hunde mochten, der stand auch hoch in der Gunst ihres Herrn. Girolamo Marchese Lucchesini (1751–1825) hatte seine Stellung als Kammerherr des Königs der Hündin Alcmene zu verdanken. Als der 29-jährige Italiener Friedrich zum ersten Mal begegnete, sprang das sonst sehr zurückhaltende Tier an ihm hoch und wedelte mit dem Schwanz. Der König sagte: „Eh bien, Marquis! Wenn Alcmene ja sagt, kann ich schlecht widersprechen.“

Wenn einer seiner vierbeinigen Favoriten starb, ließ Friedrich einen Sarg für ihn anfertigen und ihn in seiner Bibliothek aufbahren. Die Hunde wurden in der Gruft auf der Terrasse beerdigt, in der auch der König einmal ruhen wollte. Alcmene, Arsinoe, Thysbe, Philis, Diane, Thysbe II., Diane II., Pax, Superbe und Amourette liegen unter schlichten Steinplatten mit ihrem Namen darauf. Für den Stein auf dem Grab von Alcmene bezahlte der König elf Taler und zwölf Groschen aus seiner Privatschatulle, berichten Sibylle Prinzessin von Preußen und ihr Mann Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen in ihrem Buch „Die Liebe des Königs“.

Noch in seiner Sterbestunde sorgte sich Friedrich um das Wohlergehen der Hunde. In der Nacht zum 17. August 1786 saß er schon vom Tode gezeichnet in seinem Sessel. Liegen konnte er vor Schmerzen nicht mehr. Der König und sein Windspiel Superbe zitterten beide vor Kälte. Mit schwacher Stimme befahl der Alte Fritz seinem Kammerherrn, das Windspiel mit Kissen zuzudecken. Wenig später verlor er das Bewusstsein.

Es mag bezeichnend sein, dass der König nur weibliche Hunde zu seinen Favoriten wählte. Seine „treusten Freundinnen“ mögen ihm die Wärme und Zuneigung geschenkt haben, die er bei Frauen nicht fand oder nicht finden wollte. *Gisela Groth*

Er half, den Code der Enigma zu knacken

Vor 100 Jahren wurde der britische Logiker, Mathematiker, Sträfling und Selbstmörder Alan Turing geboren

Der Held kämpft im Verborgenen. Seine Waffen: die Rechenmaschine auf seinem Schreibtisch und die „kleinen grauen Zellen“ in seinem Kopf. Sieg oder Niederlage hängen davon ab, ob er es schafft, virtuell in Rechenmaschine und graue Zellen des Gegners einzudringen, zu wissen, was dieser als nächstes plant, ihm aber vorzutäuschen, es nicht zu wissen.

Nein, was hier beschrieben wird, ist nicht der Cyber War, der Krieg der Zukunft, den nicht mehr die mörderischsten Kampfjets, Schlachtschiffe und Panzer entscheiden, sondern die schnellsten Computer und die findigsten Informatiker. Dieser „Krieg der Zukunft“ hat längst stattgefunden, ist ein Stück Zeitgeschichte.

Der Kämpfer im Verborgenen ist Kryptoanalytiker. Sein Schlachtfeld ist das Herrenhaus von Bletchley Park, auf halbem Weg zwischen den altehrwürdigen Denkschulen von Oxford und Cambridge. In dieser militärisch eher unauffälligen Ecke des Vereinigten Königreichs hatten die Briten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs eine kleine, aber feine Dienststelle angesiedelt, die später über den Ausgang eben dieses Krieges mitentscheiden sollte, die „Government Code and Cypher School“.

Und da gab es nur ein „Schulfach“: die Entschlüsselung der geheimen Codes der deutschen Wehrmacht.

Vor allem die verschlüsselten Funksprüche, mit denen das Oberkommando der deutschen Kriegsmarine seine U-Boote steuerte, taten den Kriegsgegnern des Reichs weh, denn der Nachschub aus Amerika versank bruttoregistertonnenweise in den Fluten des Atlantik.

Der unsichtbare Feind hatte einen Namen: „Enigma“, eine zwölf Kilogramm schwere „Schreibmaschine“ der besonderen Art. Über drei Walzen verschlüsselt sie den Text, und nach jedem Buchstaben schaltet sie auf einen neuen Geheimschlüssel um.

Genauso geheim wie die deutsche Verschlüsselungstechnik war die Zusammensetzung des britischen Teams, das den Code knacken sollte. Erst drei Jahrzehnte später wurde bekannt, dass dazu einer der bedeutendsten Mathematiker des 20. Jahrhunderts gehörte: Alan Turing, vor 100 Jahren, am 23. Juni 1912 in London geboren. Schon als 24-Jähriger hatte er eine wegweisende Arbeit mit dem auch sprachlich bemerkenswerten Titel „On Computable Numbers, with an Application to ‚Entscheidungsproblem‘“ veröffentlicht, die an Arbeiten des mährisch-österreichischen Mathematikers Kurt Gödel anknüpft und heute als „Geburtsurkunde“ der Informatik gilt. Turing war ein exzellenter Theoretiker, verfügte aber auch über beachtliche technische Fertigkeiten. Genau diese Kombination war der britischen Admiralität aufgefallen; so wurde der hochbegabte Gelehrte, der sich gerade in Cambridge etabliert hatte, zum geheimen Dienst in Bletchley Park abkommandiert.



Ein Kryptoanalytiker und sein Opfer: Alan Turing (zusätzlich als Bild) mit einer Enigma als Schieferskulptur Bild: Archiv

Gut drei Jahre brauchte Turing, um die Zahl der theoretisch möglichen Enigma-Schlüssel auf ein paar hundert Millionen zu reduzieren, was etwa einem Jackpot-Gewinn im Lotto entspricht. Aber er hatte das Verschlüsselungsprinzip entschlüsselt. Unter seiner Regie wurde nun die sogenannte Turing-Bombe gebaut, eine Art Anti-Enigma, mit deren Hilfe die Alliierten die Funksprüche der deutschen Seekriegsleitung mitlesen konnten. Die U-Boot-Waffe war damit stumpf, der Weg zum Sieg über das Deutsche Reich war offen.

Turings weiterer Lebensweg verlief wenig heldenhaft. Seine richtungweisenden Forschungen über Künstliche Intelligenz fanden kaum öffentliche Anerkennung. 1952 wurde er wegen homosexueller Beziehungen zu einer Haftstrafe verurteilt, musste sich einer psychiatrischen Behandlung unterziehen. Im Juni 1954, kurz vor seinem 42. Geburtstag, nahm er sich das Leben.

Erst Jahre später erkannte die Fachwelt, dass Alan Turing einer der geistigen Väter des Computer- und Informatik-Zeitalters war. Seit 1966 wird alljährlich der Turing-Award verliehen, der als „Nobelpreis der Informatik“ gilt. Rolf Hochhuth hat ihm 1987 eine Erzählung gewidmet, seine Rolle beim Knacken des Enigma-Codes wurde 1996 in einem britischen Spielfilm gewürdigt. Der 100. Geburtstag wird in diesem Tagen mit wissenschaftlichen Kongressen in San Francisco, Manchester und Cambridge gefeiert. Und das Nixdorf-Museum in Paderborn, eine moderne Kultstätte der Informatik, ehrt Turing mit einer Sonderausstellung. Titel: „Genial & Geheim“. Genau das war Alan Turing. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Warum Friedrich tolerant war

Das Prinzip des Preußenkönigs hatte sowohl theoretisch-weltanschauliche als auch praktisch-handfeste Ursachen

Es gibt viele Möglichkeiten, sich der historischen Gestalt Friedrichs des Großen anlässlich seines 300. Geburtstages zu nähern. Eine davon, die aus heutiger Sicht vielleicht wichtigste, vermittelt der Blick auf die Handhabung des friderizianischen Toleranzprinzips.

Preußens berühmtester König hat seine nicht weniger berühmte Devise 1781 anlässlich eines Streites formuliert, der damals über die Einführung eines neuen Kirchengesangbuches unter den Theologen seines Landes entbrannt war: „Ein jeder“, so meinte Friedrich, „kann bei mir glauben, was er will, wenn er nur ehrlich ist. Was die Gesangbücher angehet, stehet einem jeden frei zu singen: Nun ruhen alle Wälder, oder dergleichen dummes und törichtes Zeug mehr. Aber die Priesters, die müssen die Toleranz nicht vergessen, denn ihnen wird keine Verfolgung gestattet werden.“

Friedrich hat sich immer wieder derart unmissverständlich zum Grundsatz uneingeschränkter Duldung Andersdenkender bekannt, dass man in der Gewährung von Glaubensvielfalt und Gewissensfreiheit den Grundpfeiler seiner inneren Politik erblicken kann. Und dies geschah nicht bloß aus Gründen der Gleichgültigkeit. Sein Bekenntnis zur religiösen Toleranz stand vielmehr in einem weitgespannten intellektuellen Argumentationsrahmen. Die Eckpunkte wurden durch das philosophische Denken der europäischen Aufklärung markiert.

Toleranz war nicht umsonst zu haben

Alle höherstehenden Religionen zeichneten sich für Friedrich durch ein gleichgeartetes Moralfundament aus. Sie hatten daher auch einen Anspruch auf Gleichbehandlung. Geleitet von einem prinzipiellen Skeptizismus, wie er ihm durch die Schriften des französischen Philosophen Pierre Bayle vermittelt worden war, empfand Friedrich jeden Anspruch irgendeiner Konfession auf absolute Heilsgewissheit als schlichte Zumutung. Vielmehr seien zahlreiche Wege zur Wahrheitserkenntnis möglich, ja sogar erforderlich. Daher sei dem Einzelnen Zurückhaltung beim Urteil über die Meinung anderer nahezulegen. Und vom Staat sei die Duldung aller dieser Wege zu fordern.

Neben solchen religionsphilosophischen Erwägungen speiste sich Friedrichs Toleranzdenken aus der naturrechtlichen Lehre vom Herrschaftsvertrag. Diese Lehre hatte er den Werken Montesquieus, Voltaires und Rousseaus entnehmen können. Demnach war das Volk als die Summe einstmals freier Individuen Träger der ursprünglichen Souveränität. Es hatte dann dem Regenten zwar bestimmte Herrschaftsrechte übertragen, um Gesetz und Ordnung gewahrt zu sehen. Das Recht, über die Gewissen der Untertanen zu entscheiden, gehörte jedoch nicht dazu. Dieses war prinzipiell unveräußerlich. Kein Herrscher durfte es antasten. Glaubens- und Gesinnungsfreiheit waren daher integrale Bestandteile der Staatsauffassung Friedrichs des Großen.

Seine Forderung nach religiöser Toleranz ergab sich aber auch aus ganz konkreten Gegebenheiten. Im Jahr 1613 war der damalige brandenburgische Kurfürst Johann Sigismund für sich und seine Dynastie vom Luthertum zum Calvinismus konvertiert, ohne dabei allerdings von seinen Untertanen denselben Schritt zu verlangen. Er hatte damit stillschweigend auf das ihm zustehende Recht der Glaubenshoheit verzichtet. Und er hatte, streng genommen, auch gegen die reichsrechtlichen Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens von 1555 verstoßen. Denn diese schrieben ausdrücklich vor, dass die Bürger die gleiche Konfession wie ihre Obrigkeit besitzen sollten. Alle kurfürstlichen und königlichen Nachfolger Johann Sigismunds haben dies so gehalten. Der preußische Staat war damit bereits im 17. Jahrhundert zu einer Regierungspraxis übergegangen, die in der Duldung unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse geradezu ein Gebot der politischen Notwendigkeit erblickte. Denn der Landesherr besaß ja ein anderes Bekenntnis als die große Mehrheit seiner Untertanen. Nur durch eine Politik der religiösen Toleranz war der konfessionelle Friede zu gewährleisten, nur so konnte ein harmonisches Zusammenleben aller garantiert werden.

Wohlstand und Wachstum des Landes hingen daher unmittelbar von der freien geistigen Entfaltungsmöglichkeit seiner Bewohner ab – wenn man nicht, wie in Spanien oder ab 1685 in Frankreich, einen konfessionell einheitlichen Staat anstrebte und dieses Ziel durch Unterdrückung, Vertreibung und Ausrottung anderer Bekenntnisse erzwingen wollte. Eine solche Politik ist von Friedrich niemals auch nur ansatzweise erwogen worden. Er erblickte vielmehr im konfessionellen Pluralismus ein Element, das der Wohlfahrt seines Landes diente, und das es daher zu fördern und zu bewahren galt.



Die (französischen) Aufklärer prägten des Preußenkönigs Denken: Voltaire trägt Friedrich vor Bild: Interfoto

Friedrichs Toleranzpflege wird auf vielen Feldern seines praktischen Regierungshandelns sichtbar, so etwa in der Ausländerpolitik. Der friderizianische Staat sah in der Zuwanderung landfremder Fachkräfte eine willkommene Bereicherung der Volkszahl und des Volkswohlstandes, unabhängig von dem jeweiligen religiösen Bekenntnis der Kolonisten. Durch entsprechende Ansiedlungspatente wurden zwischen 1741 und 1770 immer neue rechtliche Voraussetzungen für die privilegierte Niederlassung ausländischer Glaubensflüchtlinge in Preußen geschaffen.

In seiner Kirchenpolitik strebte Friedrich danach, vor allem die konfessionellen Gegensätze zwischen Lutheranern und Reformierten auszugleichen. Innerhalb beider protestantischer Kirchen förderte er die Ausbreitung aufklärerischen Ideenguts. Darüber hinaus nötigte ihn der Erwerb Schlesiens 1740 zu einer Annäherung an die Katholiken. Denn damals war die Zahl seiner katholischen Untertanen auf das Achtfache gestiegen. Jedes öffentliche Verketzern ihrer Konfession ahndete er daher auf das Strikteste.

Und Friedrichs Verhältnis zum Judentum? Auch hier basierte die Politik des aufgeklärten Monarchen auf dem Prinzip der rechtlichen Gleichbehandlung aller Staatsbürger. Das berühmte Generalpatent von 1750 garantierte den preußischen Juden weitgehende Freiheit bei der Praktizierung ihres Glaubens. Und es nahm sie vor möglichen Übergriffen anderer Konfessionen ausdrücklich in Schutz. Ob sie darüber hinaus jedoch Benachteiligung oder Bevorzugung seitens des Königs erfuhren, ob ihnen erhöhte Steuerlasten, Sonderabgaben und Handelsbeschränkungen auferlegt wurden, oder ob ihnen Prämien und Privilegien, Konzessionen und Monopole bei Fabrikgründungen winkten – alles dieses richtete sich nach dem Nutzeffekt, den solche Maßnahmen für das Staatswohl erbrachten. Entscheidend war der aus ihnen erwachsende Gewinn für das Wirtschaftsleben des Landes, letztlich also ihr Beitrag zum gemeinschaftlichen Besten.

Aus alledem wird deutlich: Friderizianische Toleranz war, theoretisch wie praktisch gleichermaßen, ein Ergebnis aufklärerischen Denkens und zweckrationalen Kalküls. Sie stand im Dienst des Staatsinteresses und sie folgte dem Prinzip der preußischen Staatsräson. Toleranz war nicht umsonst zu haben, nichts war im friderizianischen Preußen umsonst zu haben. Eine solche Orientierung am Zweckmäßigen und Nützlichen markiert denn auch die Grenzen der Toleranz bei Friedrich. Denn diese Toleranz war ausschließlich eine Angelegenheit der geistigen und religiösen Sphäre. Sie war bezogen auf den Bereich des Glaubens, des Gewissens und der Gesinnung, auf die innere Freiheit persönlichen Meinens und Denkens. Sie war daher nur insofern politisch, als sie die Rechtsgleichheit der Bürger verschiedener Konfessionen gewährleistete. Ein darüber hinausgehender Anspruch auf aktive bürgerliche Mitsprache, gar auf eine emanzipatorische Mitgestaltung staatlichen Lebens, lag jenseits der Grenzen des friderizianischen Toleranzbegriffs.

Mithin wird man in Friedrichs Toleranzverständnis heute, zum 300. Geburtstag des Königs, nur sehr bedingt einen Wegweiser erblicken können, der in die Richtung moderner individualrechtlicher Anschauungen deutet. Solche Anschauungen sollten erst das Denken des nachfolgenden 19. Jahrhunderts bestimmen. Dennoch hält der Umgang des größten Preußenkönigs mit dem Problem der Toleranz eine Grundeinsicht bereit, die auch heute noch gültig ist: die Einsicht nämlich, dass Toleranz gegenüber fremden Meinungen und anderen Auffassungen nicht nur ein Gebot humaner Lebensführung darstellt, sondern dass sie auch dem staatlichen Gemeinwesen Nutzen, Gewinn und Vorteile bringt.

Frank-Lothar Kroll

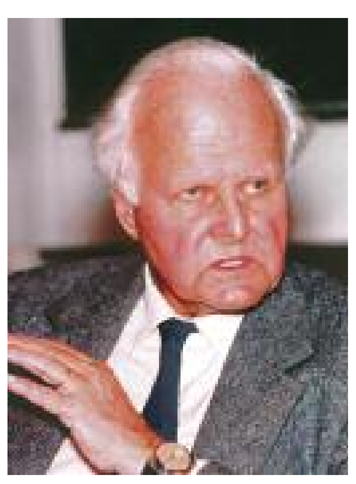
Der Autor ist Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz und Vorsitzender der Preußischen Historischen Kommission

Der kluge Bruder

100. Geburtstag eines Universalgelehrten

Am 28. Juni dieses Jahres jährt sich der Geburtstag des deutschen Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker zum 100. Mal.

Der als ältester Sohn des Diplomaten Ernst von Weizsäcker in Kiel geborene Carl Friedrich von Weizsäcker studierte von 1929 bis 1933 in Berlin, Göttingen und Leipzig Physik, Astronomie und Mathematik. 1933 promovierte er bei Werner Heisenberg.



von Weizsäcker Bild: Archiv

Von 1939 bis 1942 war er am deutschen Atomforschungsprogramm beteiligt, über dessen Scheitern er sich später glücklich zeigte. Die Universität Hamburg ernannte von Weizsäcker 1957 zum ordentlichen Professor der Philosophie. Als Gründer und Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt beschäftigte er sich mit der Gefahr eines Atomkrieges, der Umweltpolitik und des Nord-Süd-Konflikts.

Dem überzeugten Pazifisten war es immer wichtig, dass sich die wissenschaftliche Forschung der Verantwortung für ihre Folgen bewusst ist. Aufgrund seiner Leistungen und Verdienste war er schon zu Lebzeiten eine Autorität, deren Worte im öffentlichen Leben von Bedeutung waren. Von Weizsäcker verstarb am 28. April 2007 in Starnberg.

S.G.

Ein Ort mit Fußball-Vergangenheit

Im EM-Austragungsort Breslau wurde deutsche Sportgeschichte geschrieben

Von den vier Veranstaltungsorten der Fußballeuropameisterschaft in der Republik Polen lagen Breslau, Danzig, Posen und Warschau im Königreich Preußen, Breslau, Danzig und Posen im kleindeutschen Kaiserreich, Breslau und Danzig in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. In Breslau wurde mit der sogenannten „Breslau-Elf“ sogar deutsche Fußballgeschichte geschrieben. „Die ‚Breslau-Elf‘ spielte das moderne englische WM-System. Zum ersten Mal zeichnete sich damals ein Stil ab, den man bis heute als ‚deutschen Stil‘ bezeichnen kann.“ Dieses Lob stammt aus den Erinnerungen von niemand Geringerem als Helmut Schön, dem Trainer der Fußballweltmeister von 1974 und der Fußballeuropameister von 1972, der angeblich besten deutschen Mannschaft aller Zeiten. In einem atemberaubenden Spiel besiegte die legendäre „Breslau-Elf“ vor 40 000 Zuschauern in der Schlesierkampfbahn Dänemark mit 8:0. Das war vor einem Dreivierteljahrhundert, am 16. Mai 1937.

Viereinhalb Jahrzehnte früher war es zu dem ersten öffentlich dargebotenen Fußballspiel in der schlesischen Hauptstadt gekommen. Veranstalter war der ATV Scheitnig. Dessen Fußballsparte machte sich sechs Jahre später als FC 1898 Breslau selbstständig, der erste eigenständige Fußballklub Schlesiens. Der Verein, der sich später in Verein für Bewegungsspiele Breslau umbenannte, hatte sein Domizil in Grüneiche.

Pionierarbeit der »Breslau-Elf«

1903 kam es zur Gründung eines lokalen Verbandes, der die Vereine SV Blitz 1897 Breslau, FC 1898 Breslau, SC Schlesien 1901 Breslau und SC Preußen 1902 Breslau umfasste. Erster Meister dieses Verbandes Breslauer Ballspiel-Vereine (VBBV) wurde 1904/05 der FC 1898 Breslau. 1906 löste sich der VBBV auf. Stattdessen wurde im neu gegründeten überregionalen Südostdeutschen Fußball-Verband (SOFV) ein Bezirk Breslau gebildet. Erster Südostdeutscher Meister wurde 1906/07 der SC Schlesien 1901, der im Viertelfinale der gesamtdeutschen Meisterschaft gegen Viktoria 89 Berlin auf gegnerischem Spielfeld 1:2 verlor.

Zur Popularisierung des Fußballs im Osten beschloss der 1900 gegründete Deutsche Fußball-Bund (DFB), das Endspiel um die Meisterschaft 1909 nach Breslau zu vergeben. Der beabsichtigte Effekt wurde aber nur teilweise erzielt, denn nur 1500 Zuschauer besuchten das Endspiel auf dem Platz des SC Schlesien Breslau in Kleinburg, das 4:2 von Phönix Karlsruhe, dem heutigen Karlsruher SC, gegen Viktoria 89 Berlin gewonnen wurde.

Anfang 1914 fand in Breslau das erste Spiel gegen eine ausländische Mannschaft statt. Wisla Krakau wurde vom Verein Breslauer Sportfreunde am heimischen Südpark 3:0 geschlagen. Die Gastgeber, die 1904 als SC 1904 entstanden waren und sich erst 1911 in Verein Breslauer Sportfreunde umbenannt hatten, fusionierten 1919 mit dem SC Preußen zu den Vereinigten Breslauer Sportfreunden. 1920 gelangten die Vereinigten Breslauer Sportfreunde bis in das Halbfinale der Deutschen Meisterschaft, 1929 tat ihnen dieses der SC 08 Breslau nach. Beide Vereine wurden 1933 zur Breslauer Sportvereinigung 1902 zusammengeschlossen, die im Sportpark Gräbschen kickte, also auf dem Platz der heutigen Breslauer Nummer 1, dem Slask Wrocław. Rechtzeitig zur jetzigen Europameisterschaft erhielt der Breslauer Spitzenverein das Stadion Miejski (Städtisches Stadium), den Austragungsort der Vorrundenspiele der Gruppe A Russland gegen Tschechei, Griechenland gegen Tschechei und Tschechei gegen Polen. *Bodo Bost*

Brutalisierung des Krieges eindämmen

Zu: Fotos auf dem Leserforum (Nr. 18 und 19)

Die Einsicht, dass die uralte Sehnsucht nach einem permanenten Frieden unerfüllt bleibt, führte dazu, dass man völkerrechtlich verbindliche Regeln einführte, um die Brutalisierung künftiger Kriege einzudämmen. Dazu zwang auch die rasant fortschreitende Entwicklung von grausamen Massenvernichtungswaffen. Es waren nicht nur Gründe der Vernunft, sondern auch die Festlegung von Mindeststandards christlicher Feindes- und Nächstenliebe bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Feindliche Soldaten wurden nicht entehrt. Intensive Bemühungen, die Landkriegsordnung sinngemäß auf den Seekrieg zu übertragen, wurden von der stärksten Seemacht Großbritannien zurückgewiesen. Es fürchtete Einschränkungen seiner erdrückenden Übermacht in einem Seekrieg (unter anderem Verbot der getarnten Bewaffnung von Handelsschiffen zur U-Bootbekämpfung, wie es die strikte Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten gebietet).

Zum Bild in *PAZ* Nr. 18: In krassem Widerspruch zu dem wenige Jahre zuvor kodifiziertem Kriegsvölkerrecht rief man schon während des Ersten Weltkrieges in den USA öffentlich dazu auf, die „geisteskranke (deutsche) Brut“ zu vernichten und sich zum Kriegsdienst zu melden.

Zum Bild in Nr. 19: Die Missachtung des Kriegsvölkerrechts war die Basis des heimtückischen Partisanenkampfes in den besetzten Gebieten. Die Abbildung dokumentiert offenbar die Exekution von gefangenen Partisanen oder von Geiselerschießungen. Diese Maßnahmen waren vom damals gültigen Kriegsvölkerrecht gedeckt, soweit die Verhältnismäßigkeit der Repressalien gewahrt blieb. Die Partisanenbekämpfung war vornehmlich SS- und Polizeieinheiten übertragen, weil sie nach Ausrüstung und Struktur beweglicher und belastbarer waren. **Hermann Wagner, Hannover**

Demonstration verhindert

Zu: „Eingeschränkte Meinungsfreiheit“ (Nr. 23)

Das „Hamburger Bündnis gegen rechts“ rief mit Flugblättern zu Sitzblockaden auf zur Verhinderung der Demonstration von nationalen Gruppen in Hamburg am 2. Juni dieses Jahres.

Die Aufrufe zu Sitzblockaden stellen Aufforderungen zu Willkürmaßnahmen gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung dar unter Missachtung geltender Gesetze und Gerichtsurteile. Sie erfüllen den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Sitzblockierer widersetzen sich der Staatsgewalt zum mindesten mit ihrem Körpergewicht und zwingen Vollstreckungsbeamte zur Anwendung von Gewalt.

Die verdi-Jugend Hamburg im „Hamburger Bündnis gegen rechts“ bot zur Erhöhung des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte Kurse zum Blockadetraining an. Aufforderungen zu Sitzblockaden sind daher auch Aufforderungen zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Das „Hamburger Bündnis gegen rechts“ beging also mit seiner Flugblattaktion Volksverhetzung und forderte zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte auf. **Dieter Bliesener, Hamburg**

Eine Frage der Ehre

Zu: „Rasensport und Geschichtspolitik“ (Nr. 24)

Es ist eine wahre Freude zu sehen, mit welcher Inbrunst die jeweiligen Spieler der unterschiedlichen Nationalmannschaften ihre Hymne mitschmettern. Im Vergleich zum Deutschlandlied strotzen viele dieser Hymnen ja geradezu von einer gehörigen Portion Nationalstolz und Kampfeslust. Glücklicherweise hat sich auch bei der DFB-Elf hier eine gewisse Normalität eingebürgert. Jedoch fällt auf, dass Spieler wie Özil, Boateng und Podolski nicht mitsingen. Entweder kennen sie den Text (noch immer) nicht oder sie möchten sich mit der Hymne beziehungsweise Deutschland nicht wirklich identifizieren. Schade! In meiner Generation (Jahrgang 1970) verbindet man die Berufung in die Nationalelf noch mit Ehre und nicht nur mit finanziellen Gelüsten ... **Sylvie Becker, Bad Homburg**

Danzig ist Danzig

Zu: EM-Berichterstattung

Zur Europameisterschaft ist es erfrischend, wie die deutschen Bezeichnungen der Städte unverkrampft in den Medien gebraucht werden. Die Austragungs- und Quartierorte werden für uns verständlich dargestellt. Wir sagen auch nach wie vor Warschau statt Warszawa. Genauso geht uns Danzig, Krakau, Breslau und Posen locker über die Lippen.

Bisher taten sich bei uns doch einige Leute beim Städteaustausch mit polnischen Kommunen schwer. Krampfhaft versuchte man die uns fremde polnische Aussprache der Städte im nördlichen Polen mehr schlecht als recht auszusprechen. Die polnischen Delegationen gehen legerer mit den deutschen Ortsnamen um. Wenn ein Pole in Deutsch redet, benutzt er die deutsche Bezeichnung für die Städte, wenn sie ihm noch geläufig ist. **Jürgen Schultz, Soest**



Manche singen unsere Hymne nicht – schade! Die deutsche Fußballnationalmannschaft vor dem siegreichen EM-Spiel gegen Holland im ukrainischen Charkiw am 13. Juni Bild: pa

Vergeblich warten

Zu: „Gerechtigkeit“ (Nr. 22) sowie „Jetzt, nicht irgendwann“ (Nr. 22)

Wenn, wie auf dem 63. Sudetendeutschen Tag 2012 in Nürnberg zu erleben war (Motto: „Herkunft pflegen – Zukunft sichern“), die Spitzenleute der Sudetendeutschen Landsmannschaft zunehmend auf Kooperation und Versöhnung mit den Tschechen setzen, dann muss daran erinnert werden, dass sie das bereits seit Jahren tun. Gebracht hat es für die Sudetendeutschen bisher allerdings nichts.

Aus Gründen der Selbstachtung sollten es die Sudetendeutschen mit ihrer Versöhnungsbereitschaft gegenüber den Tschechen nicht übertreiben. Denn bekanntermaßen haben nicht die Sudetendeutschen die Tschechen entrechtet, enteignet, zur Zwangsarbeit verpflichtet (ab dem 14. Lebensjahr) und vertrieben, sondern die Tschechen die Sudetendeutschen. Dass bei der Vertreibung etwa 260 000 Menschen den Tod fanden, sei nebenbei bemerkt. Für diese Untaten auch nur im Ansatz ideell oder materiell entschädigt zu werden, darauf warten die Sudetendeutschen seit nunmehr fast 70 Jahren vergeblich.

Erhellend ist in diesem Zusammenhang ein Kommentar zum Sudetendeutschen Tag 2012 in der tschechischen Zeitung „Cesky Rozhlas“ vom 28. Mai. Dort heißt es unter anderem: „Die Repräsentanten der Sudetendeutschen Landsmannschaft können bei ihrem alljährlichen Treffen erklären, was sie wollen: In der hiesigen Berichterstattung wird es in der Regel so dargestellt, dass es in die tschechischen Nationallegenden passt.“ Und in diesen Nationallegenden ist bezüglich der Sudetendeutschen für Versöhnung und Wiedergutmachung kein Platz. Übrigens wurde 2005 zufälligerweise am gleichen Tag, an dem das Pfingsttreffen stattfand, eine Edvard-Benesch-Statue vor dem Prager Außenministerium enthüllt. **Dr. Walter Kreul, Germering**

Ignoranz

Zu: „Das Überleben gesucht und geschafft“ (Nr. 22)

Zu Ihrem Artikel von Ruth Geede fällt mir eine kurze Episode ein. Ein Gespräch mit einer Dame aus „besseren Kreisen“. Ich wollte von den Kindern auf der Flucht und den Wolfskindern sprechen. Sie unterbrach nach den ersten Stichworten „Kinder“ und „Flucht“: „Was? Die Kinder? Na, die haben da doch überhaupt nichts mitgekriegt, für die war das doch ein phantastisches Erlebnis! Ein großartiges Abenteuer!“ Es war eine erwachsene, intelligente Frau hier aus der Gegend. Mutter eines Sohnes, den sie um das Kriegsende herum geboren hatte. Aber nicht auf der Flucht. (Wer sagte eigentlich, dass wir ein Volk seien?) **Ortrun Barran, Offenbach**

Zu langsam

Zu: „Sie hatte einen Kampfeinsatz“ (Nr. 22)

Vor einigen Jahren fuhr ich mit dem Schiff von Oslo nach Kiel. Bei der Durchfahrt des Oslofjords fiel mir ein Mann auf, der auf der Höhe von Askholmen seinen Hut abnahm, die Hände faltete und ein Gebet sprach. Ich wusste sofort, dass es sich um einen Überlebenden der „Blücher“ handeln musste und habe ihn dann später angesprochen. Er erzählte mir sehr genau was passiert war. Der Grund des Untergangs – so sah es auch der Überlebende – ist wohl in der zu langsamen Fahrt durch den Fjord zu sehen. Vizeadmiral Krummerz hatte den vorgegebenen Eintreffzeitpunkt zu Grunde gelegt und wollte also nicht früher als befohlen in Oslo sein. Dass er dabei die Gefährlichkeit der Batterien von Oskarsborg nicht richtig eingeschätzt hat, bleibt sein Verschulden. Auf dem Schiff befanden sich viele Infanteristen/Gebirgsjäger und davon sehr viele Nichtschwimmer, die keine Chance hatten, an Land zu kommen. **Walter Boecker, Schwelm**

Pölkings »Ostpreußen« enttäuschend – Nemmersdorf geklittert

Zu: „Mit Wärme“ (Nr. 11)

Anfangs war ich beim Studium des Buches „Ostpreußen. Biografie einer Provinz“ von dem Inhalt begeistert. Man muss das Buch aber ganz durchlesen, dann stößt man auf zwei böse Fauxpas. Das „Wunderbare“ ist mir dadurch restlos vergangen.

Pölking hat Quellen unkritisch übernommen, die mancher Leser des Buches wohl nicht billigen kann. Pölking zitiert mehrfach die Buchautoren Kossert und Lachauer. Hierzu ist anzumerken, dass Kosserts Buch „Ostpreußen. Geschichte und Mythos“ einmal in der *PAZ* kritisch beleuchtet worden ist. Kosserts Dienststelle ist in Warschau.

Zur Sache: Wie sich Pölking auf Seite 529 des Buches zu Agnes Miegel äußert, ist nicht hinnehmbar. Offensichtlich hat er hier die Denkweise von Kossert abgeschrieben. Agnes Miegel war ein Kind ihrer Zeit, wie Millionen andere Deutsche musste sie in die Partei eintreten, sonst hätte sie in der Schriftstellerei Schwierigkeiten bekommen. Mit Sicherheit hat sie von den Untaten des NS-Regimes nichts gewusst. Wer will sich hier als Richter aufspielen? Eine solch schnodderige Behandlung hat Agnes Miegel nicht verdient.

Ein ausgesprochener Skandal ist es, wenn Pölking zu den Gräueltaten in Nemmersdorf im Oktober 1944 sich ausgerechnet auf Dr. Bernhard Fisch beruft. Dieser, ein strammes SED-Mitglied in der DDR, stellt die Verbrechen der Roten Armee in Frage. Im Gegensatz zu Pölking, der hier abgeschrieben hat, habe ich in dieser Hinsicht selbst recherchiert. Dazu die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Kameraden“. Als Angehöriger der Traditionsgemeinschaft „Fallschirmpanzerkorps“ hatte ich – und habe ich – Kontakt zu Soldaten, die in Nemmersdorf waren. (Mein Vater ist unweit Nemmersdorf gefallen.) Der Landsmannschaft Ostpreußen ist es zu verdanken, dass die Kassette „Nemmersdorf 1944 – Die Wahrheit über ein sowjetisches Kriegsverbrechen“ herausgebracht worden ist.

Herrn Klose rate ich, die *PAZ*-Ausgabe 32/2002, Seite 8 zu lesen. Von den Gräueltaten will Fisch in Nemmersdorf nichts gesehen haben. „Von all dem hatte ich nichts entdeckt, als ich auf Futtersuche in Nemmersdorf war.“ Alle Augenzeugenberichte werden von ihm angezweifelt. Das Plündern in Ostpreußen schiebt er den Wehrmachtssoldaten in die Schuhe. „ ... sollten die Russen sich verhältnismäßig wenig angeeignet haben, dagegen sollen deutsche Soldaten die Wohnungen restlos ausgeplündert haben“. Das Kreuzigen von Frauen in Nemmersdorf hält Fisch für ausgeschlossen. „Dazu brauchten sie Hammer und Nägel, die mussten sie erst im Haus ausfindig machen.“ „Die Vermutung, dass sie (die Nazis) sie selbst inszeniert haben, muss durchaus geäußert werden“ (die Verbrechen in Nemmersdorf).

Ich komme in diesem Zusammenhang auf eine Veranstaltung in Berlin im Oktober 2004 zu sprechen. Teilnehmer: Wilhelm v. Gottberg und Professor de Zayas. Dieser zu Nemmersdorf: eines der am besten dokumentierten Kriegsverbrechen und an der Täterschaft der Roten Armee kein Zweifel. **Bernd Dauskardt, Hollenstedt**

Eine politische Kritik querbeet

Zu: „Gefräßiger Staat ist niemals satt“ (Nr. 24)

Die Studien über die Zukunft Europas dienen lediglich zur Ausbeutung der Menschen durch die europäische Lügenpolitik, damit sich die Politiker die Taschen voll Geld machen können, um Steuergelder zu verschwenden.

Wenn die Wahrheit gesagt wird, kommt man gleich mit der Nazikeule. Die Grünen haben es geschafft, die Menschen durch ihre abartige Strompolitik noch mehr zur Kasse zu bitten. Während in den Nachbarländern Atomkraftwerke aufgebaut werden, müssen die Deutschen den Preis für diesen sogenannten sauberen Strom bezahlen. Dass in Europa ein menschenverachtendes Lügensystem herrscht, sieht man daran, dass Hartz-IV-Empfänger – die es gar nicht geben dürfte – vom Betreuungsgeld ausgeschlossen werden sollen. Dieses Ausbeutersystem erhält sein Vorbild von den verbrecherischen USA.

Man kann sich nur über andere Länder aufregen, um seinen eigenen Dreck zu vertuschen. Die Presse macht hierbei voll mit und unterstützt wahrscheinlich durch Korruption diese gewollten Machenschaften. So ist anzunehmen, dass ARD und ZDF sowie die meisten Zeitungen politisch gesteuert werden und in Wirklichkeit keine freie Meinung haben.

Jeder, der diesen europäischen Machenschaften dient, sollte sich schämen. Insbesondere Anwälte (siehe Karlsruhe), die dies noch für richtig halten. **Eddi Göller, Malsfeld**

Pkw-Maut für ausländische Fahrer

Zu: „Es geht auch anders“ (Nr. 23)

Die Vorstellungen des Verkehrsministers Peter Ramsauer von der Einführung einer PKW-Maut sind so überflüssig wie ein Kropf. Oder sind diese dem politischen „Sommerloch“ zuzuordnen? Wir waren im Mai von der Lüneburger Heide aus bis Meran in Südtirol auf einer Strecke von insgesamt rund 2500 Kilometern unterwegs, davon rund 2000 Kilometer auf bundesdeutschen Autobahnen. Die österreichischen und südtiroler Autobahnen waren bestens. Jedoch die bundesrepublikanischen Autobahnen sind, um es bayerisch-deftig auszudrücken, „unter aller Sau“. An fast allen Autobahnbereichen ist nur Flickschusterei festzustellen. Teilweise sind Nebenstraßen wesentlich besser in Schuss.

Wie die Medien berichteten, kostete das Afghanistan-Abenteuer mehr als 17 Milliarden Euro. Dort am Hindukusch wurde nicht unsere Freiheit verteidigt, sondern nur für fremde Interessen unser Steuergeld verbraten. Das ist zwar nicht der Zuständigkeitsbereich des Verkehrsminister, aber dessen Platz ist auch am Kabinettstisch der BRD-Regierung. Ramsauer möge dafür sorgen, dass endlich mal Milliarden in die Erneuerung des großen Teils der bundesrepublikanischen Autobahnen fließen. Solle er eine Maut-Gebühr für alle ausländischen Pkw-Fahrer einführen, die unsere Autobahnen benutzen. Wir Deutschen werden im Ausland seit Jahren überall zur Kasse gebeten. **Klaus Hoffmann, Vorsitzender des FHwO. e.V., Bad Bevensen**

Drei-Kaiser-Jahr

Zu: „Erst ein Krieg machte ihn möglich“ (Nr. 22)

In dem betreffenden Artikel auf Seite 10 schreibt der Verfasser Eigel Wiese, dass Kaiser Wilhelm II. Nachfolger von Kaiser Wilhelm I. sei. Das stimmt nicht. Auf Kaiser Wilhelm I. folgte sein Sohn als Kaiser Friedrich III.

Dieser starb allerdings schon nach einer Regierungszeit von nur 99 Tagen, und erst dann folgte dessen Sohn als Kaiser Wilhelm II. Deshalb nennt man das Jahr 1888 auch das Drei-Kaiser-Jahr. **Günther Suckau, Bergheim**

Weiter so!

Zu: „Verludertes Denken“ (Nr. 22)

Wiedermal genau auf den Punkt gebracht, weiter so! Genau deshalb lese ich die *PAZ*. **Marco S., Dresden**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 25 – 23. Juni 2012

Keine zweite Heimatlosigkeit

Beinahe wären sie zum zweiten Mal heimatlos geworden: zwei Glocken, die einst in schlesischen Dorfkirchen nahe Breslau hingen. Heute klingt ihr Geläut vom Turm der katholischen Kirche „Heilige Familie“ im Hamburger Stadtteil Langenhorn. Beide sind sie über 500 Jahre alt und ergänzen – die eine auf cis, die andere auf dis gestimmt – den Klang einer neu gegossenen fis-Glocke.

Die Geschichte der „alten Schlesischen“ von Langenhorn liest sich wie das Schicksal von etwa 45000 anderen deutschen Glocken, die während des Zweiten Weltkriegs in ihren Türmen abhängt wurden, um als kriegswichtiges Metall eingeschmolzen zu werden. Aber die beiden Bronzeglocken, die eine 1450 für die St. Nikolauskirche in Peicherwitz [Pichorowice], die andere 1494 für St. Marien im benachbarten Weicherau [Wichrow] gegossen – beides kleine Dörfer im einstigen schlesischen Kreis Neumarkt –, überstanden unversehrt den Krieg. Sie wurden unter Hunderten Geläuten auf einem Sammelplatz – makaber genug „Glockenfriedhof“ genannt – im Hamburger Hafen gefunden. Nach dem Krieg bemühte sich ein Rückführungsausschuss die dort gefundenen Glocken an ihre Heimatkirchen zurückzugeben.

Die schlesischen jedoch waren 1946 heimatlos geworden. So entschied man, diese Glocken an

Neue Verwendung in Hamburg-Langenhorn

westdeutsche Kirchen zu vermitteln.

Im schleswig-holsteinischen Barmstedt wurde 1953 eine katholische Kirche gebaut, notwendig geworden durch die Ansiedlung vieler Vertriebener. Hier läuteten fortan die Glocken von Peicherwitz und Weicherau. Bis im vergangenen Jahr diese Kirche abgerissen wurde. Weniger gewordene Katholiken, Zusammenlegung von benachbarten Gemeinden, Priestermangel, Kostenersparnis – das Erzbistum Hamburg weiß viele Gründe zu nennen. Wohin mit den Glocken?

Pfarrer Dietmar Wellenbrock von der Gemeinde „Heilige Familie“ in Hamburg-Langenhorn hörte davon.

Und weil schon lange geplant war, der Kirche ein stärkeres Geläut zu geben – bisher gab es im Turm nur eine kleinere Glocke –, bemühte er sich um die „Schlesischen“. Er bekam sie kostenlos. Die Kirchengemeinde brachte 15000 Euro an Spenden auf für Transport, für einen neuen Glockenstuhl und für das Umschmelzen der bisherigen Glocke ein.

Nun tönt Dreiklang vom Turm in Langenhorn und behauptet sich gegen den Fluglärm. Der Kirchturm steht nur wenige hundert Meter entfernt von einer vielgenutzten Einflugschneise des Hamburger Flughafens.

Glocken rufen ja nicht nur zu Andacht und Gebet; ihr Stundenschlag erinnert auch daran, wie die Zeit verstreicht.

Karlheinz Mose

»Wir sind Sieger«

20. Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein



Tanz und Musik bestimmten das Programm: Schulenburger und Nakler Freunde WAL-NAK aus dem schlesischen Oppeln *Bild: Ruoff*

In Anwesenheit der Vorsitzenden der deutschen Vereine aus Memel und Heydekrug fand bei herrlichstem Kaiserwetter vergangenen Sonnabend in Allenstein das 20. Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen statt. Über 1000 ostpreußische Heimatvertriebene und -verbliebene sowie interessierte Polen waren dem Ruf in das neben dem Schloss gelegene Amphitheater der ermländisch-masurischen Woiwodschaftshauptstadt gefolgt.

Bis zu sechseinhalb Stunden, das war die Gesamtlänge der Veranstaltung, konnten sie sich durch Uwe Hahnkamp von der „Allensteiner Welle“ bei Radio Olsztyn und seiner polnischsprachigen Co-Moderatorin durch das Programm führen lassen. Gleich zu Beginn sorgte die Reinhard Reißner Big-Band ungeachtet ihres Namens für beste bayerische Bierzeltatmosphäre. Die Musiker in ihren Krachledernen sorgten zum Glück nicht nur für das musikalische Vorprogramm, sondern rahmten mit „Preußens Gloria“ und dem Marsch des Yorck'schen Korps den ökumenischen Gottesdienst und die Festveranstaltung ein.

Der ökumenische Feldgottesdienst wurde vom offiziellen Seelsorger für die deutsche Volksgruppe im katholischen Ermland, Domherr André Schmeier, und dem evangelischen Bischof von Allenstein, Rudolf Bazanowski, gestaltet.

Die ermländisch-masurische Vizemarschallin Urszula Paslawska lobte in ihrem Grußwort die nationalen Minderheiten als kulturelle Bereicherung und der Vizevorsitzende des Sejmik Andrzej Rynski äußerte die – vergebliche – Hoffnung, dass das Endspiel der Europameisterschaft in Kiew Deutschland gegen Polen heißen möge. Der Dachverbandsvorsitzende Heinrich Hoch trug ein Grußwort des Präsidenten des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, vor und griff dann den Sprachgebrauch der EM mit ihren Siegern und Verlierern auf. „Wir sind Sieger“, lautete sein Credo. Er begründete dieses damit, dass es den Ostpreußen heute möglich sei, in der Heimat ein derartiges Sommerfest zu feiern. Es folgte die Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, die in der Nummer 26 nachzulesen sein wird. Der Worte waren genug gesagt. Musik und Tanz konnten beginnen.

Der größte Augenschmaus waren sicherlich die Schulenburger und Nakler Freunde WAL-NAK aus dem schlesischen Oppeln. Mit ihrem farbenprächtigen Aufzug und der großen Anzahl an Akteuren wussten sie gleich in zwei Auftritten zu überzeugen. Die Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein war zwar kleiner, verstand es jedoch, durch ihre geradezu artistischen Tanzein-

Über 1000 kamen bei bestem Kaiserwetter

lagen zu imponieren. Passend zu den am nächsten Tag durchgeführten Parlamentswahlen der Griechen erfreute die Jugendgruppe der Gesellschaft „Tannen“ aus Osterode das Publikum mit Sirtaki.

Tanz und Gesang bestimmten das Programm und so traten neben den Tanzgruppen auch diverse Chöre auf. Zu nennen sind hier der Allensteiner Chor „Vaterhaus“, der Chor der Gesellschaft aus Lötzen, der Heilsberger Chor „Ermland“ sowie der Chor Mecklenburg-Vorpommern. Letztgenannter trat als letzter auf und war der jüngste. Er war nämlich erst auf der gemeinsamen Busfahrt nach Allenstein vom mecklenburg-vorpommerschen Landesgruppenchef Manfred Schukat gebildet worden, verstand es aber nichtsdestoweniger die Teilnehmer mitzureißen.

Zum Schluss hin wurde es besinnlich, als BernStein, bei derartigen Veranstaltungen immer eine sichere Bank, aus seinem von Melancholie geprägten Repertoire vortrug. Langsam hieß es Abschied nehmen. Das Ostpreußenlied wurde noch einmal gesungen und dann war es soweit. Das Fest war aus.

Mit dem nächsten Fest plant man zu den Wurzeln zurückzukehren. Wie das allererste Sommerfest soll auch das dann 21. in Osterode stattfinden und zwar am 15. Juni 2013.

Manuel Ruoff

Wie Königsberg zur »Weißen Brücke« kam

Nicht nur im Vorzeigeobjekt Oberteich harren noch viele Überführungen der Sanierung

Washington hat ein „Weißes Haus“, Königsberg nun eine „Weiße Brükke“. Und das kam so: Am Ostufer des Oberteichs fanden im vergangenen Jahr umfangreiche Arbeiten zur Uferbefestigung statt, neue Fußgängerwege wurden angelegt und Brücken, von denen es hier einige gibt, repariert. Die Rekonstruktionsarbeiten an einer dieser Brücken, die das Oberteichufer mit der Straße Beregowaja (Bereich Kunzauer Weg/Am Ziegelhof/Kurischer Weg) verbindet, sind nun abgeschlossen worden. Aufgrund ihrer weißgetünchten schmiedeeisernen Gitter erhielt sie den Namen „Weiße Brücke“.

Eigentlich hatte die „Weiße Brücke“ schon vor einigen Monaten freigegeben werden sollen, aber die Bauarbeiten hatten sich in die Länge gezogen. Sie wurde von Grund auf saniert, erhielt sowohl neue Stützpfeiler als auch eine neue Beleuchtung. Allerdings fing das neue schmiedeeiserne Geländer schon kurze Zeit nach der Montage an zu rosten. Der ausführende Handwerker wurde deshalb aufgefordert, es auszutauschen, da die Gewährleistungspflicht für Handwerksarbeiten bei fünf Jahren liegt.



Sehenswürdigkeit am Oberteich: Weiße Brücke *Bild: Tschernyschew*

Insgesamt haben die Arbeiten, die 13 Millionen Rubel (rund 318000 Euro) verschlangen, fünf Monate gedauert. Die Finanzierung der Umgestaltung des Oberteichs lief komplett über den Staatshaushalt. „Wir öffnen eine Brücke, die für alle Menschen des diesseitigen und jenseitigen Ufers notwendig ist. Das Verkehrsaufkommen ist hier sehr hoch“, sagte Bürgermeister Alexander Jaroschuk.

Über der Freude über die „Weiße Brücke“ sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es in Königsberg eine Vielzahl weiterer Brückenbauten gibt, die noch häufiger frequentiert werden, weil sie von den Königsbergern für den Weg zwischen Wohnung und Arbeit genutzt werden. Fast alle Brücken stammen noch aus der Vorkriegszeit, und auch solche aus der Sowjetzeit bedürfen inzwischen dringend der Reparatur. Laut der für die Region zuständigen Verkehrsbehörde sind 60 Prozent der Brücken in Königsberg nicht mehr sicher. Zwar wurde die Finanzierung für die stufenweise geplanten Arbeiten im Haushalt für die nächsten fünf Jahre berücksichtigt, allerdings reichen die Mittel nicht aus, um einen wesentlichen Teil der Brücken in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Deshalb bleibt nur zu hoffen, dass nicht nur am Vorzeigeobjekt Oberteich die Brücken saniert werden, sondern auch in anderen Königsberger Stadtteilen.

Jurij Tschernyschew



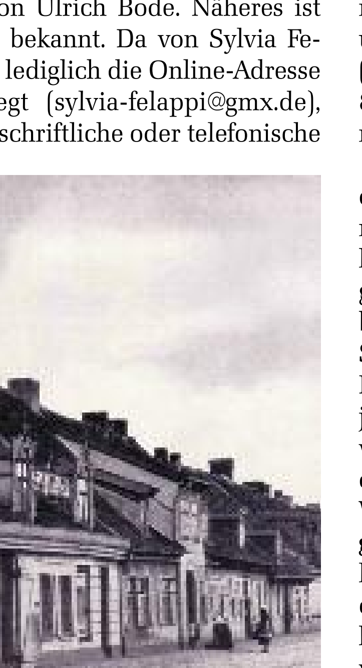
Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nachdem wir uns in der letzten Zeit mit Themen beschäftigen mussten, die viel Platz beanspruchen – und auch noch weiter werden –, soll es heute mal wieder quer durch unseren Familiengarten gehen, denn da hat sich vieles angesammelt. Und so beginne ich gleich mit der ersten Suchfrage, die wieder mal aus Frankreich kommt. Herr **Dieter Reinert** aus Mouries stellt sie, und da er unsere *PAZ/Das Ostpreußenblatt* nicht kannte, schrieb er einfach an die Landsmannschaft Ostpreußen, dass er Nachfahren einer Familie **Willy Tallarek** aus Grünfließ suche und bat um einen Tipp, wie er dies durchführen könnte. Na, da bot sich unsere Ostpreußische Familie geradezu an, und nachdem wir seine Einwilligung zur Veröffentlichung eingeholt haben, gehen wir nun auf die Suche nach eventuellen Nachfahren von Herrn Tallarek. Reinert schreibt hierzu das Folgende:

„Es geht um die Familie Wilhelm (Willi) Tallarek aus Grünfließ bei Neidenburg. Wilhelm Tallarek ist 1934 in seinem Heimatort verstorben. Er hatte mit seiner Ehefrau **Ottilie** fünf Kinder, vier Mädchen und einen Jungen, der den gleichen Vornamen wie der Vater trug. Aus einer mir vorliegenden Einwohnerliste aus dem Jahr 1939 ist ersichtlich, dass die Witwe Ottilie Tallarek in dem Haus Nr. 68 direkt an der Hauptstraße wohnte. Ihre damaligen Nachbarn sind mit den Namen **Badorek** (Nr. 67) und **Hermann Wans** (Nr. 69) eingetragen. In den Jahren 1939 muss die Familie in ein Haus umgezogen sein, das etwas außerhalb lag, aber noch zu Grünfließ gehörte. Im Januar 1945 kam die Anordnung, dass alle Bewohner sofort den Ort zu verlassen hätten, da sich die russische Armee unmittelbar vor Grünfließ befand. Ottilie Tallarek begab sich mit ihren vier Töchtern auf die Flucht. Sohn Willi, der damals um die 30 Jahre alt war, wurde von den Russen auf dem eigenen Grundstück erschossen.“

Soweit die Ausführungen von Herrn Reinert, der nun nach den Töchtern sucht, von denen eine noch leben soll. Sie hieß vermutlich **Eleonore**, wurde aber **Elly** genannt, und nahm später wohl durch Heirat den Namen **Schäfer** an. Auf diese Elly Schäfer setzt nun Herr Reinert seine Hoffnungen. Aber auch die Nachkommen der verstorbenen Töchter sind gefragt, die wahrscheinlich in Deutschland leben, sowie der anderen Familien aus Grünfließ wie die namentlich genannten Nachbarn. Herr Reinert meint jedenfalls, dass die Suche über unseren Leserkreis eine Erfolg versprechende Möglichkeit biete, und hofft auf Zuschriften oder Anrufe. (Dieter Reinert, 1 Impasse de L´Armandier, F-13890 Mouries, Telefon 0033/490476550, E-Mail: wdr47@ymail.com)

Mit dem Kirchlichen Suchdienst in Stuttgart arbeiten wir ja seit Langem erfolgreich zusammen, und so hoffen wir gemeinsam auch diesmal auf die Lösung einer nicht einfachen Suchfrage. Bisher kamen weder Frau **Sylvia Felappi**, die sie stellt, noch die Sachbearbeiterinnen des HOK-Zentrums weiter, und auch für uns wird es schwierig, denn die Angaben sind dürftig, und aus ihnen geht nicht einmal hervor, ob es sich überhaupt um Vertriebene aus Ost- und Westpreußen handelt, ist aber anzunehmen. Außerdem dreht es sich nur um eine örtlich begrenzte Spurensuche in Iserlohn, aber da weiß ich sehr engagierte Landsleute. Frau Sylvia Felappi kommt deshalb auf ihrer Suche nach Verwandten in Iserlohn nicht weiter, weil das Einwohnermeldeamt ihr keine Auskunft geben kann, da es sich bei den Gesuchten um Frauen handelt, von denen nur die Mädchennamen bekannt sind. Man hat sich bemüht, aber selbst in den Archiven ist man nicht fündig geworden. Es geht um **Rosemarie Bode**, nach dem Krieg zuerst wohnhaft in Menden, dann ab Mitte oder Ende der 60er Jahre in Iserlohn, ebenso wie **Christina** Bode. Es dürfte sich wohl um Schwestern handeln, die später geheiratet haben und unter dem neuen Namen vielleicht noch weiter in Iserlohn verblieben. Es wird noch ein männliches Familienmitglied genannt: **Ulrich** Bode, der aber inzwischen verstorben ist. Er hat bis zuletzt in Iserlohn-Letmathe gewohnt. Mit Fragezeichen wird dann noch eine 1967 geborene **Simone** Bode genannt, wahrscheinlich eine Tochter von Ulrich Bode. Näheres ist nicht bekannt. Da von Sylvia Felappi lediglich die Online-Adresse vorliegt (sylvia-felappi@gmx.de), bitte schriftliche oder telefonische Mitteilungen an unsere Ostpreußische Familie richten.



Der Nasse Garten in Königsberg Bild: Archiv

In die Heimat ihrer Mutter will Frau **Karola Fauser** aus Lauingen im Juli reisen und möchte sich dafür so gut wie möglich vorbereiten, denn sie war noch nie im Königsberger Gebiet, kennt weder Königsberg noch den Kreis Labiau, aus dem ihre Mutter, Frau **Frieda Klatt**, stammt. Genauer aus Moritten, wo sich auch der Gutshof **Spehr** befand, und diese Familie sucht Frau Fauser, um etwas über den Ort zu erfahren. Die Tochter der Gutsbesitzerin Frau Spehr hatte einen Sohn, und dieser dürfte schon in Moritten gewesen sein. Deshalb wäre Frau Fauser dankbar, wenn er sich bei ihr melden würde. Sie bringt noch andere Namen mit Moritten in Verbindung, so **Lotti** und **Irmgard Behrendt**, aber sie kennt weder den Verwandtschaftsgrad, noch weiß sie deren Wohnort. Ihre zweite Suchfrage gilt dem Ehepaar **Eva** und **Eugen Neumann** und deren Sohn **Manfred** aus Wilmans. Frau Klatt war dort im Haushalt tätig und ging mit Eva Neumann und dem damals etwa achtjährigen Manfred auf die Flucht. Sie waren noch zusammen in einem dänischen Internierungslager, verloren sich dann aber aus den Augen. Das Haus der Familie Neumann hieß „Villa Seeblick“. Soweit die Informationen, die Frau Fauser uns übermittelte, die sehr glücklich wäre, wenn jemand zu den genannten Personen und Orten etwas sagen könnte. (Karola Fauser, Marienweg 3 in 89415 Lauingen, E-Mail: binya@web.de)

Frau **Gerda Müller-Dank** war dagegen schon öfters in der Heimat, um vor allem ihre alte Schule aufzusuchen, die Johann-George-Scheffner-Schule in Königsberg. Diese Schule besteht als Schulprojekt Nr. 14 noch heute. Es war schon Krieg, als die Sechsjährige 1940 dort eingeschult wurde. Bald hatte die kleine Gerda eine Freundin, die den selben Weg zur Schule hatte. Sie hieß **Ingetraut Erdmann** und Frau Müller-Dank hat sie nicht vergessen, obgleich sie nie etwas von ihr gehört hat – bis heute. „Ob ich sie vielleicht durch die Ostpreußische Familie finde“, fragt sie, die so gerne an ihre Königsberger Schulzeit zurückdenkt. Sie besitzt auch keine Unterlagen über die Scheffner-Schule und wäre dankbar, wenn ihr jemand etwas über die Geschichte ihrer ersten Schule sagen könnte. (Gerda Müller-Dank, Thorner Straße 13 in 30659 Hannover.)

Dass es auch heute nach so langer Zeit noch ein Wiederfinden geben kann, dafür ist Frau **Anny Grothe** das beste Beispiel. Ihr Fluchtbericht aus Königsberg-Kalgen war in der Folge 15 erschienen. Die ebenfalls aus Königsberg stammende Frau **Christel Kopp** geborene **Iffländer** las ihn und stellte fest, dass es sich bei der Schreiberin um ihre Schulfreundin **Anny Meiritz** handeln müsste. Sie wandte sich sofort an mich, um Verbindung mit Frau Grothe aufzunehmen. Ich berichtete davon in Folge 19 und meinte, dass nun die Überraschung groß sein würde. Das war sie dann auch, wie mir jetzt Frau Grothe in einem Gespräch berichtete. Nachdem ich ihr die Telefonnummer von Frau Kopp mitgeteilt hatte, setzte sie sich sofort mit ihrer alten Schulfreundin in Verbindung, und so fanden sich zwei Königsbergerinnen, die miteinander die Schulbank gedrückt hatten, nach 67 Jahren wieder zusammen. Da gab es natürlich viel zu erzählen, denn beide haben das damals Erlebte nie vergessen. Es ist schon manchmal wie ein kleines Wunder, wenn für Menschen im hohen Alter Kindheit und Heimat wieder lebendig werden. Wir freuen uns mit über dieses überraschende Wiederfinden.

Und wir freuen uns auch darüber, dass sich Herr Dr. **Martin A. Völker** aus Berlin der – fast vergessenen – Schriftsteller annimmt, die in den Jahren zwischen den Kriegen die literarische Landschaft Ostpreußens so bereichert haben. Da hat sich nach den ersten Veröffentlichungen einiger Fragen auch schon allerhand Wissenswertes für den Biografen ergeben. Nun legt Herr Dr. Völker mir etliche Fragen vor, die sich auf Textstellen in den Werken der Königsberger Schriftstellerin **Katharina Botsky** beziehen. Bei einigen konnte ich ihm auch nicht helfen, aber vielleicht können unsere Leserinnen und Leser sie klären. Da ist der Begriff „Lippstock“, den die Autorin in einer Novelle verwendet. In Zusammenhang mit einer alten Frau heißt es, dass diese „sauber“ sei, und man solle sie nicht mit jenen Frauen vergleichen, die Lippstock-Salbe gebrauchen. Die Frau sagt voller Stolz: „Lippstocke wi ons nich!“ Was für eine Salbe ist gemeint? Herr Dr. Völker meint, dass es sich vielleicht um eine Kräutermixtur mit Liebstöckel handelt. Wem ist diese Salbe bekannt und wer kann etwas über Herstellung und Gebrauch sagen? Zwei weitere Fragen aus den Botsky-Novellen beziehen sich auf Königsberg. In einer ist von einem „Räuberhof“ die Rede, „von geschwärzten und schiefen Häusern umgeben“, belebt durch die zahlreichen Kinder aus armen Familien. In der Mitte befand sich ein anmutiger Springbrunnen. Ein solcher „Räuberhof“ ist mir in Königsberg gänzlich unbekannt. Weiter spricht die Autorin von einer „Gespenstereiche“, auch von dieser habe ich nie etwas gehört. Da die Autorin auf dem Nassen Garten wohnte, ist es möglich, dass sich die genannten Örtlichkeiten südlich des Pregels befanden und nur im lokalen Bereich so genannt wurden.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Besonders interessiert ist Herr Dr. Völker an Informationen über den Schriftsteller **Martin Borrmann**, den ich sehr gut kannte, denn er leitete in den frühen 30er Jahren die ostpreußische Sektion des deutschen Schriftstellerverbandes in Königsberg. Der 1895 in Rößel geborene Pfarrerssohn hat das literarische Leben und Schaffen in Ostpreußen auch mit seinen eigenen Werken belebt und bereichert. Mit seiner 1935 erschienenen Anthologie „Ostpreußen“ gelang es ihm, ein Standardwerk zu schaffen, das in epischer Form ein umfassendes Bild von der Geschichte und Kultur unserer Heimat, vor allem aber von den Menschen und ihrem Lebenskreis vermittelt. Martin Borrmann fand den Höhepunkt seines Schaffens in dem Roman „Trampedank“, den der später Gelähmte 1960 in Berlin vollendete. Dort verstarb der Meistererzähler 1974 fast 80-jährig. Herr Dr. Völker sucht nun Menschen, mit denen Martin Borrmann auch nach dem Krieg in Verbindung stand und die ihm Hinweise auf den literarischen Nachlass des Schriftstellers geben könnten. (Dr. phil. Martin A. Völker, Donaustr. 86 in 12043 Berlin, Telefon 030/61308390, E-Mail: drm.voelker@web.de)

Eine kurze Anfrage aus dem Leserkreis, ob wir Kenntnisse über den Maler **Heinz-Bruno Nern** besitzen. Der Künstler stammte aus Allenstein, wurde dort im Jahr 1895 in der Robertstraße 10 geboren. Auf der Großen Kunstausstellung in München 1942 war er mit einem Aquarell „Ostpreußenlandschaft“ vertreten. Weitere Angaben wurden nicht gemacht. Vielleicht genügen sie, um eine Kurzinformation zu bekommen, die bitte an unsere Ostpreußische Familie zu richten ist.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Der gerettete Abendmahlskelch

Stammt er aus Ostpreußen?

In der letzten Folge haben wir von dem Kreuz im Gemüseacker von Petrikatschen berichtet – heute steht eine wohl noch größere Kostbarkeit für die Veröffentlichung auf unserer Familienseite bereit. Wobei es sich eher um eine Entdeckung handelt, denn der Abendmahlskelch, um den es geht, wurde nicht ausgegraben oder in einer Ruine gefunden, sondern bereichert heute den Kirchenschatz eines Gotteshauses in Brandenburg. Nicht nur als streng gehütete Kostbarkeit hinter Glas oder in einem Safe verwahrt: Das sakrale Gefäß erfüllt auch jetzt noch seine Aufgabe als Abendmahlskelch. Aber es war nicht immer im Besitz dieser Kirche, denn seine Spur endet schon nach wenigen Jahrzehnten, sie verliert sich in den Kriegswirren. Da vermutet wird, dass das sakrale Gefäß aus Ost- oder Westpreußen stammt, fühlte sich **Angelika Pasenau** aus Gransee veranlasst, an uns zu schreiben, denn sie meint, unsere Leserinnen und Leser könnten vielleicht etwas Wichtiges und Interessantes über diesen Kelch wissen. Da müsste allerdings schon wirklich ein Wunder geschehen, aber in diesem Fall wollen wir gerne daran glauben. Und besonders Frau Pasenau, denn sie sieht in dem Kelch ein symbolisches Zeichen für ihre Heimat Ostpreußen und die Vertreibung.

Und damit kommen wir auch zum Ausgangspunkt dieser Suchfrage, denn das Ehepaar Pasenau hatte im Heimatmuseum von Gransee eine Ausstellung über Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen gestaltet. Einer der Besucher erzählte von einem Kelch, der in einer Nachbarpfarrei von Gransee als Abendmahlskelch diene, und dessen Herkunft man in Ostpreußen vermute. Die Spuren verlieren sich im Dunkel der Ereignisse des Jahres 1945. Der Pfarrer der katholischen Gemeinde von Gransee, **Klaus Weyer**, hat sie bis dahin verfolgt und sie für uns dokumentiert. Seine Ausführungen beruhen auf einem Bericht, der allerdings nur mündlich weitergegeben wurde. Der Kelch soll beim Vormarsch der Roten Armee von einem Gutsarbeiter aus einem brennenden Gebäude gerettet worden sein. Leider war trotz aller Bemühungen bisher nicht zu erfahren, ob es sich um eine Kirche oder um ein Gutshaus handelt. Diesem Mann gelang es, den Kelch auf der Flucht durch alle Gefahren sicher nach Pommern zu bringen, wo er ihn einem Pfarrer übergab. Leider war bisher nicht zu erfahren, wo das war, weder der Ort noch der Name des Geistlichen sind Pfarrer Weyer bekannt. Nur, dass dieser evangelische Geistliche den Kelch irgendwann an einen Amtskollegen in Mecklenburg-Vorpommern weitergab. Von nun an ist die Spur nachvollziehbar. Der Kelch ging an den Berliner Pfarrer Gerhard Bauer über. Als dieser im Jahr 1984 verstarb, gab seine Witwe ihn an einen anderen evangelischen Pfarrer weiter mit der Auflage, der Kelch dürfe nicht in einer Vitrine oder einem Tresor stehen, sondern müsse seiner Bestimmung nach als Abendmahlskelch dienen und entsprechend weitergegeben werden. So kam er also in diese Kirche an der Oberhavel, in der er heute noch dem Vermächtnis der Pfarrerswitwe nach als Abendmahlskelch dient.



Bilder (5): privat

Wer kennt diesen Abendsmahlskelch aus früherer Zeit?

Soweit also das jüngste Kapitel der Chronik dieses sorgsam gehüteten und gepflegten Gefäßes, dessen Ursprung sich im Dunkel der Zeit verliert, an dem aber doch einige wichtige Hinweise zu entdecken sind, die Pfarrer Weyer auflistet. Der Kelch dürfte wahrscheinlich aus der Zeit vor der Reformation stammen. Ein Goldschmiede-Schlagstempel für die Werkstatt, aus der der Kelch stammt, ist nirgends zu finden. Der Becher wie auch der Kelchfuß sind aus vergoldetem Silberblech. Der Kelchfuß hat nach gotischer Art eine fein ziselierte Sechspassform. Der Knauf ist aus sechs Ansätzen gebildet, die Rotuli genannt werden. Auf den Stirnflächen der Rotuli steht in griechischen Buchstaben der Name Jesus. Am oberen Rand des Kelchbechers entdeckt man als Schlagzeichen einen preußischen Adler. Dieser Preußenadler ist als Kriegsstempel etwa von 1809, also aus der Zeit der napoleonischen Kriege, zu verstehen. In der damaligen schweren Zeit belegte Preußen alle Wertgegenstände mit einer Sondersteuer. Der Schlagstempel war das Zeichen. Das sind also markante Merkmale, die helfen könnten, das Dunkel der Herkunft aufzuhellen. Es ist durchaus anzunehmen, dass sich der Kelch in Ostpreußen befunden hat. In einer Kirche, einem Schloss, einer Gutskapelle? Eine zentrale Figur nimmt der Gutsarbeiter ein, der den Kelch nach Pommern brachte, wahrscheinlich wusste er von der Kostbarkeit des Gefäßes, oder er war ein sehr gläubiger Mann, der den Abendmahlskelch retten wollte. „Die Geschichte des Kelches erzählt, was Menschen in den Zeiten des schlimmsten Chaos und im Feuer des Untergangs zu tun wagten“, sagt Pfarrer Klaus Weyers. Wir können ihm nur beipflichten. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Augustin, Emma, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Juni
Schulz, Adalbert, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 26. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Piotrowski, Martha, geb. **Rosek**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 25. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ihle, Maria-Charlotte, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 29. Juni
Rade, Hans-Dietrich, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 26. Juni
Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartscheit, Willy, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. Juni
Behrend, Gertrud, geb. **Rehberg**, aus Heiligenbeil, Wollweberstraße 13, am 30. Juni
Boenkost, Ursula, geb. **Bondzio**, aus Lötzen, am 28. Juni
Bomber, Herbert, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Gietz, Ursula, geb. **Krafzik**, aus Lötzen, am 30. Juni
Gottschalk, Margarete, geb. **Sudau**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Kalinowski, Ernst, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni
Rasokat, Otto, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Juli
Skusa, Lotte, geb. **Mross**, aus Neidenburg, am 26. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Balschun, Hanna, geb. **Quahs**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Brandstäter, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 25. Juni
Dombrowski, Erna, geb. **Paetz**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Droste, Werner, aus **Montzen**, Kreis Lyck, am 27. Juni
Glaner, Lotte, geb. **Lippik**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 26. Juni
Haas, Ursula, geb. **Patschke**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 27. Juni
Lutz, Frieda, geb. **Rausch**, aus Lank / Diedersdorf, am 1. Juli
Sakrzewa, Erich, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Scharnowski, Ilse, geb. **Schönebeck**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Hensen, Meta, geb. **Mehrwald**, aus Blumen bei Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 29. Juni
Kiesewalter, Frieda, geb. **Borowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 28. Juni
Kilian, Irma, geb. **Kessler**, aus Lötzen, am 30. Juni
Naffin, Gertrud, geb. **Kähler**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 26. Juni
Ossowski, Anneliese, geb. **Lingk**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 29. Juni
Schmid, Helene, geb. **Taruttis**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Wittat, Käthe, geb. **Gutowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Zozmann, Martha, geb. **Bern**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 29. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Fromm, Hilde, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 27. Juni
Heppner, Edeltrud, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 26. Juni
Hummelmeier, Hedwig, geb. **Wolff**, aus Polennen, Kreis Samland, am 26. Juni
Kammler, Liesbeth, geb. **Pedak**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 30. Juni
Kerat, Waltraud, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Kohrt, Hildegard, geb. **Sartor**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 29. Juni
Körber, Irmgard, geb. **Smorra**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Krusche, Toni, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Kuklik, Anni, geb. **Lask**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 25. Juni
Myska, Helene, aus **Waltershöhe**, Kreis Lyck, am 29. Juni
Preß, Werner, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 24. Juni
Ray, Günther, aus **Schwiddern**, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Rolfes, Lotte, geb. **Fidorra**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 25. Juni
Rudolf, Werner, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni
Schwämmle, Gerda, geb. **Rommel**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 25. Juni
Strubel, Käthe-Charlotte, geb. **Nolde**, aus Lyck, Sentker Chaussee 3, am 26. Juni
Treßelt, Gertrud, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bursulat, Gerd, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 29. Juni
Claussen, Wally, geb. **Mindt**, aus Lank/Lankhof, Kreis Heiligenbeil, am 30. Juni
Eggert, Helmut, aus Rauschen, Kreis Samland, am 27. Juni
Grohnert, Willi, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 28. Juni
Heysel, Horst-Erich, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 28. Juni
Heizmann, Elisabeth, geb. **Scheffler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, und aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Hinrichs, Ruth, geb. **Makowka**, aus Ortelsburg, am 28. Juni
Kaffka, Erich, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Neumann, Ernst, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Nürenberg, Hildegard, geb. **Kobialka**, aus Lyck, Morgenstraße 18, am 27. Juni
Peltzer, Erika, geb. **Wallendszus**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 27. Juni
Petruck, Gertrud, geb. **Bethke**, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau und aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Scheffler, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 27. Juni
Schotte, Herta, geb. **Galka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. Juni
Schreiber, Hildegard, geb. **Fernholz**, aus Mülsen, Kreis Samland, am 28. Juni
Steffan, Monika, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 25. Juni
Thal, Walter, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, am 29. Juni
Wurm, Karl-Heinz, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Berlin, Lothar, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 11. Juni
Bürger, Vera, geb. **Queiss**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 26. Juni
Felske, Klaus, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Friederitz, Renate, geb. **Liegmann**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 25. Juni
Grunwald, Margarete, geb. **Matysek**, aus Biesen, am 1. Juli
Haberstroh, Annemarie, geb. **Kreutzberger**, aus Lindenau, Kreis Heiligenbeil, am 29. Juni
Hartwig, Hans, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Hartwig, Klaus, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Murach, Reinhold, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni
Neumann, Manfred, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 25. Juni
Petzold, Sigrid, geb. **Korn**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 28. Juni
Springer, Werner, aus Stolzenberg, Kreis Kirchspiel Hermsdorf-Pellen, am 27. Juni
Tietgen, Waltraud, geb. **Boguschewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Schloss Burg/Solingen – Sonntag, 15. Juli, Beginn 11 Uhr, Kundgebung 14 Uhr: Landestreffen der Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen. Der BJO wird mit einem Infostand und dem beliebten „Café Lorbaß“ vertreten sein. Weitere Auskünfte:www.ostpreussennrw.de/Div/Schloss-Burg-2012/index.htm



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 27. Juli bis 6. August fährt die Kreisgruppe Buchen nach Königsberg mit Insterburg, Trakehnen, Kurische Nehrung, Masuren, Westpreußen und östliches Hinterpommern. Die Reisenden erwartet ein sehr vielfältiges, individuell gestaltetes Programm. Es sind noch vier Plätze frei. Interessenten mögen bitte die Vorsitzende Rosemarie S. Winkler in Buchen unter Telefon (06281) 8137 anrufen, die näher darüber informieren wird.

Lahr – Donnerstag, 5. Juli, 18 Uhr, Gasthaus „Zum Zarko“, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Juni, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch der Gruppe.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 3. Juli, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauddstraße 14, Schwäbisch Hall: Heimatnachmittag. Die Vorsitzende Ursula Gehm referiert anhand von Folien über das Königsberger Schloss. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Die Kreisgruppe Schwäbisch Hall der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen sowie Pommern e.V. (LOWP) hielt bereits im März am Heimatnachmittag ihre Mitgliederversammlung ab. Die turnusmäßigen Wahlen ergaben eine einstimmige Bestätigung des alten Vorstandes. Die ehemalige stellvertretende Vorsitzende Frau Erika Schlenker dankte dem Vorstand für die aktive, ehrenamtliche Arbeit für die Heimat, für die humanitären Aufgaben sowie den Einsatz für den Verein.

Die Kreisvorsitzende Ursula Gehm gedachte nach ihrer Begrüßung mit bewegten Worten der Verstorbenen, der vertrauten Gesichter, die immer aktiv im Vereinsleben waren. In ihrem Bericht der Jahre 2010 und 2011 sprach die Vorsitzende über schwindende Mitgliederzahlen, folglich auch schlechter besuchte Heimatnachmittage. Einen ganz besonderen Dank richtete die Vorsitzende an Elfi Dominik. Sie organisierte nicht nur zwei Fahrten – Masuren und Schlesien – sondern auch zwei Grützwurstessen. An diesen Tagen wurde im Nachmittagsprogramm der vertonte Film der jeweiligen Jahresfahrt gezeigt. In mühevoller Zusammenstellung bietet Elfi Dominik ein Wiedersehen mit den Erlebnissen in der Heimat. Vor dem Grützwurstessen sammelte Frau

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 23. Juni, 16.30 Uhr, Phoenix: Moskau lässt die Puppen tanzen.
SONNABEND, 23. Juni, 17 Uhr, ZDF-Info: Die Tricks der Versicherer.
SONNABEND, 23. Juni, 18.30 Uhr, 3sat: Luftschiff-Faszination.
SONNABEND, 23. Juni, 18.45 Uhr, Tagesschau24: Schätze der Welt. Lemberg.
SONNABEND, 23. Juni, 21.05 Uhr, Arte: Jean-Jacques Rousseau. „Nichts zu verbergen.“ Doku.
SONNABEND, 23. Juni, 22.15 Uhr, N24: Deutsche Panzertechnik. Der Leopard.
SONNTAG, 24. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 24. Juni, 13.55 Uhr, 3sat: Landfrauenküche. Reportage.
SONNTAG, 24. Juni, 18.55 Uhr, Kabel Eins: Das größte Trabbi-Rennen der Welt.
SONNTAG, 24. Juni, 19 Uhr, RBB: Kowalski & Schmidt. Magazin.
SONNTAG, 24. Juni, 20.15 Uhr, N24: Abwärts. Gefangen im Aufzug.
SONNTAG, 24. Juni, 20.15 Uhr, ZDF-Info: Drei Leben: Axel Springer.
MONTAG, 25. Juni, 17.15 Uhr, Phoenix: Energiewende: Größenwahn statt Megaplan.
MONTAG, 25. Juni, 20.15 Uhr, NDR: Ein Abend für Heinz Erhardt.
MONTAG, 25. Juni, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Mein Preußen. Eine Entdeckungsreise.
MONTAG, 25. Juni, 23.02 Uhr, ZDF-Info: Anhalts Speisereise. Von Warschau nach Krakau.
DIENSTAG, 26. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Philippe Pétain. Dokuporträt.
DIENSTAG, 26. Juni, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. Die Uckermark.
DIENSTAG, 26. Juni, 22 Uhr, SWR: Zehn Jahre nach dem Todesflug. Die Katastrophe von Überlingen.
DIENSTAG, 26. Juni, 21.45 Uhr, ZDF-Info: Die Waffen-SS.
MITTWOCH, 27. Juni, 13.15 Uhr, MDR: Das Zittauer Gebirge.
MITTWOCH, 27. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Billige Brötchen. Maschinell hergestellte Rohware verdrängt Bäckereien.
DONNERSTAG, 28. Juni, 17.15 Uhr, ZDF-Info: Fußballinsel Usedom.
DONNERSTAG, 28. Juni, 18.30, Phoenix: Liebe im Mittelalter. Dokumentation.
DONNERSTAG, 28. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Jet TU-144. Die sowjetische Concorde. – 21 Uhr: Die Hunde-Kosmonauten von Bajkonur.
DONNERSTAG, 28. Juni, 23 Uhr, RBB: Yellow Cake. Die Lüge von der sauberen Energie.
FREITAG, 29. Juni, 16.20 Uhr, 3sat: Ich vertraue dir meine Frau an. Mit Heinz Rühmann. Komödie, 1943.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

Dominik beachtliche Spenden für die Aktionen der Hohensteiner Gruppe. Jährlich überbringt Rainer Claaßen einen Beitrag an die deutsche Volksgruppe in Hohenstein im Kreis Allenstein als humanitäre Hilfe. Zunächst aber freute sich die Gruppe auf die Ostpreußenfahrt im Mai 2012. Diesmal organisierte Frau Dominik das Wiedersehen mit dem Königsberger Gebiet.

Frau Gehm dankte allen ehrenamtlichen Helfern. Besonders den Frauen, die zum Grützwurstessen Geschenke zum Verkauf herstellen. Plätzchen werden gebacken, Bärenfang wird produziert, Tücher und Schals gebatikt und gewebt, sowie Strümpfe und Handschuhe gestrickt. Ein buntes Sortiment mit gebastelten Weihnachts- und Geburtstagskarten runden das Angebot ab. In ihren Dank schloss Frau Gehm Erwin Neumann für seine Kassenführung ein, ebenso Hans-Dieter Krauseneck für die Vorträge über Trakehnen, die Zucht, Gestüt und en Ort. Zu den ehrenamtlichen Helfern zählen auch Horst Lindemuth und Helmut Pahewski als Kassenprüfer.

Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzende Ursula Gehm, 2. Vorsitzender Stefan Steiner, Kassier Erwin Neumann. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer ergab: Elfi Dominik, Hans-Dieter Krauseneck, Schwester Luise Kremser, Herta Lung, Heinz Pyrags, Siegfried Mauerhoff, Elfriede Stutz.

Die beiden Kassenprüfer Horst Lindemuth und Helmut Pajewski wurden ebenfalls in ihrem Amt bestätigt. In ihrem Schlusswort dankte Frau Gehm allen Mitgliedern und Freunden für die Mitwirkung in der Kreisgruppe und freut sich auf weitere gute Zusammenarbeit zum Wohle der Gruppe und der Treue zur Heimat.

Stuttgart – Samstag, 30. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schlossstraße 92: Sigrid Früh, eine der bekanntesten Märchenforscherinnen und Märchenerzählerinnen Deutschlands, wird „Preußische Geschichten“ erzählen.

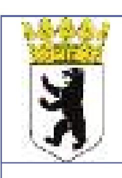


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

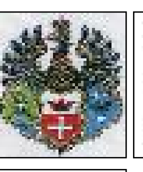
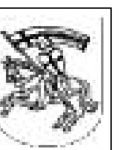


Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. bis Sonntag, 24. Juni: Jahresausflug nach Rheinsberg und Potsdam aus Anlass des 300. Geburtstages von Friedrich dem Großen. Die Gruppe fährt mit Landsleuten der Kreisgruppe Ansbach nach Brandenburg und besucht dort die historischen Stätten des Wirkens des großen Königs. Sonderprogramm. Auskunft und Anmeldung bei Lm. Kösling unter Telefon (09831) 611665.

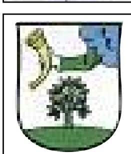


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

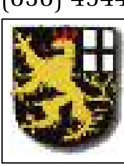




Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 29. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.





Bartenstein – Sonnabend, 30. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Mohrungen – Donnerstag, 5. Juli, 15 Uhr, Restaurant „Sternstunde“, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.

Rastenburg – Sonntag, 8. Juli, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

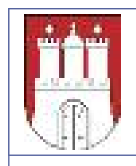


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 28. Juni, 18 Uhr, Bibliothek des Instituts für Niederdeutsche Sprache, Schnoor 41–43: Dr. Reinhard Goltz (von 1992 bis 2005 Herausgeber des Preußischen Wörterbuchs), Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen und Leiter des Instituts, wird mit zahlreichen Tonbeispielen Einblicke in die Arbeitsweisen und die Materialien der Sprachforschung in West- und Ostpreußen geben. Der Eintritt ist frei. – **Vom Schabbern und Plachandern. Was alles im Preußischen Wörterbuch steht.** Im Familienwortschatz hat sich das eine oder andere Wort vielleicht erhalten: Marjell, Luntrus, Komst. Und manch einer hat den Klang der ost- und westpreußischen Mundarten noch im Ohr. Aber die sprachlichen Spuren werden flüchtiger. Seit Beginn der 1950er Jahre bis 2005 hat die Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz das **„Preußische Wörterbuch“** getragen. Dieses Vorhaben war angetreten, die Mundarten Ost- und Westpreußens zu dokumentieren. Von Kiel aus wurden Fragebögen verschickt, die nach ihrer Rückkehr von fleißigen Studenten „verzettelt“ wurden: Kinderspiele, Wetterregeln, Redensarten und handwerkliches Fachvokabular. So entstand ein Archiv mit über zwei Millionen Zetteln, einer Bibliothek und einzigartigen Tondokumenten. Der größte Teil der Materialien wird heute im Archiv des Deutschen Sprachatlas in Marburg aufbewahrt.

Bremerhaven – Auf der Vorstandssitzung am 6. Juni im Barlachhaus wurde der nachstehende Terminplan beschlossen: 29. Juni, 14.30 Uhr: Sommerfest. – 27. Juli: kein Treffen wegen Sommerpause. – 10. August: Bederkesa-Fahrt der PL Bremerhaven. Teilnahme anderer Landsmannschaften nach Anmeldung möglich und erwünscht. – 2. September: Treffen Heimatkreis Labiau in Otterndorf. – 15. September, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), „Strandlust“, Vegesack: Tag der Heimat des BdV Bremen. – 21. September, 14.30 Uhr: Erntedankfeier, offen für alle Landsmannschaften in Bremerhaven. – 13. Oktober, 9.30 Uhr: Elbing-Treffen im BEW. – 14. Oktober, 9.30 Uhr, Große Kirche: Kranzniederlegung, um 10 Uhr daselbst Gottesdienst. – 26. Oktober, 14.30 Uhr, Barlachhaus: 86. Stiftungsfest. – 18. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkfeier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag. – 23. November, 14.30 Uhr: Heimatnachmittag mit Film über Einsatz Bremerhavener Reservisten auf deutschen Soldatenfriedhöfen in Ostpreußen. – 25. November, 15 Uhr, Kapelle Friedhof Geestemünde: Totensonntag, Gedenkstunde aller Landsmannschaften. – 14. Dezember, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Adventfeier.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag der Gruppe.

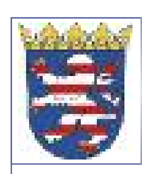
KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonnabend, 23. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Alle Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlichst eingeladen, mit Kaffee, Kuchen und einem Film-Vortrag in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Film-Vortrag 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt aus zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis 22. Juni erbeten.



Osterode – Sonnabend, 7. Juli, 12.30 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zum Schollenessen herzlich ein. Der Preis pro Essen beträgt 12 Euro. Verbindliche Anmeldung bis 30. Juni bei Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014, ist erforderlich.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Dillenburg – Mitwoch, 27. Juni, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Lothar Hoffmann wird über zwei spektakuläre Schauspiele sprechen: erstens über den Weichseldurchbruch im Februar 1840 und zweitens über den Weichseldurchstich zwischen Schiewenhorst und Nickelswalde im Jahr 1895.

Wetzlar – Sonnabend, 14. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus Wetzlar-Nauborn: Die Kreisgruppe trifft sich zum Grillen. – **Bericht vom Juni-Treffen:** Götz Diehm sprach über den Versailler Vertrag von 1919 nach dem Ersten Weltkrieg. Wäre dieser Vertrag nicht in der vorliegenden Fassung abgeschlossen worden, wäre der Nationalsozialismus vermutlich 1933 nicht an die Macht gekommen, erläuterte der langjährige Zeitungsredakteur eine von der heutigen Geschichtsforschung allgemein vertretene These. Bei der Bewertung der 430 Artikel des Vertrages müsse man zu dem Schluss kommen, dass damit die Weichen zur späteren Machtergreifung Hitlers gestellt worden seien. Deutschland sei dadurch wirtschaftlich in die Knie gezwungen worden. Die Folge sei eine hohe Arbeitslosigkeit verbunden mit Hunger und Not in der Bevölkerung gewesen. Darüber hinaus habe Deutschland namhafte Industriegebiete wie Elsass-Lothringen, das Saarland und Teile Oberschlesiens an die Siegermächte und an mit ihnen verbündete Staaten abtreten müssen, Die nach dem Krieg ausgerufene Weimarer Republik mit ihrem System von 48 politischen Parteien habe nur schwerlich Fuß fassen können. Die nach Artikel 231 des Versailler Vertrags allein Deutschland zugeschriebene Schuld am Krieg habe die junge Demokratie belastet. „Adolf Hitler ist nicht vom Himmel gefallen“, gab Diehm abschließend das Urteil heutiger Geschichtsforschung über die Auswirkungen des Versailler Vertrags wieder.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch 27. Juni, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Michael Gandt hält einen Vortrag über: „Die Tätigkeiten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.“ Gäste sind herzlich willkommen. – Beim Apriltreffen hielt Edmund Ferner einen Vortrag über „Die drei baltischen Staaten in ihrer Entstehung und geschichtlichen Entwicklung“. Der Referent spannte den Zeitbogen weit: Angefangen in der vorgeschichtlichen Zeit über die Missionszeit bis zur deutschen Ostkolonisation. Bischof Albert, ein Domherr aus Bremen, gründete bereits 1201 die Stadt Riga. Es folgten Ordenszeit und Reformation. Nach der russischen Besetzung 1558 kamen Livland und Estland 1582 unter litauisch-polnische, 1625 unter schwedische und 1721, nach dem Ende des nordischen Krieges, unter russische Herrschaft. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielten die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ihre politische Selbstständigkeit. Sie verloren ihre staatliche Souveränität als Folge des Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftvertrages vom September 1939, um sie erst nach der politischen Wende 1990 wiederzuerlangen. Die geschichtliche Entwicklung der drei Staaten ist sehr unterschiedlich verlaufen.

Buxtehude – Donnerstag, 28. Juni: Halbtagesfahrt nach Nindorf/Lüneburger Heide in den Wildpark. Dort erwarten die Teilnehmer idyllische Wege durch den Wald mit vielen Ruhebänken, vorbei an Teichen, Mooren und über 1000 Tieren, auch Elchen. Im Kaffeerestaurant wird für die Gruppe eingedeckt und Buchweizen- oder Sahnetorte serviert. Kosten für Busfahrt, Eintritt und Kaffeegedeck 25 Euro. Enkelkinder oder Kinder bis 12 Jahre zahlen nur 5 Euro.

Helmstedt – Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4, Helmstedt: Treffen der Gruppe.

Lüneburg – Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung lud die Landsmannschaft Ostpreußen, Bezirksgruppe Lüneburg ins Restaurant „Krone“ nach Lüneburg ein. Der Stellvertretende Vorsitzende, Gerold Plewa, begrüßte die Delegierten der örtlichen Gruppen, die Vorstandsmitglieder, Kassenprüfer und Gäste. Der Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, ließ Grüße an die Versammlung übermitteln, da er aus gesundheitlichen Gründen selber nicht teilnehmen konnte. In der Totenehrung wurde in einer Gedenkminute der Verstorbenen gedacht.

Der Stellvertretende Vorsitzende, Wolfgang Weyer, verlas den vom Vorsitzenden verfassten Jahresbericht. Dabei lobte er die von der Gruppe Buxtehude organisierte Busfahrt zum Deutschlandtreffen nach Erfurt, die mit 98 Personen komplett ausgebucht war und auch Teilnehmer aus anderen Gruppen der Bezirksgruppe Lüneburg mit aufgenommen hatte. Er selbst hatte die Bezirksgruppe bei 15 Terminen vertreten. Im Anschluss daran folgte der Bericht des Kassenwartes, Walter Osten.

Die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung verständigten sich darauf, zum besseren Informationsaustausch und zur Kontaktpflege untereinander die Anzahl der Zusammenkünfte in der Bezirksgruppe zu erhöhen. Dazu soll auch ein erarbeiteter Fragebogen an die örtlichen Gruppen dienen, den der Schriftführer, Uwe Jäckel, vorstellte.

Im Diavortrag, gehalten vom Stellvertretenden Vorsitzenden Gerold Plewa, wurden zahlreiche Burgen Ostpreußens gezeigt, zu denen es kenntnisreiche Erläuterungen gab. Zum Abschluss der Jahreshauptversammlung wurde das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ gesungen.

Oldenburg – **Bericht** über Versammlung am 13. Juni. – Der Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg zeigte das Mitglied Walter Perkuhn weitere Bilder aus seiner Heimat, Gemeinde Löwenhagen im Landkreis Königsberg. Dieses Mal wagte er sich mit seinem Film an die moderne Technik und nahm die Zuhörer auf eine Schiffstour den Pregel aufwärts. Sie zeigte ihnen das heutige Gesicht seiner Heimat, das von der Flussseite außer Sand- und Kiesabbau kein Gewerbe mehr auf dem Land erkennen lässt. Dagegen konnte er rege Bautätigkeiten in Königsberg nachweisen, die auf eine gewisse wirtschaftliche Prosperität in der Stadt schließen lassen. Weitere Bilder von seiner Rundreise in Ostpreußen auf die Nehrung und das Samland komplettierten seinen Vortrag.

11. Juli, Abfahrt 13.30 Uhr, ZOB: **Kulturfahrt** zusammen mit dem BdV Oldenburg-Stadt zum Museum „Ostdeutsche Heimatstube“ nach Bad Zwischenahn. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 3. Juli, 16.45 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. Juli, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17





Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Rinteln – Donnerstag, 12. Juli, 15 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42: Filmnachmittag „Ostpreußen, wie es war“. Beim Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger zeigt Joachim Berg Schwarzweiß- und Farbaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren aus Ostpreußen. Diese informativen Einblicke sollte keiner versäumen, der geschichtlich interessiert ist. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 15. Juli, ab 11 Uhr, Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg: Einladung zum „Kleinen Ostpreußentreffen“. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, die Anwesenden gedenken ihrer Toten und hören das Trompetensolo „Ich hatt’ einen Kameraden“ (Trompeter F. Braun). Bodo Löttgen wird die Ansprache halten. Frau Dr. Bärbel Beutner führt durch die Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen (Gruppen Remscheid, Solingen, Wuppertal) mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Bad Godesberg – Mittwoch, 4. Juli, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Düsseldorf – Sonnabend, 23. Juni, 10 Uhr: Wandertreff, Infostand Düsseldorfer Hauptbahnhof, 10.30 Uhr Abfahrt nach Ratingen-Hösel, S 6, Gleis 14. Ziel: Oberschlesisches Landesmuseum Ratingen-Hösel, Führung durch die Ausstellung „Preußens König und Schlesien“. – Montag, 25. Juni, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Born „Gerhart Hauptmanns ‚Bahnwärter Thiel‘ im Spannungsfeld von Gewalten“. – Dienstag, 26. Juni, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung „3,7 Millionen – Gerhart Hauptmanns Erzählung ‚Bahnwärter Thiel‘“. Rezitation mit Dr. Hajo Buch.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 23. Juni, 14.30 Uhr, Haus Ratibor, Küppersteger Straße 56: Treffen der Ost- und Westpreußen und ihrer Freunde und Bekannten, um gemeinsam das jährliche Sommerfest zu feiern mit fröhlichen Gesangs- und Tanzeinlagen, mit Wettbewerbsspielen und Überraschungen. Gemeinsames Kaffeetrinken und auch gemeinsames Abendessen. Die Gruppe freut sich über jeden, der kommen möchte.

Mühlheim a.d. Ruhr – Mittwoch, 4. Juli, 9 Uhr, Bushaltestelle am Forum: Tagesausflug zum Haus Schlesien nach Heisterbacherrott. Die Fahrtkosten übernimmt der BdV, das Mittagessen geht auf eigene Rechnung.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 28. Juni, 13 Uhr, Treffpunkt Mainz, Bahnhofsplatz 2: Fahrt mit dem Linienbus zur Wiesbadener Fasanerie. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße: Kulturkreis „Simon Dach“ trifft sich unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe.

„Medizin im Wandel der Zeit: Vom ostpreußischen Landarzt zur modernen Medizin.“ – Das war das Thema der Veranstaltung am 8. Juni. Alle Mitglieder freuten sich darauf zwei besonders interessante Referenten zu hören. Ein Mitglied des Vereins, Lothar Hahn, befasst sich seit Jahren mit der chinesischen Augenakupunktur. Frau Dr. med. Langer, Fachärztin für Allgemeinmedizin / Akupunktur, sprach über das „Alter und medizinischer Fortschritt“. Einige Mitglieder des Vereins können sich noch gut an die ärztliche Betreuung in Ostpreußen erinnern und andere erinnern sich an Erzählungen ihrer Eltern oder Großeltern. Ein Landarzt hatte ein sehr großes Gebiet zu betreuen. Er musste oft mehr als 20 Kilometer mit dem Pferdewagen fahren, bis er den Bauernhof oder das Gut erreichte, daher kam er sehr oft erst in der letzten Minute zu den Kranken. Krankenhäuser gab es nur in den größeren Städten. In vielen Orten gab es meist nur eine Hebamme, die auch bei Krankheiten zu Rate gezogen wurde. Die Gemeindeschwester kannte sich bestens mit Kräutern, Salben und anderen Hausmitteln aus. Hebamme und Gemeindeschwester fuhren täglich viele Kilometer mit dem Fahrrad von Patient zu Patient. Man musste halt so gut es geht sich selber helfen.

Ein interessantes Zeitbild gestaltete der Autor Artur Kittel in seinem Buch „37 Jahre in Preußisch-Litauen“. So schreibt er über das Verhalten wohlhabender ostpreußischer Patienten: „Meinen ärztlichen Rat nahmen sie oft in Anspruch. Bei ernsten Erkrankungen fuhren sie zu zwei Professoren in Königsberg. Mit ihren Verordnungen suchten sie mich dann wieder auf und befolgten die von mir ausgewählten.“ Nicht unerwähnt darf Emil Adolf von Behring in diesen Zeilen bleiben. Er war Bakteriologe und Serologe. Er war Träger des ersten Nobelpreises für Medizin. Auf Grund seiner Forschungsarbeiten zur Diphterieerkrankung, an der nahezu jedes zweite Kind starb, und seiner wissenschaftlichen Erfolge wurde er lange als „Retter der Kinder“ benannt.

Als erster Referent sprach Lothar Hahn. Schon als Kind hochgradig sehbehindert, ist er seit den 70er Jahren völlig erblindet. Mit großem Engagement setzt er sich heute mit seinem europaweiten Service für den Informationsdienst über chinesische Augenakupunktur für andere ein. Hahn ging selbst nach Dänemark zur Augenakupunktur und sieht heute das gleißende Sonnenlicht. Seine Frau Erika, die ebenfalls an der Netzhauterkrankung leidet, unterstützt sein Tun. Schon seit Jahren ist Herr Hahn in der Interessengemeinschaft blinder Funkamateure Deutschlands. 2001 war er als Gastreferent an die Medizinische Universität Lübeck geladen, wo er vor zahlreichen Augenärzten einen Vortrag hielt. Alle Augenpatienten haben in ihm einen vertrauensvollen Ansprechpartner.

Damit nicht alles zu wissenschaftlich wird hat unser Kulturkreis „Simon Dach“ danach ein paar lustige Episoden über das „Kranksein“ damals vorgetragen. Nach dem gemeinsamen Singen wurde es wieder ernst. Frau Dr. med. Danuta Langer hielt nun ihren Vortrag. Mit einem Beamer ausgerüstet, zeigte sie uns einige statistische Angaben und Bilder und sprach dazu viel Wissenswertes über das „Alter“. Frau Dr. Langer zeigte uns die vielen Möglichkeiten der modernen Medizin auf. Sie informierte uns über Vorsorgeprogramme, Hilfsmittel, Orthopädietechnik und vieles mehr. Unsere Gesellschaft wird dank der fortschrittlichen Medizin immer älter, aber wir tun noch zu wenig, um alle älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Frau Dr. Langer sagte uns, wie wichtig solche Vereinsbegegnungen sind. Der Verein organisiert Kultur- ,Wander- und Frauengruppen, nicht zu vergessen die Spielenachmittage. Sie sagte: „Jeder möchte alt werden, doch keiner möchte alt sein.“ Das Ziel der modernen Medizin ist gesundes und erfolgreiches Altern mit hoher Lebensqualität.

Das Mitglied Erna Felber sprach danach in ostpreußischer Mundart noch zwei Beiträge. Nach dem gemeinsamen Singen verabschiedeten sich alle gegenseitig in die Sommerpause und wünschten gute Gesundheit bis zum Wiedersehen im September.

Leipzig – Am 3. Juni hatte das DRZ, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der BdV Kreisverband Leipzig zu einem Konzert mit der Familie Wegelin in das „Haus der Demokratie“ eingeladen.

„So wahr die Sonne scheinet“, unter diesem Motto stand Mu-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

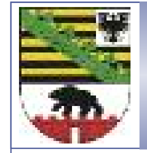
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

sik von Bach, Beethoven, Schubert, Schumann, Sarasate, Tschaikowski und anderen auf dem Programm, dazu Lieder aus verschiedenen Ländern. Nach der Begrüßung durch Herrn Helmund vom DRZ gab Inge Scharrer vom BdV Kreisverband Leipzig eine kurze Einführung und stellte die Familie Wegelin vor, denn alle Musizierenden gehören dieser musikalischen Familie an. Da sind zu nennen: die Eltern Rosa und Peter Wegelin. Rosa Wegelin ist vielen bekannt als verehrte Chorleiterin des BdV-Chores „Lied der Heimat“, Peter Wegelin als Meister auf dem Akkordeon und dem Klavier und als Begleitmusiker des Chores. Dazu gehören die Töchter Margarita Hartok (Klavier und Gesang), Anna Sahiti (Gesang), Sohn Alexander Wegelin (Cello), seine Frau Julia Suslov-Wegelin (Geige), Karina Suslov (Bratsche) und die Enkelkinder Julia und Leon Hartok.

Die sehr zahlreich erschienenen Besucher – der Raum war überfüllt – erlebten ein begeisterndes Konzert von hohem Niveau und man weiß nicht, wen man besonders hervorheben soll. Julia Suslov-Wegelin verzauberte mit ihrer Geige und den Zigeunerweisen von Sarasate, Alexander Wegelin mit der Cello-Sonate von Ligati, ebenso begeisterte das Zusammenspiel aller Instrumentalisten. Das Herz ging einem auf, wenn die 11-jährige Julia und der 8-jährige Leon beim Klavierspiel zeigten, was sie schon können.

Im zweiten Teil erklangen dann die schönen Stimmen von Rosa, Margarita, Anna und der kleinen Julia mit russischen, ukrainischen, jüdischen, deutschen und neapolitanischen Liedern. Die Übersetzung der russischen Liedtexte wurde von Inge Scharrer vorgetragen. Der Beifall wollte kein Ende nehmen, auch Bravorufe waren zu hören. Nicht nur der Raum war von Musik erfüllt, sondern auch die Herzen der Zuhörer. Mit Blumen und kleinen Geschenken bedankten sich viele bei der Familie Wegelin für das wunderbare Konzert, das noch lange nachklang.

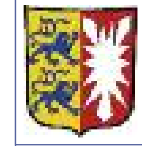
Halle/Saale – Freitag, 6. Juli, 14 Uhr, Reilstraße 54: Treffen der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität. – Weitere Termine erst ab September. Diese werden noch bekannt gegeben.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Dienstag, 26. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Sonntag, 24. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Vertreterversammlung. 1. Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner. 2. Totenehrung durch Jochen Gawehns. 3. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung. 4. Wahl der Mandatsprüfungskommission. 5. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 19. Juni 2011. 6. Bericht des Landesvorsitzenden Edmund Ferner, zugleich in der Funktion des Landeskulturreferenten. 7. Ehrung. 8. Vortrag: Friedrich der Große (Biografische Streiflichter, sein Charakterbild schwankt in der Geschichte). 9. Aussprache zum Vortrag. 10. Bericht der Mandatsprüfungskommission. 11. Satzungsänderung – Diskussion und Abstimmung. 12. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 / Schatzmeisterin Margarete Beyer. 13. Entgegennahme des Kassenprüfungsberichtes / Regina Gronau. 14. Aussprache zu den Berichten. 15. Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin. 16. Genehmigung des Haushaltsplans für das Jahr 2012. 17. Mittagspause. 18. Eine musikalische Zeitreise mit Regina Wunderlich, Operetten-, Musical- und Gospelsängerin. Die Künstlerin wird schöne, unsterbliche Melodien aus Operette, Musical und so weiter zu Gehör bringen. Begleitet wird die Sängerin von Imre Sallay, Dirigent und Pianist. 19. Kaffeepause. 20. Anträge. 21. Verschiedenes. 22. Die Vertreterversammlung schließt mit dem Ostpreußenlied.

Flensburg – Donnerstag, 5. Juli, 17 Uhr, Flensburg-Mürwik, Twedter Holz, Fernmeldebereich 91 (die Kaserne liegt am Ende der Sackgasse): Treffen zum Grillen und Plaudern in netter Runde. Achtung: Gültigen Personalausweis mitführen, weil die Teilnehmer eine militärische Anlage betreten. Die Busse mit den Liniennummern 1,3 und 7 halten an der Haltestelle KBA.

Mölln – Mittwoch, 27. Juni, 17 Uhr, Quellenhof Mölln: Traditionelles Matjesessen der Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes der Ost- und Westpreußen Mölln. Der Preis pro Person beträgt 10 Euro. Vor dem Essen wird Edmund Ferner einen Vortrag über Friedrich den Großen halten. Zu diesem Nachmittag sind auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

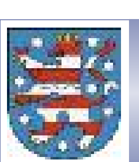
Uetersen – Auf der Monatsversammlung der Uetersener Ost- und Westpreußengruppe am 11. Mai im Haus „Ueterst End“ konnte der Vorsitzende Joachim Rudat neben 34 Mitgliedern und Gästen einen besonderen Besucher begrüßen. Es dürfte einer der letzten Schauspieler aus Ostpreußen sein, der noch in seiner ostpreußischen Mundart in seinen Lesungen die Wärme und Gemütlichkeit seiner geliebten Heimat vermittelt.

Herbert Tennigkeit, am 28. Februar 1937 in Gröspelken im Memelland geboren, kam erst auf Umwegen zur Bühne und fand so seine Theater-Heimat bei der Züricher Schauspieltruppe um Maria Becker und Robert Freitag. Hier erhielt er das Rüstzeug für sein erfolgreiches Schauspielerleben. Früh schon wurde das Fernsehen auf ihn aufmerksam. Bereits 1970 spielte er in dem Film „So zärtlich war Suleyken“. In mehreren Tatort-Folgen war er dabei. In der „Schwarzwald-Klinik“, den „Guldenburgs“ sowie dem „Traumschiff“ wirkte er mit. Den Ostpreußen war er ein Begriff durch seine Mitwirkung bei den Deutschland-Treffen und seinen vielen Lesungen.

Diesmal war er zu den Uetersener Ostpreußen gekommen und las über eine Stunde lang Geschichten, Gedichte und Anekdoten von Siegfried Lenz, Heinrich Eichen, Hermann Sudermann und Alfred Lau. Mit einem Gedicht von Kurt Tucholsky stimmte er die Besucher auf den Muttertag ein:

„Hast uns Stullen jeschnitten un Kaffee jekocht un de Töppe rübajeschoben un jewischt un jenäht un jemacht un jedreht – alles mit deine Hände“ heißt es im Gedicht „Mutters Hände“. Der Vorsitzende Joachim Rudat sprach das aus, was auch die meisten Besucher empfanden. Tennigkeit hatte ihnen wieder die alte Heimat zurückgebracht. Mit starkem Applaus dankten ihm die Anwesenden.

Zum Schluss machte der Vorsitzende noch auf ein von der Uetersener Ostpreußengruppe und dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturguts **geplantes Sommerfest** im Garten des Hauses „Ueterst End“, Kirchenstraße 7, am 21. Juli aufmerksam. Die Veranstalter würden sich über viele Besucher freuen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 30. Juni, 10 bis 16.30 Uhr, Gasthaus „Zur Schenke“, Erfurt-Alach: Thüringenweites Landestreffen der Ostpreußen, gemeinsam mit den schlesischen Landsleuten. Zu dieser Veranstaltung sind alle Landsleute mit ihren Angehörigen und Bekannten herzlich eingeladen.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Einweihungsfeier auf dem Janeller Friedhof in Benkheim. – Den Segen vom örtlichen katholischen Priester Wladyslaw Lada erhielt am 5. Juni der Janeller Friedhof in Benkheim (Banie Mazurskie). Gleichzeitig wurde der Ende 2010 errichtete Gedenkstein in Anwesenheit einiger Gäste und auch örtlicher Bewohner eingeweiht. Eingeleitet wurde die Feierstunde vom evangelischen Pfarrer Krystian Borkowski aus Lötzen. Anschließend segnete der Priester den Friedhof und weihte den Gedenkstein ein und sprach dazu geistliche Worte und ein Gebet. Danach sprachen der Benkheimer Gemeindevorsteher Bogusz Ryszard, der Angerburger Bürgermeister Krzysztof Piwowarczyk und der Verwaltungsdirektor vom Angerburger Spital Tadeusz Ciborski Worte der Versöhnung. Orts- und Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski ging anschließend in seinen Ausführungen auf die Geschichte der früheren Gemeinde Janellen ein, die am 7. August 1600 gegründet und 1928 in das am 16. Juni 1566 gegründete Benkheim eingemeindet wurde. Erwähnt wurde auch, dass die Benkheimer evangelische Kirche 1581 erbaut wurde und als Folge des Zweiten Weltkrieges nur die Außenmauern erhalten blieben. Die heutigen Bewohner haben danach die Kirche wieder aufgebaut, in der jetzt katholischer Gottesdienst stattfindet. Bereits am 23. Oktober 1944, so der Kreisvertreter, waren die Einwohner von Benkheim vor der Roten Armee in den zugewiesenen Aufnahmekreis Heilsberg geflüchtet. Viele Menschen sollten ihre Heimat nicht mehr wiedersehen.

Bei einem ersten Besuch in Angerburg und Benkheim im Jahr 1973 befand sich der Janeller Friedhof in einem verwilderten Zustand. Aber erst in den Jahren nach der Wende im Jahr 2001 konnte mit Zustimmung der örtlichen Behörden der Janeller Friedhof eingezäunt und von Wildwuchs befreit werden. Heute wurde nun der Gedenkstein mit polnischem und deutschem Text eingeweiht.

Am Schluss seiner Ausführungen dankte Kurt-Werner Sadowski der Gemeinde Benkheim, dem Landkreis Goldap (Powiat Gołdap), dem Bürgermeister der Stadt Angerburg Krzysztof Piwowarczyk sowie Tadeusz Ciborski für die gewährte Unterstützung, ohne deren Verständnis und Mitwirkung die Restaurierung des Friedhofes und damit die Einweihung des Gedenksteines nicht möglich gewesen wäre. Der Kreisvertreter vergaß auch nicht Herta Andrulonis von der Deutschen Gesellschaft Mauersee in Angerburg (Wegorzewo) zu danken, die sich vor Ort um alles gekümmert hat, auch wenn es regnete oder schneite und auch heute wieder als Dolmetscherin mitwirkt.

Im Anschluss an die Einweihungsfeier trafen sich auf Einladung der Eheleute Sadowski die erschienenen Gäste zu einem Essen im Mühlenrestaurant in Benkheim, so wie es dort heute Sitte ist.

Mit der Restaurierung dieses alten deutschen Friedhofes wollen wir nicht nur den Toten eine würdevolle Ruhestätte schaffen, sondern auch den Lebenden einen Platz der Erinnerung und Trauer geben. Der Janeller Friedhof in Benkheim ist gut erreichbar und befindet sich unmittelbar an der Straße nach Rogahlen. Gegenüber dem Friedhof befindet sich heute eine neu errichtete Mannschaftsunterkunft der polnischen Grenzschützer. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass die Finanzierung dieses Projektes zur Hauptsache zwei Spendern zu verdanken ist. Aber auch allen übrigen Spendern sei an dieser Stelle für ihre Spenden herzlich gedankt. Ein Friedhof muss aber laufend unterhalten und gepflegt werden und deshalb werden die Leser dieser Zeitung um eine zweckgebundene Spende auf das Konto der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. in Rotenburg (Wümme) bei der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde, BLZ: 241 512 35, Kontonummer: 131 755, Stichwort Friedhof Benkheim, gebeten. Herzlichen Dank für Ihr Verständnis!

BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

60 Jahre Namenspatenschaft Bartenstein. – Am 12. Mai feierte die Heimatkreisgemeinschaft die Gründung der Namenspatenschaft zwischen den Städten Bartenstein/Ostpreußen und Bartenstein/Württemberg im Jahre 1952. In der Mehrzweckhalle in dem Ort in Hohenlohe begrüßten Klemens Izsak, der Bürgermeister von Schrozberg (in das Bartenstein eingemeindet ist) und die Ortsvorsteherin Rosemarie Nauber die erfreulich zahlreich erschienenen ostpreußischen Gäste. In ihren Reden würdigten sie und auch Christian v. d. Groeben, der Vorsitzende der Heimatkreisgemeinschaft, die Bereitschaft des damaligen Bürgermeisters Brauns, eine solche Namenspatenschaft zu tragen.

Der Vorsitzende Christian v. d. Groeben freute sich darüber, dass unerwartet viele Heimatfreunde erschienen waren. Er beklagte aber, dass Heimatliebe, nationale Solidarität und Patriotismus heute als veraltet gelten, und dass die „selbsternannten Hüter der Demokratie“ mit unserer Erinnerung an Ostpreußen nichts mehr anzufangen wissen. Was jenseits von Oder und Neiße jahrhundertelang von Deutschen aufgebaut und bewirtschaftet wurde, sei fremd und werde verdrängt.

Wie vor 60 Jahren sorgten die Gastgeber rührend und großzügig für das Wohl der dankbaren Gäste mit einem guten Mittagessen und Kaffee und Kuchen. Am Grab von Bürgermeister Brauns, dem „Patenonkel“, legten die Gäste ein Blumengesteck nieder.

Am 1953 errichteten Ostkreuz hoch über dem Ort legten der Vorsitzende und Hans-Gerhard Steinke, der 2. Vorsitzende, einen Kranz nieder. Die Anlage war sorgsam hergerichtet, Bänke standen für die Teilnehmer aus Ostpreußen und aus Württemberg bereit. Ein Chor umrahmte die Feier. Die Frau des Pfarrers, Maria-Luise Gruhler, sprach in ihrer Rede vor allem die Vertriebenen als die Überlebenden der Kriegsgeneration an. Sie hatte den Schicksalen der angereisten Bartensteiner aufmerksam und erschüttert zugehört und bewunderte, dass die Vertriebenen trotz aller schlimmen Erfahrungen den Mut, die Hoffnung und den Glauben nicht verloren hatten und fähig waren, ein Lebenswerk aufzubauen. Ihr als Kind des Wirtschaftswunders sei ein Leben in ständiger Bedrohung, Angst und Entbehrung fremd. Ihre Generation sei längst nicht so belastbar, wie es die hier versammelten Vertriebenen waren. Es sei notwendig, dass die Erlebnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden, „dass wir von Ihnen lernen können, dass auch wir in für uns vielleicht schwierigeren Zeiten nicht so schnell aufgeben“.

Als eine Bartensteinerin, die schon vor 60 Jahren an der Gründungsfeier teilgenommen hatte, würdigte Rosemarie Krieger den Beschluss, diese Namenspatenschaft einzugehen, als ein großes Werk und eine Wohltat für die ostpreußischen Bartensteiner. Sie hatten sich inzwischen daran gewöhnt, in ihrer Heimat und in den Teilen Deutschlands, in denen sie schließlich landeten, unwillkommen zu sein. Im Jahr 1952 erlebten sie hier im württembergischen Bartenstein und unter gastfreundlichen Menschen nach langer Zeit, dass man ihnen ein herzliches Willkommen schenkte. Die Gastgeber schöpften damals auch nicht aus dem Vollen, aber sie boten ihren Gästen großzügig und festlich die Möglichkeit, nach der Verstreuung durch die Flucht hier Freunde und Bekannte wiederzusehen. Die Herzlichkeit des ersten Willkommens hat über 60 Jahre hinweg gehalten. So war diese 60-Jahr-Feier ein frohes Fest. Der Dank gilt den Gastgebern in Bartenstein/Württemberg.

Radfahren auf der Kurischen Nehrung

Der nördliche Teil der Kurischen Nehrung und das Memelland gehören zu den schönsten und eigenwilligsten Plätzen Europas. Bis zu 60 Meter hohe Wanderdünen, ein endloser Ostseestrand, Kiefernwald und das frühere Künstlerdorf Nidden sind die Höhepunkte einer geführten Gruppenreise, die die Firma Schneider Reisen vom 30. Juni bis 10. Juli mit Fähranreise der DFDS Seaways ab/bis Kiel durchführen wird. Die Radreise mit 35 Kilometer Tagestouren führt auch ins Memelland, dem vertraumten Landstrich mit Storchennestern und Vogelwarte am Kurischen Haff. Die Reise ist ab 1099 Euro zu buchen. Weitere Informationen bei Schneider Reisen, Hellbrookkamp 29, 22177 Hamburg, Telefon (040) 3802060.

Sommerfreizeit im Ostheim



Vom 2. bis 16. Juli bietet das Ostheim wieder eine Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim – das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen über die Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 3. Juli Heeresmusikkorps im Kurpark, 4. Juli Frauenchor Singfonie im Kurpark, 6. bis 8. Juli Historischer Fürstentreff (im Freizeitpreis inklusive), ab 12. Juli beginnen wieder die Vorstellungen der Pyrmonter Theater Companie auf der Schlossinsel, die in diesem Jahr das Stück „Der Glücksritter“ von Lope de Vega zeigt, vom 13. bis 15. Juli findet das Oldtimertreffen der 19. ADAC-Niedersachsen-Classics im Kurpark statt und am 13. Juli gastieren „Luis Diaz y los 5 del son“ aus Kuba mit karibischen Rhythmen im Schlosshof. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 18. Juni), diese bitte nur schriftlich, richten an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Spenden für die Heimat

»Lötzen früher« – Dauerausstellung in der Feste Boyen

Seit etwa neun Jahren besteht seitens der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, unter dem Vorsitzenden Peter Pott der Kontakt zur Bürgermeisterin Jolanta Piotrowska der Stadt Lötzen [Gizycko]. Mittlerweile ist eine feste Freundschaft auf der Ebene der Landsmannschaft zwischen Lötzen und Neuss entstanden.

Im November 2007 wurde auf Initiative von Peter Pott in Neuss der Gemeinschaftswald der Landsmannschaften mit 6000 Bäumen angepflanzt. Zu dieser ersten Baumpflanzung kam Frau Piotrowska mit einer Delegation nach Neuss und brachte zwei Eichen aus Masuren zur Anpflanzung mit. Im WDR-Fernsehen wurde darüber berichtet und in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Bei jedem Besuch der Eheleute Henrica und Peter Pott in Lötzen steht ein Freundschaftsbesuch bei der Bürgermeisterin auf dem Programm.

Viele Sach- und Geldspenden wurden nach Lötzen gebracht und auch 25 elektrisch verstellbare Krankenhausbetten.

Von seinem Bruder erhielt Peter Pott zwölf kleine Bilder mit Motiven „Lötzen früher“. Zur 400-Jahr-Feier war das ein Anlass der Eheleute Pott und der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, der Stadt Lötzen ein Geschenk zu machen. Die Bilder wurden im Format 13 mal 18 vergrößert, eingerahmt und in Deutsch und Polnisch beschriftet. Zwölf Leerrahmen wurden mitgeschickt, damit die Stellen der alten Bilder heute neu fotografiert werden können. Bürgermeisterin Piotrowska schrieb nach dem Erhalt der Bilder, dass die Stadt Lötzen sich bedankt und diese als Dauerausstellung in das Museum der Feste Boyen kommen. Ein Raum wurde dafür hergerichtet. Am 25. Mai konnte dann auch Peter Pott, neben der Ausstellung der Kreisgemeinschaft Lötzen/Neumünster unter den zirka 90 geladenen Gästen diese Ausstellung aus Neuss über „Lötzen früher und heute“ unter dem Beifall der Besucher eröffnen.

Die jetzigen Bilder wurden von Schülern aus verschiedenen Schulen fotografiert und mit Datum und Namen der Schüler versehen. Außerdem soll noch eine Hinweistafel in den Raum dieser Ausstellung kommen, dass diese Bilder von der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, und dem Ehepaar Henrica und Peter Pott gestiftet worden sind.

Im August 2012 veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, eine Busreise nach Ostpreußen und nach Lötzen. Die Reisegäste haben dann die Möglichkeit, diese von Neuss kommende Ausstellung zu besichtigen. Die Landsmannschaft wird auch in Zukunft Spenden für soziale Zwecke nach Lötzen bringen und das sehr gute Verhältnis weiter pflegen.

Peter Pott

Zank vor dem Kind

Nimm die Menschen, wie sie sind – es gibt keine anderen

Herrlichster Sommer, der Himmel eine zartblaue Fläche mit leuchtend weißen, langsam dahinschwimmenden Wattetupfen, ein Wetter, um die Eltern zu treffen. So dachte mein Sohn wohl und packte seine kleine Familie ins Auto, um uns mit einem Besuch zu beglücken.

Eine Stunde später saßen wir zusammen in unserem grünen Reich, tranken nachträglich den Geburtstagssekt aus und unterhielten uns. Nikolai, der Neunjährige, schaukelte selbstvergessen bis in den Himmel, bekam aber alles mit, was wir redeten, leider auch unseren Streit, den Wortwechsel zwischen Mutter und Sohn. Wie immer ging es um Kleinigkeiten. Als es mir zu viel wurde, lief ich ins Haus, setzte mich an meinen Computer und hämmerte irgendwelchen Unsinn auf die Tasten. Das sah ganz nach einer Flucht aus, oh weh!

Mein Enkel Niko kam mir bald nach. Traurig sah er mich an. „Oma, warum zankt ihr euch?“ Ich nahm ihn kurz in den Arm. „Du hast Recht, Kleiner, wir Großen sind manchmal ziemlich dumm. Ich komme jetzt wieder in den Garten!“ „Ehrlich?“ Er stob davon. Nach ein paar Minuten überwand ich mich und setzte mich wieder zu meiner Familie.

Und da wir Menschen unbelehrbar sind, begann unser Streit erneut. Ein Wort gab das andere. Mir standen schon die Tränen gefährlich hoch im Hals. Da stellte sich der Junge – die Hände in die Seiten gestützt – mit drohendem Blick zwischen uns auf, blitzte seinen Vater an und forderte:

„Papa, jetzt entschuldigst du dich bei der Oma und dann ist's gut, okay!“ Unser Sohn stutzte. Sich entschuldigen? Auch noch bei der Mutter? Die war doch immer schnell wieder gut. Seine Gedanken standen ihm auf der Stirn geschrieben. Ich sah in die entsetzten Augen meines Enkels, sprang auf und sagte: „Nun, wenn dein Papa das nicht kann, mache ich es eben!“

Da stand auch er auf, der große Junge, wir gingen aufeinander zu und umarmten uns. Ich umarmte dann auch den kleinen Friedensengel. „Siehst du, Schatz, nun vertragen wir uns wieder!“

Er atmete auf, nickte und ging wieder zur Schaukel. Beim Hin- und Herschwingen sang er vor sich hin, und ich dachte: „Wenn doch auch bei uns Erwachsenen alles so schnell wieder gut wäre!“ Aber liegt es nicht doch meist bei uns selbst, in Frieden mit den anderen zu leben? Neulich las ich einen wunderbaren Spruch; er stammt vom ‚alten Adenauer‘ und lautet: „Nimm die Menschen, wie sie sind; es gibt keine anderen!“

Beim Abschied bekam ich einen dicken Kuss von meinem kleinen Enkel, und auch einen von meinem Sohn. Ich lächelte. Na bitte, geht doch!

Gabriele Lins

Schöpferische Möglichkeiten ohne Ende

Das Kleingedruckte übersehen: Vom Kreta-Urlaub enttäuscht zurück – Die Kinderzeit war »all-inclusive«

Na, der Heimkehrer sieht nicht gerade begeistert aus. Hat es ihnen auf Kreta denn nicht gefallen? Kreta, dachte sie immer, wäre die Insel der Seligen, Wein und sonnengereifte Tomaten, wo die Kultur zu Hause war, das Meer und überhaupt. Und die Schlucht? Habt ihr die berühmte Schlucht auch gemacht? Nichts davon. Statt wie im Katalog versprochen, kein Meerblick, sondern seitwärts auf den nicht gerade sehr einladenden Pool. „Und“, sagt Luka, „Mama hatte das Kleingedruckte im Katalog nicht gelesen und dachte, es sei all-inclusive. Auch die Ausflüge sollten extra bezahlt werden.“ Na sowas. Und ganz empört setzt er hinzu: „Überhaupt keine Animation gab es.“

Das muss das Schlimmste für ihn gewesen sein. So hört es sich jedenfalls an. Übermorgen fängt die Schule wieder an, und auch seine Eltern müssen wieder arbeiten, um den nächsten Reinfall finanzieren zu können. „Wenn ihr wollt, könnt ihr morgen bei mir essen. Sag das deinen Eltern. Kommt nicht zu spät und bleibt nicht zu lange“, ruft sie ihm noch nach, als er sich schon aufs Rad schwingt.

Kartoffelflinsen wird sie machen. Die Kartoffeln sind in diesem Jahr herrlich. Vielleicht ein bisschen zu groß, deshalb eben Flinsen. Dazu Apfelmus. Der Wind hat großzügig Früchte vom Baum gerüttelt. Wie alt der schon ist. Schon vor Jahren wollten sie ihn umhauen, weil er irgendwie nicht ganz in Ordnung schien. Vielleicht aus Dankbarkeit trägt er jedes Jahr neue Frucht. Sie weiß nicht einmal, was das für eine Sorte ist. Jedenfalls ist kein anderer Apfel für Kompott oder Mus so geeignet wie er, meint sie. Sie freut sich schon auf die Bewirtung.

Luka hat sie aufgehalten. Nun aber erst zum See, zu ihrem Privatbadestrand. Kaum zehn Minuten mit dem Rad sind es bis dahin. Meistens ist sie allein, höchstens sitzt mal ein Angler am Ufer, einige Haubentaucher und Enten teilen mit ihr den See. Gestern war auf der großen Wiese nebenan ein Storchenpaar gelandet. Kaum zu glauben, fast wie zu Hause, musste sie denken. Überhaupt kam ihr während des Schwimmens der heimatliche Banktinsee in den Sinn, im Geist hörte sie den Lärm von der Badeanstalt, hatte plötzlich den Geruch der nassen Bretter im Sonnenlicht vor den Umkleidekabinen in der Nase. Auf dem See Kantor Brehm mit seinem ungeheuren Bauch auf dem Rücken treibend. Der solle ihn tragen, meinten die großen Kinder. Ob das stimme, fragte sie sich damals.

Man konnte aber den Eintritt ins Bad sparen und sich dafür ein Eis bei Urban leisten, wenn man zum Flöt ging, eigentlich Omet, aber sie nannte ihn für sich Flöt. Vielleicht weil die Kinder von dort das Entenflot holen gingen, links am Friedhof vorbei und die Wiesen runter bis zum Weidengebüsch. Im Drahtkorb, damit das Wasser abfließen konnte. Wie sich das Geflügel später darauf stürzte!

Das Allerschönste war für sie damals die freie Zeit der Ferien. Hoffentlich würden sie nie enden! Ohne Animation kamen die Kinder damals glänzend durch die Tage. Sie wussten gar nicht, was sie zuerst beginnen sollten: in den Wald nach Beeren gehen, nach Kinderhof oder in den Stadtwald. „Wir fahren nach Jerusalem“ spielen. Ach, Möglichkeiten ohne Ende. Kinderzeit, die ihr oft beim Schwimmen in den Sinn kommt: eine Zeit, die, aus heutiger Sicht betrachtet, für sie ganz groß gedruckt „all-inclusive“ bedeutet hatte.

Christel Bethke

Fluss zur Rhone – Fernsehsendung, Dokumentation – Kochgefäß für Wasser – zu etwas anstiften – eine Empfehlung geben – Sünden bekennen – Hauserrichtungsabschnitt – kleines Lasttier – Stadt in Südwestengland – eine Mahlzeit – Opernsologesang – englische Prinzessin – Kindertagesstätte (Kzw.) – Liniennetz, Gitternetz

Salz-, Pfeffergefäß – Hülsenfrucht – Inhaber eines Geldinstituts

Rundfunkgerät – äußerlich; auswärtig – Tiermund – österr. Lyriker (Nikolaus)

Violine – süße Suppe – zu keiner Zeit

Irland in der Landessprache – Klavierteil; Druckhebel – Uferstreifen zum Baden – Steigen und Fallen des Wassers – Vernunft, Einsicht – Heimat des Odysseus

franz. Schriftsteller (Jules) – Karteikartenkennzeichen – bestehen, existieren – Abfall, Kehricht – Gemahlin Lohengrins – verfallenes Bauwerk

Stadt an der Memel (dt. Name) – Aufsässiger, Verschwörer – Opfertisch

Teil der Hand – Tochter des letzten Zaren – Bruder des Moses – offener Güterwagen – sich täuschen – eindringlich

Ruderkriegsschiff – untere Rückenpartie – Zeichen für Pferdestärke – engl. Adelstitel: Graf – enthaltsame Lebensweise

europäisches Gebirge – intuitiv erfassen – Feingewicht für Edelmetalle – schwerer Sturm

Bund, Zusammenschluss – Ruhelosigkeit

Arterie – Rede-, Schreibstil – eine Baltin – franz. Stadt in der Normandie – blutstillendes Mittel – Baumwollstoff

veraltet: Adliger – streiten; schimpfen

im Jahre (lateinisch) – früherer türkischer Titel – Stacheltier – höchste Spielkarte

Gewürz-, Heilpflanze – süddeutsch: Lohn, Gehalt – Vater und Mutter – Form des Sauerstoffs – Kloster

enge Holztreppe – Fechtwaffe – Stockwerk – Stinktier – Märchen-, Sagengestalt

Zeugnisnote – Rauchfang, Schornstein

größte d. Shetlandinseln – Träger einer Erbanlage – spanisch: Los!, Auf!, Hurra! – Tier oder Pflanze a. fernen Ländern – Beingelenk

Ausruf der Verwunderung – persönliches Fürwort

eine der Ostfriesischen Inseln – Bargewinn – Behagen, Vergnügen

lange, schmale Vertiefung – Sinnesorgan – Futterpflanze

PAZ12_25

So ist's richtig:

I T V B E A A K
STREUER ERBSE BANKIER
GEIGE RADIO EXTERN T A
RE KALTSCHALE NIEMALS
VERNE EE HB TIDE A ET
F SEIN TASTE B RUINE
TILSIT MEUTERER ALTAR
GALEERE UN R LORE HU
BM LENDE ANASTASIA I
ALPEN AA ORKAN
PULSADER UNRAST
M R ROUEN E KE
EDELMANN ZANKEN
ANIS H IGEL ASS
KT ANNO ABTEI
STIEGE NO U T V
MAINLAND ZENSUR
LO T EXOT KNIE
LANGEOOG NANU ES
E ERLOES GENUSS
RINNE NASE KLEE

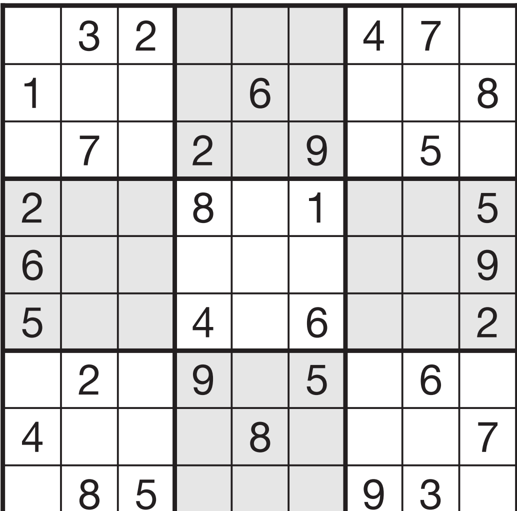
Diagonalrätsel: 1. Pfropf, 2. Pfeile, 3. Kreole, 4. Kreide, 5. straff, 6. Ekarté – Pfeife, Floete

Kreiskette: 1. angeln, 2. Gelage, 3. Balsam, 4. Macher, 5. Hermes – Angelsachse

Sudoku:

9	3	2	5	1	8	4	7	6
1	5	4	3	6	7	2	9	8
8	7	6	2	4	9	1	5	3
2	9	7	8	3	1	6	4	5
6	4	8	7	5	2	3	1	9
5	1	3	4	9	6	7	8	2
3	2	1	9	7	5	8	6	4
4	6	9	1	8	3	5	2	7
7	8	5	6	2	4	9	3	1

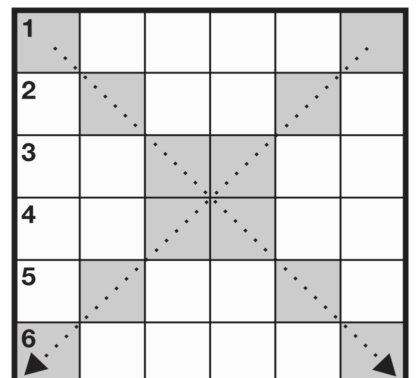
Sudoku



	3	2				4	7	
1				6				8
	7		2		9		5	
2			8		1			5
6								9
5			4		6			2
	2		9		5		6	
4				8				7
	8	5				9	3	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



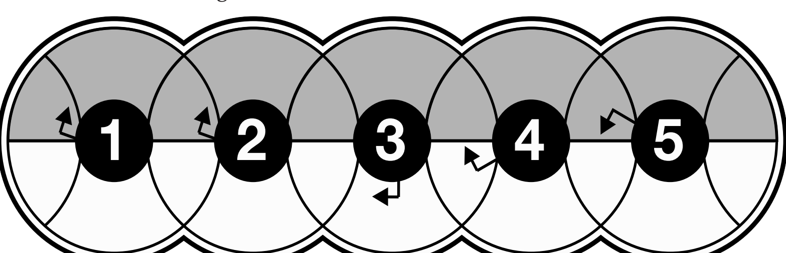
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Blasinstrumente.

1 Stöpsel, Zapfen
2 Bogengeschosse
3 Lateinamerikaner
4 Kalkstein, Schreibstift
5 gespannt, stramm
6 französisches Kartenspiel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Person englischer Abstammung.

1 Fische fangen, **2** ausgedehntes Gastmahl, **3** aromatisches Harz, **4** Handelnder, Ausführender, **5** griechischer Götterbote



Einer Frau verfallen und einen Mord begangen

Eine Allensteiner Offizierstragödie als Stoff eines großartigen Romans – »Der Exot« erstmals veröffentlicht

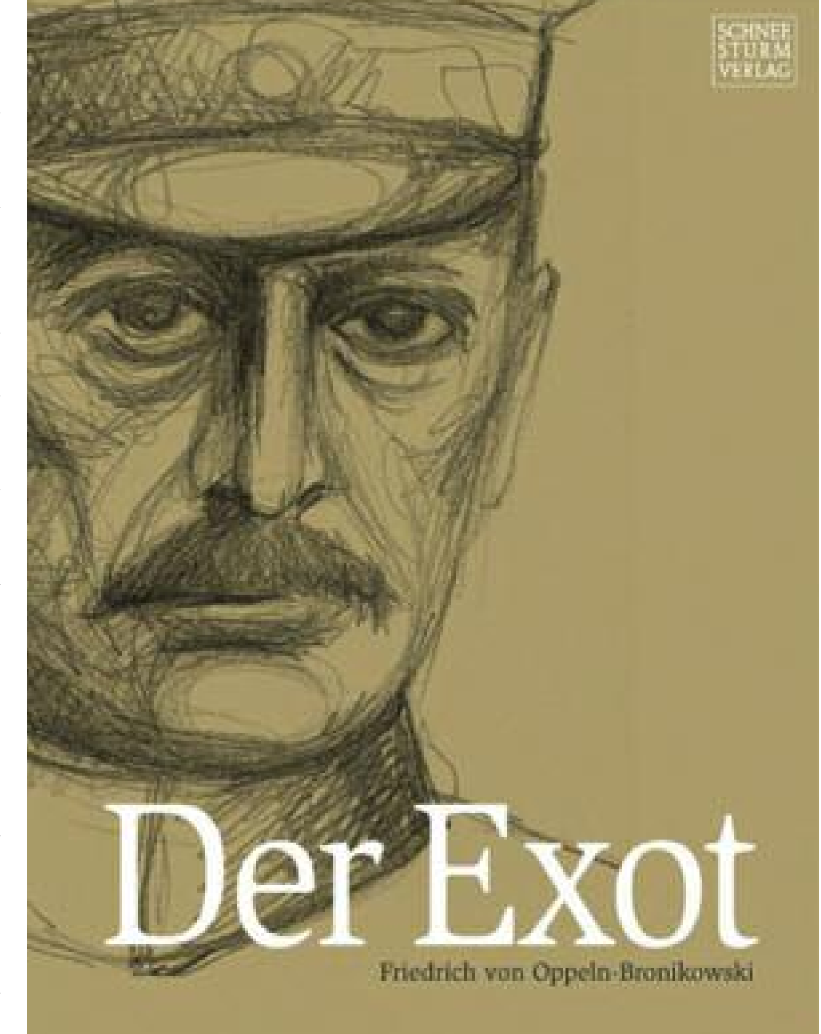
Gegen Ende des Jahres 1907 geisterten Berichte über ein Verbrechen durch die deutsche Presse, das bis dahin für undenkbar galt: ein Mord im Offizierskorps, begangen in Allenstein, wo neben Königsberg und Insterburg die größte Garnison Ostpreußens stationiert war – der Nähe zur russischen Grenze wegen. Frühmorgens am 26. Dezember 1907 hatte der Hauptmann Hugo von Goeben vom Masurischen Feldartillerie-Regiment Nr. 7 den Major August von Schoenebeck erschossen, der dem Ostpreußischen Dragonerregiment Nr. 10 angehörte. Der Täter beging am 2. März 1908 in seiner Zelle Selbstmord. Erst nach einer ungewöhnlich langen Voruntersuchung wurde am 6. Juni 1910 die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht Allenstein gegen die Frau des Ermordeten, Antonie von Schönebeck, wegen Anstiftung oder Beihilfe zur Tat eröffnet. Das Verfahren zog sich in die Länge. Es wurde am 22. Verhandlungstag wegen Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten vorläufig eingestellt und später nicht mehr aufgenommen.

Das „Allensteiner Justizdrama“ sorgte für großes Aufsehen. Selbst im Preußischen Abgeordnetenhaus kamen in diesem Zusammenhang Fragen wie die Gleichbehandlung vor Gericht ohne Rücksicht auf den Stand der Betroffenen zur Sprache. Auch erkannte man die Notwendigkeit gesetzlicher Bestimmungen bezüglich einer Strafminderung bei verringerter Zurechnungsfähigkeit.

August von Schoenebeck, geboren 1860 in München, hatte 1897 die 17 Jahre jüngere, in Görlitz geborene Antonie geb. Lüders geheiratet, die Tochter eines vermögenden Wagonfabrikbesitzers und Patentanwalts. Die Ehe verlief unglücklich aufgrund der unterschiedlichen Veranlagung beider Partner. Antonie von Schoenebeck war Hysterikerin, lebenslustig und allem Anschein nach nymphoman. Wegen der beiden gemeinsamen Kinder duldete ihr Gatte stillschweigend ihren ausschweifenden Lebensstil. Eine Scheidung kam für ihn als Katholik ohnehin nicht in Frage. Ablenkung suchte er auf der Jagd, beim Karten- und Billardspiel und dem Rauchen im Kasino.

Die Tatverdächtige war mit Liebhabern aus den niederen Offiziersrängen zugange

In den Gerichtsverhandlungen stellte sich heraus, dass die Tatverdächtige sich jahrelang Liebhabern aus den niederen Offiziersrängen zugewandt hatte, bevor sie ihr Netz über den Ende 1906 nach Allenstein abkommandierten, fast 37 Jahre alten Hauptmann Hugo von Goeben auswarf. Dieser hatte eine erstaunliche Laufbahn hinter sich. Als Oberleutnant hatte er 1899 seinen Abschied genommen, um auf Seiten der Buren im Südafrikanischen Krieg mitzukämpfen. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er eine Broschüre, wurde in den Generalstab berufen und zum Hauptmann befördert, ohne die Kriegsakademie besucht zu haben.



Macht neugierig auf die Lektüre: Der Bucheinband Bild: Archiv

Die Frage, über die viel diskutiert wurde, lautete: Wie hatte ein Offizier mit Aussicht auf eine glänzende Karriere dieser Frau, über die viel Übles getuschelt wurde, derart verfallen können, dass er gemeinsam mit ihr den Mord an ihrem Ehemann plante und schließlich auch ausführte?

Einer Antwort kann man sich nur literarisch nähern. Ende der 20er Jahre verwandte der renommierte Schriftsteller, Übersetzer und Herausgeber Friedrich von Oppeln-Bronikowski (1873–1936) die Allensteiner Offizierstragödie als Stoff für einen mitreißenden Roman, dem er den Titel „Der Exot“ gab. „Exot“ war seinerzeit in militärischen Kreisen die Bezeichnung für einen Haudegen mit Kampferfahrung. Der Roman blieb unveröffentlicht, möglicherweise weil in den letzten Jahren der Weimarer Republik kein Verleger die Courage hatte, ein Buch über das verpönte Thema herauszubringen. Der Manuskripttext aus dem Nachlass des Autors ist nun erstmals veröffentlicht.

Der Verfasser, ein konservativer Humanist, war als ehemaliger Kavallerieoffizier ein intimer Kenner der Verhältnisse. Wegen eines Reitunfalls mit bleibenden Folgeschäden hatte er 1896 seinen Abschied nehmen müssen. Er wechselte ins schöngeistige Fach und studierte Philosophie, Romanistik und Archäologie. Als freier Schriftsteller lebte Friedrich Oppeln-Bronikowski anschließend in Italien, der Schweiz und seit 1905 in Berlin. In erster Linie befasste er sich mit der preußischen und europäischen Geschichte. Seine eigenen Novellen und Romane behandeln überwiegend das Militärleben. Im Ersten Weltkrieg diente er im Generalstab und war bis 1923 im Auswärtigen Amt beschäftigt, um sich danach wieder seiner schriftstellerischen Tätigkeit zuzuwenden. Als einer von wenigen namhaften Autoren engagierte er sich entschieden gegen die Entfaltung des Antisemitismus in der Weimarer Republik. Infolgedessen wurde er aus der DNVP ausgeschlossen. Bekannt ist er bis heute als Übersetzer mehrerer Werke Friedrichs des Großen ins Deutsche und als deren Herausgeber. Außerdem übersetzte er französische und belgische Literatur und gab die Werke Maurice Maeterlinks heraus. 1926 erhielt Friedrich von Oppeln-Bronikowski den Titel „Dr. phil. h.c.“.



Konservativer Humanist: Friedrich von Oppeln-Bronikowski im Jahre 1926 Bild: Archiv

Der Autor engagierte sich gegen den Antisemitismus

Sein Roman „Der Exot“ lässt auf den Autor als einen feinsinnigen Menschenkenner schließen. Die Hauptfiguren sind Akteure einer Gesellschaft im Umbruch, in der Individualität zunehmend über Konformität gestellt wird. Eine besondere Stärke des Romans sind die klug inszenierten Dialoge. Im Hintergrund vervollständigt sich nach und nach das Bild von der ostpreußischen Stadt, die im Roman Kuhren heißt. Der Autor selbst hatte sich intensiv mit Nietzsche befasst. Frau von Burgess, die Majorsgattin, leiht ihrem zaudernden Geliebten Hauptmann von Verden, den seine Kameraden „Exot“ nennen, eine Ausgabe von Nietzsches Sophismen, um ihn zur Ausführung des Mordes an ihrem Gatten anzuspornen. Von Verden, ein triebgesteuerter Mensch mit einer schweren narzisstischen Störung – wie man heute urteilen würde –, fühlt sich weder Traditionen noch Werten verpflichtet und ist daher manipulierbar. Frühmorgens am 26. Dezember 1907 stellt er sich Major von Burgess auf der Treppe seines Hauses entgegen und erschießt ihn kaltblütig.

Dagmar Jestrzemski

Friedrich-Wilhelm von Oppeln-Bronikowski: „Der Exot“, Schneesturm-Verlag, Itzehoe 2012, fester Einband, 505 Seiten, 28 Euro.

Die Balance im Leben wiederfinden

Kloster auf Zeit gegen die Plagen der Moderne: Statt Hektik ein heilsamer Rhythmus aus Arbeit und Gebet

Klöster vermelden in letzter Zeit großen Zulauf für ein Angebot, das lange Zeit als antiquiert galt. Die Angebote heißen „Oase“, „Exerzitien“ oder „Tage der Stille“ und werden bei gestressten Großstädtern, Angestellten und Managern immer beliebter. Wo die Seele leer geworden ist, hilft oftmals die Ordnung des Klosterlebens, eine neue Lebensbalance wieder zu finden.

Was sind die Plagen der Moderne? Im Arbeitsleben steigt der Druck scheinbar unaufhörlich, immer weniger Mitarbeiter sollen immer anspruchsvollere Tätigkeiten ausüben. Auch im Familienleben machen sich Hektik und negativer Stress bemerkbar, weil die Familienmutter Geld verdienen, den Haushalt versorgen und die Kinder erziehen soll. Doch wer dauerhaft „Gas gibt“, hat bald alle Energie verbraucht; oft genug macht die Seele schlapp.

Ist die Seele erst einmal ausgebrannt („Burn-out“), hilft meist nur noch ein mehrmonatiger, therapeutischer Klinikaufenthalt. Wer dagegen rechtzeitig die Gefahr einer erschöpften Seele erkennt, braucht es dahin nicht kommen zu lassen. Eine Möglichkeit dazu sind Angebote in Klöstern, die dem Burn-out vorbeugen wollen. Seit Jahren bietet etwa das Benediktinerkloster Plankstetten, oberhalb des Main-Donau-Kanals in Bayern gelegen, ausgelaugten Menschen eine Auszeit an. Jeden Monat versammeln sich hier ein bis zwei Dutzend Menschen aller Berufsgruppen. Die Menschen nehmen am klösterlichen Leben wie ein Mönch, aber nur „auf Zeit“ teil; sie fügen sich in zunächst ungewohnte Stille und Ordnung ein.

Die Mönche des Benediktinerordens gelten gemeinhin als Meister der Lebensbalance. Vor 1500 Jahren erfand der heilige Benedikt von Nursia mit seiner berühmten Formel von „Ora et labora“, von Gebet und Arbeit, eine als genial geltende Lebensregel. Keine andere Ordnung des menschlichen Zusammenlebens hat sich als so beständig und erfolgreich erwiesen wie die der Benediktiner. Der Rhythmus von Arbeit, Besinnung, Gebet, Essen und Schlaf ist so





Ungewohnte Stille und Ordnung: Benediktinermönche beim Gebet Bild: pa

ausgewogen, dass die Mönche in der Regel ein außerordentlich hohes Lebensalter erreichen. In diese Lebensweise klinken sich die Gäste ein.

Der Tag ist eingeteilt durch vier bis sechs Gebetszeiten, von morgens um fünf bis abends um

> Das »Ora et labora« der Benediktiner gibt Beständigkeit

neun Uhr. Die Mahlzeiten im „Refektorium“ werden schweigend eingenommen, während ein Mönch aus einem Buch oder der Lebensregel des Ordensgründers vorliest. Einige Stunden körperlicher Arbeit gehören ebenfalls zum Tagesablauf. Es ist die Mischung dieser Elemente, die zur Linderung vieler Symptome eines unausgeglichenen Lebens führt.

Das Kloster in Plankstetten ist landesweit bekannt für seine „grüne Landwirtschaft“. Mehrfach wurde Produkte aus den Betrieben der Bio-Abtei prämiert, wo beispielsweise Brot und Bier hergestellt wird. Wenn die Gäste einige Stunden auf den Feldern oder in den Ställen mitgearbeitet haben, verstehen sie schnell, warum das Essen so gut schmeckt. Die Gebetszeiten nach dem strengen Brauch des benediktinischen Stundengebetes sind für viele der Teilnehmer zunächst ungewohnt. Auch wer katholisch getauft und gefirmt worden ist, ist oft genug nicht geübt in dieser Spiritualität. Doch nach einiger Zeit gewöhnen sich die Gäste an den Tagesrhythmus von Matutin, Laudes, Mittagshore, Non, Vesper und Complet, wie die lateinischen Bezeichnungen für die Tagzeitengebete lauten. Die alten gregorianischen Gesänge der

> Den vernachlässigten Gottesglauben wieder beleben

Psalmen wirken anfangs fremd, doch auf die Dauer wird die Seele dabei ruhig. Der Verstand muss nicht immer eingeschaltet sein, damit Körper und Seele wieder zueinander finden.

Anstöße erhalten die Teilnehmer auch in kleinen Gesprächskreisen. Unter Anleitung eines seelsorgerlichen Begleiters können Probleme behutsam angesprochen werden. Keiner wird gezwungen sich zu äußern. Manche Teilnehmer hören einfach nur zu und denken dabei über ihr Leben nach.

Auch ausgedehnte Spaziergänge helfen dabei, über den Sinn und Unsinn des eigenen Daseins zu reflektieren. Dabei reifen bei den Teilnehmern teilweise wichtige Entschlüsse. Die einen finden den Mut, die eigene Arbeitsstelle endlich zu kündigen, die anderen entschließen sich, nicht mehr „immer 100 Prozent“ geben zu wollen. Viele Selbstständige und Freiberufler stehen in dieser Gefahr. Für sie ist es ein großer Schritt, mit nur noch 60 oder 70 Prozent der eigenen Arbeitsleistung auch innerlich zufrieden zu sein, die eigenen materiellen Ansprüche daher zurückzuschrauben.

Die Kursangebote zur Burnout-Prävention haben sich in ganz Deutschland zu einem Renner entwickelt. Viele Klöster und Seminarhäuser sind auf diesen Zug der Zeit aufgesprungen. In Plankstetten werden jährlich rund 1000 Gäste zu den verschiedenen Angeboten der „inneren Einkehr“ empfangen.

Der Abt des Klosters, Beda Maria Sonnenberg, erklärt den Erfolg mit einfachen Worten: „Die Stabilität, die viele verzweifelt suchen, ist hier wie von selbst vorhanden.“ In der Hektik der Welt würden viele Menschen ihre Wurzeln, ihren Bezug zu Gott, verlieren oder vergessen. Der Gottesglaube sei zwar bei vielen nicht verloren gegangen, aber vernachlässigt worden. Im langsamen Rhythmus des Klosterlebens gelinge es, die christliche Spiritualität wieder neu zu entdecken und so zu einem neuen Gleichgewicht der Emotionen zu finden. *Hinrich E. Bues*

Sehnsucht nach Ferien vom Zeitgeschehen

Das »Landlust«-Magazin sprengt alle Rekorde – Harmonie statt Politik

Man sollte zwar nicht jedem Trend hinterher laufen, doch man sollte sie im Blick haben, schließlich verraten Trends auch viel über die Zeit, in der man lebt. Allerdings hat selbst der „Spiegel“ erst nach der „FAZ“ erkannt, die wiederum nach der „Süddeutschen Zeitung“ erfasste, dass sich in der Medienbranche etwas bewegt. Und zwar ist dieses Etwas in Zeiten sinkender Auflagenzahlen auch aufgrund der Konkurrenz aus dem Internet für politische Zeitungen und Zeitschriften mindestens genauso unerfreulich: Die wachsende Sehnsucht der Menschen nach dem absolut Unpolitischen! So jedenfalls erklären sich die großen Medien den Erfolg des Magazins „Landlust“, das Ende des ersten Quartals vermeldete, dass es erstmals mehr als eine Million Magazine verkauft hatte.

> Ob erdig-gedämpft, ob farbenfroh – immer mit Weichzeichner

Angesichts des Umstandes, dass sich der „Focus“ schon freut, wenn er etwas über 500 000 Exemplare wöchentlich verkauft, der „Spiegel“ laut Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) in der ersten Nummer 2012 auf 933 394 verkauften Ausgaben kam und selbst ein buntes Promi-Blatt wie die „Gala“ im ersten Quartal nur auf durchschnittlich 310 000 Ausgaben pro Woche kam, dann sollte man sich zumindest genauer anschauen, was da die eine Million-Marke geknackt hat. Denn auch wenn man bei den Auflagenzahlen der wöchentlich erscheinenden Magazine berücksichtigt, dass „Landlust“ einmal im Monat rauskommt, so relativiert sich diese Einschränkung schon wieder beim Blick auf die Verkaufszahlen des renommierten Monatsmagazins „Geo“, das im Schnitt auch nur auf 300 000 verkaufte Exemplare kommt.

Was also ist das besondere an „Landlust“? Ein Blick auf die Zeitschriften am Kiosk jedenfalls bleibt die Antwort schuldig, denn dort findet man neben „Landlust“ schier unzählige andere Zeitschriften mit ähnlicher Aufmachung und vor allem ähnlichen Titel: „Heimat“ heißt zum Beispiel die Konkurrenz aus dem Hause Springer, die 2010 an den Start ging. Dann gibt es „Mein schönes Land“, „Landleben“, „Landgenuss“, „Landidee“, „Landliebe“ und viele mehr. Doch obwohl sie doch so ähnlich anmuten, erreichen sie alle jeweils nur Auflagen von mehreren zehntausend Exemplaren.

Aber selbst nach intensiver Lektüre von zwei Ausgaben „Landlust“, einer „Heimat“ und einer „Landgenuss“ ist das Rätsel immer noch nicht gelöst, denn alle diese Zeitungen sind unpolitisch. Überall dominieren schöne Naturaufnahmen, gibt es Reportagen über gärtnerisch und handwerklich aktive Menschen. Alles ist farbenfroh, beruhigend, fernab von Euro-Krise und Betreuungsgeld-Debatte. Selbst erneuerbare Energien und Umweltschutz spielen keine Rolle. Es geht ums Ursprüngliche, um Großmutters Backrezepte, um Sirup aus Fliedern und eingezuckerte Rosen als Tortendeko. Überall Harmonie, überall fast schon Weltabgeschiedenheit – die seinerzeitige „Grüne Post“ des Richard Katz aus dem Ullstein-Verlag lässt grüßen.

Die Werbeagentur Kolle & Rebbe, die laut „Spiegel“ die „Landlust“ als Werbeträger analysiert hat, rubriziert dieses unter „Zeitgeistmagazin“. Merken die Leser, dass hinter „Landlust“ kein großer Verlag wie bei den Konkurrenzblättern steht und daher authentischer wirkt? Seit 2005 verlegt der Landwirtschaftsverlag in Münster das Magazin. 420 Mitarbeiter, die hauptsächlich Blätter wie „Milchrind“, „Reiter Revue“ und „Top agrar“ produzieren, beschäftigt der Verlag. Doch erklärt eine größere Authentizität eine Auflage von einer Million Exemplaren im Monat? Wohl kaum! Und so schön idyllisch „Landlust“ auch ist, so vermittelt es doch eine Welt, die es so nicht gibt, ähnlich wie die lieblich-süßen Heimatfilme in der Nachkriegszeit. Doch sind wir schon wieder so weit? *Rebecca Bellano*



Ein Quartett von Heiterkeit: „Landlust“ und seine Konkurrenz Bild: R. Bellano

Fußballfarbigkeit

Schon zweimal hat die Uefa die Fußball-Europameisterschaft an zwei Staaten vergeben – Belgien-Niederlande 2000, Österreich-Schweiz 2008 –, aber bei der aktuellen EM in Polen und der Ukraine – an diesem Sonnabend wird in Donezk gekickt – dürften Europas-Fußballherrscher unter Michel Platini ein paar Hintergedanken gehabt haben.

Wollten sie Gemeinsamkeiten der „Hausherren“ herausstellen? Die sind Nachbarn, Westslawen, ihre Nationalsprachen sind eng verwandt, die Zahl der Bürger fast identisch (je rund 40 Millionen), zudem historische Phasen ethnischer Koexistenz, für die das bei der EM glücklose Polen 1918/19 einen Kampf um den Besitz des vordem habsburgischen Ostgaliziens siegreich bestritt und sein Staatsgebiet um ein Drittel bis zum Grenzfluss Zbrucz ausweitete. 1939 und

> Wo der Osten den Westen trifft

endgültig 1945 musste es die Region an die Sowjetunion abtreten, doch bis heute wird die West-Ukraine von den Einwohnern auch „polnische Ukraine“ genannt.

Oder wollte die Uefa polnisch-ukrainische Unterschiede betonen, die europäisch gewichtigen? Polen ist Mitglied in Nato, EU und Schengenzone, was die Ukraine auch gern wäre. 1994 wurde sie durch ein „Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit“ ermutigt, aber seit 2010 ist sie durch die autoritäre Herrschaft von Präsident Viktor Janukowitsch weit zurückgeworfen worden. Die Uefa übersieht ihre kleinen „Macken“, etwa Beschriftungen allein in kyrillischen Buchstaben, wo doch auch das lateinische Alphabet zur Bedingung gemacht war. In Polen gilt nur dieses.

Nicht „anstößig“ ist, dass Polen Katholiken, Ukrainer zumeist orthodoxe Christen sind, dass im Polnischen in der Aussprache das G allenthalben zu hören ist, während es im Ukrainischen vor Urzeiten gegen das H ausgewechselt wurde, dass Polen mit Złoty zahlen und Ukrainer mit Hrywna. Eine Münze mit Namen „hriwna“ kennen wir auch, bei den Sorben bedeutet sie „D-Mark“ – wie drollig. Von anderen Unterschieden, etwa im Bauzustand von Flughäfen, Bahnhöfen und Straßen, reden wir an dieser Stelle lieber nicht (siehe *PAZ* Nr. 24, S. 6), da auch die EM-Besucher Mängel klaglos hinnehmen.

Und ein letztes Moment ist jenes, das Polen und Ukrainer zugleich trennt und verbindet. Dem Giessener Slawisten Herbert Ludat verdanken wir Studien darüber, dass im Osten Farben für Himmelsrichtungen stehen: im Westen Weißrussland, im Süden Schwarzes Meer. Uns Deutschen ist Ähnliches von Weißer oder Schwarzer Elster vertraut. Im Osten lebt die Farbensymbolik seit dem 10. Jahrhundert, als der Heilige Vladimir und seine „Kiewer Rus“ mit den Polen um „Rotrussland“ – „Rothreußen, Cerwonaja Rus, Russia Rubra“ – stritten, womit das spätere polnisch-ukrainische Riesengebiet östlich von Lemberg gemeint war, das bis heute gelegentlich noch unter „Rot-Russland“ firmiert. Wer weiß, vielleicht kommt es mal wieder so, was wir nicht hoffen wollen. Antiquiert klingt es ohnehin, aber weit netter als Moskaus verächtliches „Klein-Russen“ statt „Ukrainer“. *Wolf Oschlies*



Mehr als nur ein Schiff

»Titanic« erfüllt Funktion

Einer der großen Mythen der Neuzeit ist der Untergang der „R.M.S. Titanic“ am 15. April 1912 nachts um 2.30 Uhr nach der Kollision mit einem Eisberg südöstlich von Neufundland. Bereits Wochen später wurden in den USA und in Berlin die ersten Filme über den Untergang der „Titanic“ gedreht. Es kam das geflügelte Wort vom „größten Schiffsunglück aller Zeiten“ in Umlauf, was bekanntlich nicht den Tatsachen entspricht, auch wenn von den etwa 1290 Passagieren und 920 Besatzungsmitgliedern nur 713 Personen überlebten. Die im Laufe von 100 Jahren veröffentlichte Literatur über das Unglücksschiff ist unüberschaubar. Die ganze Geschichte der „Titanic“ hat die Kulturwissenschaftlerin und Journalistin Linda Maria Koldau in ihrem spannenden, mit zahlreichen Fotos und Plänen ausgestatteten Buch „‚Titanic‘. Das Schiff. Der Untergang. Die Legenden“ erneut aufgerollt.

Koldau beschäftigt sich zunächst mit häufig wiederholten, aber falschen Behauptungen wie derjenigen, die Reederei White Star Line habe die „Titanic“ im Vorwege als „unsinkbar“ angepriesen. Weiter nimmt sie die offene Frage auf, warum gerade dieses Schiff derart mystifiziert wurde. Dabei kam die Handlungsweise einzelner Passagiere und Besatzungsmitglieder der Legendenbildung zugute; auf diese Personen wurden Träume und quasi-religiöse Bedürfnisse projiziert, indem man sie entweder als Helden verherrlicht oder als Feiglinge und Bösewichte abgestempelt hat. Auf die eine oder andere Weise verknüpft mit dem verhängnisvollen Verlauf der Jungfernfahrt der „Titanic“ war die Konkurrenzsituation der internationalen Reedereien, die im Bereich der Übersee-Liniendienste zwischen Europa und den USA herrschte. Um 1900 deckten die auf der Nordatlantikroute verkehrenden internationalen Überseedampfer verschiedene Funktionen ab. Als Passagier- und Postschiffe (R.M.S. bedeutet „Royal Mail Ship“) legten sie die 2970 Seemeilen lange Strecke in knapp einer Woche zurück. Die Schiffsreisen galten als gesellschaftliches Ereignis.

Quasi-religiöse Bedürfnisse gestillt

1985 wurde der Traum eines Wracksuchers wahr: Der US-Meeresforscher Robert Ballard ortete die beiden Wrackteile der „Titanic“ in 3800 Metern Tiefe. Seitdem wurden mehrmals Filmaufnahmen in der zerfallenden Schiffsruine gemacht. David Camerons „Titanic“-Film von 1997 ist der erfolgreichste Film aller Zeiten. Es sei ein Meisterwerk, meint Koldau, aber eben doch auch Kitsch. In diesem Zusammenhang ist zu der Diskussion über den fortdauernden „Titanic“-Mythos noch der geschäftliche Aspekt hinzuzufügen; denn wo Betroffenheit und Faszination einmal eine feste Verbindung eingegangen sind, ist es nicht allzu schwer, das Rad immer weiter zu drehen. *Dagmar Jestrzemski*

***Linda Maria Koldau: „‚Titanic‘. Das Schiff. Der Untergang. Die Legenden“**, Verlag C.H. Beck, München 2012, geb., 303 Seiten, 19,95 Euro*



Von der Realität überrollt

Journalist versucht zu klären, warum ausländische Mitschüler scheiterten

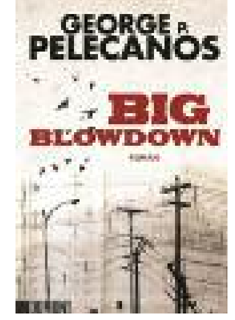
Es gibt Bücher, die lesen sich interessant, aber so richtig weiß man nicht, was einem der Autor sagen will und ob er das, was er sagt, genauso meint oder vielleicht doch eher ironisch. So ist es jedenfalls bei „Die Parallelklasse. Ahmed, ich und die anderen. Die Lüge von der Chancengleichheit“ von Patrick Bauer. Der 1983 geborene Journalist und Sohn aus gutem Hause nimmt eine zufällige Begegnung mit seinem ehemaligen Mitschüler Ahmed, den er in einem Park beim Drogendealen trifft, als Anlass, um zu schauen, was aus seinen Klassenkameraden seiner Grundschule in Berlin-Kreuzberg geworden ist. Da der Autor unter anderem bei der linken „taz“ und dem Magazin „Neon“ arbeitete beziehungsweise arbeitet, geht man davon aus, ein Gedröhn von wegen „Ausländer haben in diesem Land keine Chancen und werden immer diskriminiert“ zu hören. Oft genug hat es auch den Anschein. So ist er überzeugt, dass seine ausländischen Klassenkameraden wegen ihrer Herkunft grundsätzlich diskriminiert wurden, regt sich auf, dass Familienministerin Kristina Schröder (CDU) Deutschenfeindlichkeit beklagte, nimmt es aber hin, dass seine türkischen Mitschüler ihn zum Teil noch heute „Kartoffel“ nennen. Erfahrungswerte der Rezensentin, deren deutsche Großmutter den italienischen Schwiegersohn gern mal „Spagettifresser“ nannte, weisen darauf hin, dass derartige Bezeichnungen nichts mit respektvollem Umgang miteinander zu tun haben.

Linke Thesen passen nicht zu Bauchgefühl und Erkenntnissen

Der Autor suchte fast alle seine ehemaligen Mitschüler auf und kann so einige traurige Geschichten erzählen. Aus den meisten seiner ausländischen Mitschüler ist beruflich nichts geworden und da viele von ihnen noch einen Partner ehelichten, der aus dem Heimatland ihrer Eltern stammte, haben sie einen weiteren Klotz am Bein, denn ohne Deutschkenntnisse ist der soziale Aufstieg heutzutage nun einmal schwer zu bewältigen. Da Bauer Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ ein „Machwerk“ nennt und im Gespräch mit seinen ehemaligen Grundschullehrern – die inzwischen Klassen unterrichten, in denen der Ausländeranteil 90 Prozent beträgt – linke Grundauffassungen bekundet, denkt man lange, ein Buch vor sich zu haben, das mit den üblichen linken Thesen zum Thema Integration aufwartet. Auch kritisiert Bauer massiv junge Eltern, die zwar in Stadtteilen wie Kreuzberg wohnen wollen, dort aber nicht ihre Kinder wegen der vielen Ausländer zur Schule schicken wollen. Kaum hält Bauer aber seinen eigenen Sohn in den Armen, fragt er, ob er sein Kind seinem Gewissen opfern kann oder es vielleicht doch auch in eine Schule außerhalb des Problembezirks schickt. Auch kommt er zu dem Schluss, dass seine ausländischstämmigen Mitschüler zwar in einer Klasse mit vielen Deutschen waren, aber trotzdem beruflich überwiegend nichts aus ihnen geworden ist.

Bauers Beobachtungen, unter anderem auch über die Veränderungen in Kreuzberg, sind interessant, doch irgendwie passen die nicht zu seinen linken Grundauffassungen. Leider zieht er aufgrund dieses Widerspruchs am Ende keine klaren Schlüsse beziehungsweise versucht es wenigstens. Und so prallen nach den Recherchen Bauchgefühl und links dominierte Weltvorstellungen aufeinander, ohne dass der Autor eine klare Analyse bietet. *Rebecca Bellano*

***Patrick Bauer: „Die Parallelklasse. Ahmed, ich und die anderen. Die Lüge von der Chancengleichheit“**, Luchterhand, München 2011, kartoniert, 187 Seiten,*



Gescheiterter Krimineller

Atmosphärische Gangstergeschichte der 1940 und 1950er Jahre

Die USA gelten oft als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ja als eine Art Paradies für Auswanderer. Dass diese Behauptung nicht immer der Realität standhält, belegen die Bücher des US-Autors George P. Pelecanos, der 1957 als Sohn griechischer Einwanderer in eine Washingtoner Arbeiterfamilie hineingeboren wurde. Der Autor, der heute auch als Produzent und Drehbuchautor für das Fernsehen tätig ist, fing ganz unten an. Bis zu seinem 32. Lebensjahr schlug er sich als Bauarbeiter, Barmann und Schuhverkäufer durch. Die Sympathie für die „kleinen Leute“ und ihre Sorgen und Nöte spricht aus jeder Zeile seines meisterhaften Krimis „Big Blowdown“ („Das große Umlegen“).

Pelecanos gilt in Deutschland immer noch als Geheimtipp, was auch einer etwas unglücklichen Veröffentlichungsstrategie seiner Bücher hierzulande geschuldet ist. Der Thrillerautor Michael Connelly nennt ihn „das bestgehütete Geheimnis der US-Kriminalliteratur – vielleicht der gesamten Literatur“. Es lohnt sich auf jeden Fall, dieses Geheimnis zu entdecken. Für Fans der sogenannten „Schwarzen Serie“ ist das Buch um den griechischen Immigranten Peter Karras und seine Freunde im Washington der 1940er und 1950er Jahre ein Muss. Man fühlt sich geradezu in diese Zeit hineinversetzt.

Der Protagonist träumt den amerikanischen Traum. Peter Karras, gut aussehend und ein Kriegsheld, will es einmal besser haben als sein Vater Dimitri, der seine Mutter schlägt, trinkt und einen Obst- und Gemüsestand betreibt. Mit der Welt seiner Eltern, den Werten aus dem alten Europa kann Peter nichts mehr anfangen. Doch Karras' Karriere endet, bevor sie überhaupt angefangen hat. Er arbeitet als Geldeintreiber für einen der Unterweltbosse seines Viertels. Doch da er in seinem Job zu „viel Milde“ zeigt, bekommt er eine Abreibung mit Folgen. Er wird so malträtiert, dass sein Knie zerschunden ist und er einen Job als Koch in einem Diner suchen muss.

Alle Figuren dieses Romans sind gebrochen. Sie sind nur vermeintlich stark. Karras holt schließlich die eigene kriminelle Vergangenheit ein. Wie dies alles in einem „großen Umlegen“ endet, ist spannend zu lesen. *Ansgar Lange*

***George P. Pelecanos: „Big Blowdown“**, Dumont, Köln 2011, 368 Seiten, 9,99 Euro*

Getriebener seiner Zeit

90-Jähriger berichtet von Krieg und Gefangenschaft in der Sowjetunion

Ein erstaunliches Buch! Da beschließt ein 90-jähriger, sein Leben aufzuzeichnen. Und er schreibt darüber mit Hilfe seiner vielen Tagebücher und seines offenbar ausgezeichneten Gedächtnisses, und als er im Januar dieses Jahres 91 Jahre alt wird, liegt das Buch tatsächlich vor. Es hat einen etwas pathetisch klingenden Titel, obwohl das Buch selbst gar nicht pathetisch ist: „Für's Vaterland? Bericht und Dokument einer geschundenen Generation“.

Vorausgegangen waren bereits elf andere von ihm geschriebene oder herausgegebene Bücher, die meist um das Ereignis kreisten, das sein Leben geprägt hat: Die zehnjährige Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion, davon die längste Zeit in Stalingrad. Nach der Wende hat er in Moskauer Archiven gearbeitet, um die Hintergründe zu erfahren, hat den Ort seiner Gefangenschaft mehrfach besucht, Kontakt gehalten zu ehemaligen Soldaten der Bewachungsmannschaften und natürlich zu seinen Kameraden. 1921 wird Hein Mayer in Halle a. d. Saale in – wie man damals sagte – gut bürgerlichen Verhältnissen geboren. Bald darauf zieht die Familie ins holsteinische Itzehoe. Er berichtet von seiner Schulzeit, vom Deutschen Jungvolk, von der Radtour mit einem Freund ins Berlin der Olympischen Spiele. In einer Spielschar der Hitlerjugend wird sein künstlerisches Talent entdeckt. Er bewirbt sich um einen Studienplatz an der Deutschen Filmakademie in Babelsberg, besteht die Aufnahmeprüfung und erhält sogar ein Stipendium. Zunächst aber muss er die Dienstpflicht im Reichsarbeitsdienst erfüllen, und dann bricht der Krieg aus. Hein Mayer wird Soldat, erlebt im Infanterie-Ersatzbataillon 76 den Einmarsch in Dänemark, bis seine Einheit in den Osten verlegt wird. Im ersten Winter des Russlandkrieges wird er zur Truppenbetreuung abkommandiert. Er organisiert nicht nur für die Soldaten Unterhaltungsabende, sondern bringt in einer besetzten russischen Stadt das Theater wieder in Gang, wo dann für die russische Zivilbevölkerung gespielt wird. Wieder an der Front wird er so schwer verwundet, dass er nicht mehr einsatzfähig ist. Nach Ende des Krieges gerät er in US-Gefangenschaft und wird wie Hunderttausende seiner Kameraden an die Sowjets ausgeliefert. Auch er wird vor ein sowjetisches Tribunal gestellt. Weil in seinem Wehrpass steht, er habe den Militärführerschein erworben für das Führen von Kraftfahrzeugen auch mit Holzgasgenerator, wird er zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er „einen Vergasungswagen“ gefahren habe. So muss er nach Stalingrad ins Lager. Die mangelhafte Ernährung, die extremen Arbeitsbedingungen und die Brutalitäten der Wachmannschaften fordern in den ersten Jahren den Tod von Hunderttausenden, bis sich die Verhältnisse normalisieren, nicht zuletzt weil die Sowjetunion Zwangsarbeiter für den Wiederaufbau benötigt. Mayer organisiert in seinem Lager kulturelle Aktivitäten, eine Schauspieltruppe, ein Orchester, Chöre, Vorträge. Endlich, zehn Jahre nach Ende der Feindseligkeiten, wurde er dank des selbstbewussten Auftretens Konrad Adenauers vor der sowjetischen Regierung zusammen mit den letzten 10000 Kriegsgefangenen, die wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt worden waren, entlassen – und 38 Jahre später wie fast alle seine Kameraden von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation voll rehabilitiert.

Erst 1955 durfte er wieder heim

Ergreifend Mayers Schilderung der Heimfahrt, wie sie endlich die Grenze zur Bundesrepublik überschreiten. In Friedland empfängt sie Bundespräsident Heuss mit einer einfühlsamen Rede, und auf dem Weg in die Heimatorte werden sie von Tausenden von Landsleuten bejubelt. Als er wieder in Itzehoe eintrifft, steht dort die Bevölkerung der halben Stadt und wartet auf ihren so lange vermissten Sohn. Mayer absolviert eine kaufmännische Ausbildung und arbeitet sich im VW-Werk hoch bis in die Führungsetage, Bereich Organisation. Nebenher kümmert er sich um seine Kameraden und bemüht sich, das Schicksal von Vermissten aufzuklären. Die ehemaligen Stalingrad-Gefangenen wählen ihn zu ihrem Sprecher.

Das Buch ist ohne literarische Schnörkel flott niedergeschrieben (erzählen kann Hein Meyer!). Es gibt einen Einblick nicht nur in den Existenzkampf der deutschen Kriegsgefangenen, sondern auch in die Lebens- und Denkweise der Generation zwischen 1920 und 1945. Ein Lesefutter für alle Bücherfreunde. *H.-J. von Leesen*

***Hein Mayer: „Fürs Vaterland? Bericht und Dokument einer geschundenen Generation“**, BoD, Norderstedt 2011, geb., 446 Seiten, 35 Euro*



Kalter Tyrann

Ein Tscheche über Benesch

Jiri Grusa war tschechischer Schriftsteller und Dissident, wurde 1983 deutscher Staatsbürger, war von 1991 bis 1997 tschechischer Botschafter in Deutschland, von seinem Freund Václav Havel dorthin geschickt. Mit seiner deutschen Frau lebte er zuletzt wieder in Deutschland, wo er 2011 bei einer Herzoperation verstarb. Zur Leipziger Buchmesse erschien sein Benesch-Buch, das Vermächtnis eines brillanten Autors, politischen Denkers und deutsch-tschechischen Mittlers.

Der Buchtitel ist verwirrendes Programm: Benesch und Hitler behandelt Grusa als Exponenten der Habsburger Provinzialität, die den „Hader der Nationen“ als Kompensation eigener Unzulänglichkeit kultivierten: Beide entstammten quasi inzestuösen Familienverhältnissen, litten unter unerfülltem Ehrgeiz, „der geschwätzte Student“ Hitler und der „Streber“ Benesch bastelten sich nationalistisch-sozialistische Weltbilder und steigerten ihre Aversion zur Abrechnung: „Der Tscheche hat hier nichts zu suchen“, befanden deutsche Nationalsozialisten über Böhmen und Mähren – „die Deutschen herauszuliquidieren, unsere Heimat definitiv zu entgermanisieren“, das wollte Benesch.

Faktenreich und ironisch verfolgt Grusa, wie der Konflikt Benesch und „Hýdla“ weiteste Kreise zog: München und Appeasement, Protektorat und Krieg, Heydrich-Attentat, deutsche Rache, Beneschs „Rettung“: „Lidice, ein Dorf unweit von Prag, symbolisierte nun die bedrohte Civitas mundi plus Nazi-Barbarei. Benesch war wieder im Sattel“. Da blieb er dann mittels Dekreten, 143 an der Zahl, „in einem rechtlichen Vakuum, das er gerne verlängert“. Besonders eilig hatte Benesch es mit der „wilden Abschiebung“, die der Potsdamer Konferenz zuvorkam „für den Fall, dass die Westmächte noch einmal zögern würden“, und die bis 1946 2,2 Millionen Deutsche vertrieb, um dann als „systematische Deportation“ (Benesch) fortzufahren. Kein Wort über Gräuel an Deutschen äußert Grusa, nur Schadenfreude an eigene Adressen: Das „leere Grenzland“ wurde nie wieder recht besiedelt, die Vertreibung stärkte die „Westdeutschen“ und entblößte die Tschechen wertvoller Nachbarn, US-Diplomaten sahen Benesch als „Schwächling und Sauhund“. *Wolf Oschlies*

***Jiri Grusa: „Benesch als Österreicher – Ein Essay“**, Wieser Verlag, Klagenfurt 2012, geb., 167 Seiten, 21 Euro*

MELDUNGEN

Islamisten-Angst wird bestraft

Dortmund – Ein Dortmunder Lehrer wurde vom Unterricht suspendiert, weil er auf einer Kundgebung der Partei ProNRW gesagt hat, er habe mehr Angst vor Islamisten als vor Nazis. Der Lehrer bezeichnet sich als linker Grünen-Wähler. Als Homosexueller fürchte er aber vor allem die Islamisten. Die Bezirksregierung Arnsberg strebt deswegen ein Disziplinarverfahren gegen ihn an. *H.H.*

116 Marshallpläne für Griechenland

München – Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, ist Forderungen nach einem „Marshall-Plan für Griechenland“ entgegengetreten. Athen habe bereits 460 Milliarden Euro an Hilfsgeldern erhalten. Das sei das Zweidreiviertelfache seines Nettonationaleinkommens. Gemessen an den (komplett zurückgezahlten) Marshall-Krediten für Deutschland im Vergleich zum damaligen deutschen Nettonationaleinkommen seien Griechenland damit bereits 116 Marshallpläne zugeflossen, so Sinn. *H.H.*

ZUR PERSON

Prinzipientreuer Wendehals

Schon wenige Stunden nach Schließung der griechischen Wahllokale jubelten die deutschen Medien, dass sich das angeschlagene Euro-Land für Europa und die gemeinsame Währung entschieden habe. Nicht der radikale Linke Alexis Tsipras habe die Wahl gewonnen, sondern **Antonis Samaras** mit seiner konservativen Nea Dimokratia (ND). Mit ihm wäre eine Euro-Rettung machbar.

Schaut man sich die Vita des 61-Jährigen jedoch an, fragt man sich, wie die meisten Medien und Politiker auf diese Idee kamen. Samaras ist prinzipientreu und Wendehals zugleich. Obwohl er als unscheinbar gilt, ist er gut darin, sich Feinde zu machen. So zum Beispiel seinen ehemaligen politischen Förderer, den früheren griechischen Ministerpräsidenten Konstantinos Mitsotakis, in dessen Regierung er 1989 Wirtschaftsminister und danach bis 1992 Außenminister war, bis er in einem Streit über die Namensfrage der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die Regierung zu Fall brachte.



Der dann kurzzeitig aus seiner Partei ausgeschlossene Harvard-Absolvent gönnt aber nicht nur Mazedonien seinen Namen nicht, auch Mitsotakis Tochter, Samaras langjährige politische Weggefährtin und 2009 unterlegene Konkurrentin um das Amt des ND-Chefs Dora Bakogianni, wollte er 2010 nicht mehr in der Partei sehen. Der Grund: Sie hatte im Parlament dem Sparpaket von Giorgos Papandreou von der Partei Pasok zugestimmt. Erst nach langem Zögern akzeptierte der Arzt-Sohn im Namen der ND einige Einsparungen, aber erst nachdem sein ehemaliger Zimmergenosse aus US-Studienzeiten Papandreou auf sein Amt als Regierungschef verzichtet hatte. Auch als Mitglied der Übergangsregierung unter Lucas Papademos hielt sich Samaras mit Sparvorschlägen zurück. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Lasst uns feiern!

Wie Deutschland freudig aus der Krise kommt, wo die Griechen-Kicker wohl ihr Geld haben, und was nur ein Hellene hinkriegt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Welt ist ungerecht und ihre Geschichte voller boshafter Ironie. Wenn man mit ansieht, wen Deutschland alles retten soll, dann waren wir offenbar noch nie so sehr Weltmacht wie heute. Dabei schmeckt uns die Rolle überhaupt nicht.

Die Ehrung kommt schlicht zu spät, denn wir waren schon mal anders gestrickt. Vor mehr als 100 Jahren hatten wir noch richtig Appetit darauf, in den Kreis der Weltmächte aufzusteigen. Doch dann schlossen Briten und Franzosen 1904 einen Angriffspakt gegen uns, machten 1911 mit Russen und Serben den Ring dicht und setzten mit einem Serbenfinger am Abzug die halbe Welt in Brand, nur damit sie uns wieder rausschmeißen konnten aus dem Zirkel der Großen.

Der weitere Verlauf des 20. Jahrhunderts mit dem Wahnsinn in der Reichskanzlei sitzt uns seitdem dermaßen tief in den Knochen, dass wir uns für Jahrzehnte wahlweise im Gefieder des gallischen Hahns oder des amerikanischen Adlers verkrochen, damit uns keiner sehen möge. Als unsere Tarnung als Knirps wegen der deutschen Vereinigung nur noch lächerlich wirkte, gaben wir sogar unsere Helmzier, die D-Mark, hin, um uns unsichtbar zu machen.

Und nun das: Beim Gipfel der 20 bedeutendsten Wirtschaftsmächte der Welt in Mexiko bestürmte sogar US-Präsident Barack Obama unsere Kanzlerin, sie möge ihn retten. Seine Rechnung: Nur wenn die Deutschen noch viel mehr Milliarden herumstreuen in Europa, können die Leute in den Euro-Wackelstaaten US-Produkte kaufen. Das soll die amerikanische Wirtschaft rechtzeitig vor den Wahlen im November wieder in Schwung und Obama viele Stimmen bringen.

Kommentatoren bejammern ein regelrechtes Kesseltreiben gegen Deutschland, das seine offenbar unerschöpfliche Kraft einsetzen solle, um alle Wirtschaftsprobleme der Erde zu lösen. Himmel noch mal, das schaffen wir nie! Wie kommen wir da bloß raus? Eigentlich ganz einfach: Wir sollten dem Rat des versammelten Auslands keck folgen und tatsächlich die erhofften „Wachstumsimpulse“ geben, die man von uns verlangt. Aber bei uns und nicht bei den anderen. Heißt: Wir erhöhen die Renten und senken das Eintrittsalter auf 60, senken Steuern und Beiträge, stocken Hartz IV und alle möglichen anderen Sozialbezüge auf, stellen eine Million neue Staatsdiener ein, reparieren endlich unsere maroden Straßen und Brücken und bauen überall neue Autobahnen, ICE-Trassen und Stromleitungen (eh überfällig), renovieren Schulen, Unis, Kindergärten (auch überfällig), errichten in benachteiligten Regionen wie der Uckermark oder Dithmarschen internationale Flughäfen mit sagenhaften Kongresszentren und subventionieren den Wohnungsbau so lange und so saftig, bis selbst jeder Landstreicher ein Haus sein Eigen nennt. Was vergessen? Macht nichts, die Liste können wir jederzeit um alle erdenklichen Nettigkeiten erweitern. Die mittlerweile beliebteste Politikerin von Deutschland brachte die Philosophie auf den Punkt. Mit ihrer Parole „Die Schulden von heute sind die Einnahmen von morgen“ wies uns Hannelore Kraft ja schon vor Monaten den Weg ins Paradies.

> Pleite gehen wir so oder so: Also sollten wir unsere Kohle doch lieber selber verprassen

Oder in die Pleite, aber was macht das schon? Wenn wir blank sind, reihen wir uns eben wie die anderen ein in die Schlange vor der großen europäischen Suppenküche, wo wir bislang nur für die Ausgabe zuständig waren.

Die Frage ist nur, wer da dann die Kelle schwingt, wenn sich Germania zu den Empfängern gesellt hat. Vermutlich niemand. Dann kommen dürftige Jahre auf uns zu.

Nachdem uns die anderen vollständig gerupft haben, kommen die aber sowieso. Verprassen wir „unsere“ Kohle (sprich: So viel, wie wir uns irgend leihen können) aber selbst, dann bleiben uns wenigstens die schönen Erinnerungen an ein paar fette Jahre. Als die Griechen auf Party waren, da züchtigten wir uns hier mit Hartz-Reformen und Rentenkürzungen, mit Einschränkungen beim Kündigungsschutz und Streichung der Eigenheimzulage. Derweil trieb ein erbarmungslos penibles Finanzamt immer höhere Steuern ein.

Und was haben wir davon? Während sie uns mit der einen Hand in die Tasche langen, hauen sie uns mit der anderen eine runter. Die griechischen Medien platzten vor hasserfüllter Hysterie vor dem Fußballspiel gegen die Deutschen. Dabei feierten sie ihre eigenen Kicker als Nationalhelden, die Rache nehmen sollten an den Germanen. Merkwürdig, dass niemand diese „Helden“ mal gefragt hat, wo sie ihre Fußballmillionen eigentlich aufbewahren lassen: Immer noch brav auf dem Konto in Griechenland oder auch schon auf dem Schweizer Nummernkonto, in einem Frankfurter Tresor oder einem „Fonds“ auf den karibischen Cayman-Inseln, wo Scharen hellenischer Geldsäcke ihre Schätze längst „in Sicherheit“ gebracht haben?

Aber nein, sowas fragt man nicht, das wäre unpatriotisch. Da prügelt man lieber auf die Deutschen ein, die sich den Arm auskugeln, um Griechenland vor seinen Gläubigern und vor wirksamen Reformen zu schützen.

Wie lange wir das durchhalten, kann keiner genau sagen, nur dies scheint ziemlich sicher: Pleite gehen wir so oder so. Die Frage ist nur, ob wir uns als Buhmann der Welt in den Bankrott hineinprügeln lassen wollen oder ob wir lieber ins Desaster reinfeiern, um vorher noch mal zünftig die Korken knallen zu lassen. Ich wäre fürs Feiern.

Allerdings hat die Sache einen gravierenden Haken: Die großen Fonds könnten viel Geld verlieren, wenn Deutschland zu schnell schlappmacht. Daher ist es dringend geboten, dass die Preußen solange weiter „retten“, bis Wall Street und Londoner City ihre Milliarden aus gefährdeten europäischen Engagements abgezogen und die Risiken an die deutschen Steuerzahler weitergereicht haben. Ist es nicht rührend mit anzusehen, wie ein britischer Premier, der sein Land niemals im Euro sehen wollte, nun flammende Plädoyers für die Rettung der Einheitswährung hält? Mit Griechenland und allen anderen 16 Mitgliedern?

Schon um all diese Freunde nicht im Regen stehen zu lassen, muss Deutschland „zu seiner Verantwortung stehen“, auf das niemand aus dem Euro fallengelassen wird. Zumal die Griechen ja jetzt „pro-europäisch“ gewählt haben. Der starke Mann der Pasok-Partei, Evangelos Venizelos, verspricht einen grundlegenden Neuanfang. Ja, die Griechen sollen sogar wieder lächeln können, so neu wird das alles werden, verspricht der alte Hase der Athener Politik.

Einen Neustart benötigt übrigens auch Venizelos' Partei. Die sozialistische Pasok ist mit 130 Millionen Euro verschuldet, das ist das 17-fache ihrer jährlichen Einnahmen. Den Betrag kann die Truppe nie und nimmer zurückzahlen, obwohl hellenische Parteien ein Vielfaches mehr an staatlichen Zuschüssen erhalten als deutsche (alles andere hätte Sie auch schwer gewundert, gell?). Aber Venizelos hat eine Lösung, die er demnächst durchziehen will: Er löst seinen Laden auf und gründet einfach eine neue Partei. Dann würden die Banken auf den Pasok-Schulden sitzen bleiben.

Hauptgläubiger der Pasok ist die hellenische Agrarbank. Angeregt durch die Rettung der spanischen Geldinstitute hat Evangelos Venizelos schon mal eine Rangliste aufgestellt, welche der griechischen Banken als erstes Hilfe aus Brüssel benötigten. Vordringlich zu stützen sei die Agrarbank, so der Pasok-Chef.

Dieses schlaue Manöver ist mal wieder dermaßen „griechisch“, dass uns schlagartig bewusst wird, warum wir das mit dem Feiern bis zum Bankrott niemals hinkriegen. Man stelle sich vor, Angela Merkel würde die europäischen Partner in forderndem Ton um Geld angehen, damit sie damit die Schulden ihrer Partei ausgleichen kann! Erst wenn die Deutschen sowas mit einem müden Achselzucken oder gar einem lauten „Richtig so!“ quittieren, sind wir wirklich reif für den hellenischen Weg.

MEINUNGEN

__André F. Lichtschlag__, Herausgeber und Chefredakteur des libertären Magazins „eigentümlich frei“, zur __deutschen Politik__:

„Das politische Personal unterliegt in der modernen Parteiendemokratie einer Negativauslese, die nun seit Jahrzehnten wirkt … Nicht einmal mehr die Show ist gut, sondern eben nur noch abstoßend.“

Der Hamburger __Schulsenator Ties Rabe__ (SPD) auf einem Symposium zum Thema __„Migranten und Integration“__ über Bildung und Herkunft:

„Entscheidend für den Bildungserfolg ist nicht, ob man einen Migrationshintergrund hat oder nicht, sondern das Interesse der Eltern.“

Der US-Finanzanalyst __James Turk__ kritisiert im „Handelsblatt“ (13.Juni) die __Geldpolitik__ der großen Notenbanken:

„Wenn die Politik Zugriff auf die Notenpresse hat, dann geht eine Währung kaputt. Ich habe mich lange mit der Weimarer Republik beschäftigt. Der damalige Präsident der Reichsbank Rudolf Havenstein wollte nicht mit dem Gelddrucken aufhören, weil er fürchtete, dass sonst die Wirtschaft einbrechen … würde. Am Ende war so viel Geld im Umlauf, dass es nichts mehr wert war. Wir sind an einem Punkt, den ich den ‚Havenstein-Moment‘ nenne.“

Die Soziologin __Dagmar Schediwy__ sieht im __„Fußball-Patriotismus“__ mehr als bloße Party:

„Der 2006 aufflammende Fußballpatriotismus trug Züge einer Revolte gegen ein Geschichtsverständnis, das sich auf den Holocaust fokussiert.“

Wege und Abwege

Wer aufbricht oder, wie man sagt,
sich auf den Weg macht unverzagt,
erlebt vielleicht auch Pleiten,
der Weg indes macht stets was mit,
weil den man ja mit Füßen tritt
zu allen Jahreszeiten.

Man kann natürlich mit Bedacht,
bevor man auf den Weg sich macht,
auf Führung sich verlassen –
und ist dann umso
mehr verstört,
wenn Ähndschie man
verkünden hört,
was mühsam bloß zu fassen:

Wir stünden jetzt „am Scheideweg“!
Am Weg? Moment, ich überleg' –
das heißt, wir sind daneben!
Wie wahr, nur wer hat ungerührt
uns justament da hingeführt,
dass sowas wir erleben?

Doch Ähndschie meint, es wär' „fatal“,
jetzt stehn zu bleiben und zumal
„auf halbem Weg“ – na logisch –
daher „ganz falsch“ wär's so besehn,
nicht weiter diesen Weg zu gehen –
ergänzt sie pädagogisch:

Denn dass, was Holzweg immer war,
nicht scheiden kann und darf sogar,
soll Trennungsschmerz verhindern –
es kümmert sich nach altem
Brauch
der Landwirt ja vorm Schlachten
auch
ums Wohl von seinen Rindern!

Beim hohen Dialektik-Spiel
ist offenbar der Weg das Ziel,
und wir, wir sind vonnöten,
dass obendrein uns jedermann
dann noch mit Füßen treten kann
zum Dank für unsre Kröten …

Pannonicus